



## 67. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 12. September 2014

Mitteilungen der Präsidentin.....6751

Ibrahim Yetim (SPD) ..... 6767  
Minister Ralf Jäger ..... 6768  
Peter Biesenbach (CDU) ..... 6769

### 1 Islamistische Propaganda erreicht mit Scharia-Polizei neue Qualität – Die rot-grüne Landesregierung muss endlich handeln

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/6728

In Verbindung mit:

**Frontalangriff auf den Rechtsstaat:  
„Scharia-Polizei“ patrouilliert in Nord-  
rhein-Westfalen**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/6729

Und:

**Gewaltbereitem Salafismus mit Re-  
pression und Prävention begegnen**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/6730 .....6751

Dr. Joachim Stamp (FDP) .....6751  
Theo Kruse (CDU) .....6752  
Hans-Willi Körfges (SPD) .....6754  
Verena Schäffer (GRÜNE) .....6756  
Dirk Schatz (PIRATEN) .....6758  
Minister Ralf Jäger .....6759  
Petra Vogt (CDU).....6761  
Andreas Bialas (SPD).....6763  
Dr. Joachim Stamp (FDP) .....6764  
Ali Bas (GRÜNE) .....6765  
Michele Marsching (PIRATEN) .....6766

### 2 Flüchtlingen helfen, Kommunen entlasten, Verfahren straffen

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/6679 ..... 6771

Dr. Joachim Stamp (FDP)..... 6771  
Angela Lück (SPD) ..... 6772  
André Kuper (CDU).....6773  
Verena Schäffer (GRÜNE) .....6773  
Frank Herrmann (PIRATEN) ..... 6775  
Minister Ralf Jäger ..... 6776

Ergebnis..... 6777

### 3 Gesetz zur Änderung des Polizeior- ganisationsgesetzes (POG NRW)

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/4157

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Innenausschusses  
Drucksache 16/6660

zweite Lesung..... 6777

Hartmut Ganzke (SPD)..... 6777  
Gregor Golland (CDU) ..... 6778  
Verena Schäffer (GRÜNE) ..... 6779  
Dr. Robert Orth (FDP)..... 6779  
Dirk Schatz (PIRATEN)..... 6780  
Minister Ralf Jäger ..... 6780

Ergebnis..... 6781

**4 Digitales Lernen: Offene Infrastruktur gehört auf die Agenda!**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/6673 .....6781  
  
Ergebnis .....6781

Matthias Kerkhoff (CDU)..... 6795  
Martina Maaßen (GRÜNE) ..... 6796  
Holger Ellerbrock (FDP)..... 6797  
Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren .... 6798  
Nicolaus Kern (PIRATEN) ..... 6799

Ergebnis..... 6799

**Nächste Sitzung**..... 6799

**5 Gesetz zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen (Kulturfördergesetz NRW)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6637  
  
erste Lesung .....6781  
  
Ministerin Ute Schäfer .....6781  
Andreas Bialas (SPD).....6782  
Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU).....6783  
Oliver Keymis (GRÜNE) .....6784  
Ingola Schmitz (FDP) .....6785  
Lukas Lamla (PIRATEN) .....6787  
Ministerin Ute Schäfer .....6788  
  
Ergebnis .....6788

**Entschuldigt waren:**

Minister Garrelt Duin  
Ministerin Sylvia Löhrmann  
(ab 14 Uhr)  
Minister Johannes Remmel  
(bis 12 Uhr)  
Ministerin Ute Schäfer  
(bis 11 Uhr)  
Minister Guntram Schneider  
Ministerin Barbara Steffens  
  
Wolfgang Große Brömer (SPD)  
  
Holger Müller (CDU)  
Winfried Schittges (CDU)  
Rolf Seel (CDU)  
Daniel Sieveke (CDU)  
Axel Wirtz (CDU)  
  
Horst Becker (GRÜNE)  
Monika Düker (GRÜNE)  
Mario Krüger (GRÜNE)  
(bis 12 Uhr)  
  
Christian Lindner (FDP)  
  
Daniel Döngel (PIRATEN)  
Stefan Fricke (PIRATEN)  
Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN)

**6 Keine Zeltstädte in Nordrhein-Westfalen – Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten, Schulen und Turnhallen verhindern**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/6674 – Neudruck .....6788  
  
Frank Herrmann (PIRATEN) .....6788  
Ibrahim Yetim (SPD).....6789  
Serap Güler (CDU) .....6791  
Verena Schäffer (GRÜNE) .....6791  
Dr. Joachim Stamp (FDP) .....6792  
Minister Ralf Jäger .....6793  
  
Ergebnis .....6794

**7 Solidarität und Stabilität in der Eurozone: Keine Denkverbote bei der europäischen Arbeitslosenversicherung**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/6672 .....6794  
  
Nicolaus Kern (PIRATEN) .....6794  
Josef Neumann (SPD).....6795

**Beginn: 10:04 Uhr**

**Präsidentin Carina Gödecke:** Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Sitzung. Es ist die 67. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Ich begrüße auch herzlich die Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **13 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden wir in das Protokoll aufnehmen.

Heute gibt es vor Eintritt in die Tagesordnung keine Vorbemerkungen. Wir kommen deshalb gleich zu

**1 Islamistische Propaganda erreicht mit Scharia-Polizei neue Qualität – Die rot-grüne Landesregierung muss endlich handeln**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/6728

In Verbindung mit:

**Frontalangriff auf den Rechtsstaat: „Scharia-Polizei“ patrouilliert in Nordrhein-Westfalen**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/6729

Und:

**Gewaltbareitem Salafismus mit Repression und Prävention begegnen**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/6730

Die Fraktion der FDP hat mit Schreiben vom 8. September dieses Jahres gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu der oben genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ebenfalls mit Schreiben vom 8. September 2014 hat die Fraktion der CDU gemäß § 95 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung zum selben Themenkomplex eine Aktuelle Stunde beantragt.

Auch die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 8. September dieses Jahres gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Aussprache im gleichen Sachzusammenhang beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktionen – in der Reihenfolge der Antragseingänge – für die FDP-Fraktion Herrn Dr. Stamp das Wort.

**Dr. Joachim Stamp (FDP):** Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Aktuelle Stunde ist leider notwendig, weil die Bedrohung durch den Islamismus in Form von Dschihadismus und politischem Salafismus eine neue Qualität gewonnen hat. Bei vielen Menschen wächst die Angst, die Angst vor Anschlägen, die 2008 in Köln und 2012 am Bonner Hauptbahnhof nur knapp gescheitert sind. Sie haben aber auch Angst vor religiösen Extremisten, die der Mehrheitsgesellschaft ihr unmenschliches Weltbild aufzwingen wollen wie jüngst die Scharia-Polizei in Wuppertal.

Meine Damen und Herren, es ist ein wichtiges Zeichen, dass sich prominente Muslime wie Aiman Mazyk diesen Extremisten entgegenstellen und zu Demonstrationen der Muslime gegen Gewalt und einen Missbrauch ihres Glaubens aufrufen. Das darf auch in dieser Debatte nicht unerwähnt bleiben.

(Beifall von der FDP, Dr. Joachim Paul [PIRATEN] und Robert Stein [fraktionslos])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, leider wird dem Kampf gegen den gewaltbereiten Islamismus von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen nicht die notwendige Priorität eingeräumt.

Auch deswegen jagen sich in Herford IS-Sympathisanten und Jesiden durch die Straßen. Auch deswegen finden in immer mehr Städten in Nordrhein-Westfalen salafistische Grillfeste statt, bei denen für den Dschihad rekrutiert wird. Auch deswegen trauen sich Islamisten, Wuppertal zur schariakontrollierten Zone zu erklären und dort als Scharia-Polizei uniformiert aufzutreten. Auch deswegen sind gerade in NRW Hassprediger auf den Straßen unterwegs.

Obwohl Aktionen religiöser Extremisten in Nordrhein-Westfalen wie Pilze aus dem Boden schießen, bieten Sie, Herr Minister Jäger, keine geeignete Gegenstrategie an. Sie behaupten zwar öffentlich, Sie würden eine Doppelstrategie aus Prävention und Repression verfolgen; leider ist es in Wahrheit eher eine Doppelstrategie aus Abwarten und Tee trinken.

Herr Minister, Sie rühmen öffentlich Ihr Präventionsprogramm „Wegweiser“ als einzigartig. Es wird Zeit, dass wir uns dieses Programm einmal näher anschauen:

Dieses Präventionsprogramm besteht nämlich aus insgesamt ganzen drei Stellen, einer in Düsseldorf, einer in Bochum und einer in Bonn. Ich habe mir die Projekte angesehen: In Düsseldorf haben die Mitarbeiter verteilt auf zwei halbe Stellen nach Monaten

gerade einmal damit begonnen, sich den städtischen Gremien vorzustellen. In Bochum waren sie für mein Büro weder per E-Mail noch per Telefon erreichbar. Ich kann nur hoffen, dass diejenigen, die bei religiösem Extremismus Hilfe suchen, mehr Erfolg gehabt haben.

Nur in Bonn hat die Arbeit wirklich begonnen. Doch beklagt man dort aus meiner Sicht völlig zu Recht, dass zwei halbe Stellen in einer Salafistenhochburg nicht ausreichen.

Meine Damen und Herren, was ist denn mit Wuppertal? Was ist mit Solingen? Was ist mit Mönchengladbach? Was ist mit Dinslaken? Da gibt es kein Präventionsprogramm, nicht eine einzige Stelle in den Hochburgen dieser Szene.

(Beifall von der FDP, der CDU und Robert Stein [fraktionslos])

Ihr vielgepriesenes Präventionsprogramm ist eine Chimäre, im Grunde ein schlechter Witz, über den nur die Salafisten lachen können.

Herr Minister, bei der Repression sieht es ganz ähnlich aus. Den polizeibekanntesten al-Qaida- und Terror sympathisanten Silvio K. konnten Sie nicht an der Ausreise hindern. Dafür verhöhnt er Sie jetzt im Internet und ruft junge Deutsche zum Dschihad auf.

Das ist im Übrigen kein Einzelfall, wie die „Westdeutsche Allgemeine“ vorgestern berichtete. Erst durch ein Foto in der „WAZ“ – so das Zitat – wurde Mario S. identifiziert, ein Salafist aus Leverkusen, den die Ermittler verloren hatten. Das Bild wies ihn als Begleiter von Silvio K. aus – im syrischen Sand, Seite an Seite, Kalaschnikow an Kalaschnikow.

Meine Damen und Herren, diese Jungs werden dort zu Mördern. Sie erleben Gräueltaten, und wenn sie wiederkommen, sind sie entweder traumatisiert oder noch weiter fanatisiert oder gar beides. Auf jeden Fall stellen sie für unsere Gesellschaft ein hohes Risiko dar.

Herr Minister, wie gehen Sie mit denen um? Ein Aussteigerprogramm fehlt bis heute völlig. Das ist unverantwortlich. Wollen Sie die Rückkehrer zukünftig lückenlos überwachen? Dazu bräuchten Sie pro Gefährder eine zweistellige Anzahl von Polizeibeamten. Hochgerechnet brauchen Sie über 1.000 Polizeibeamte allein für die Überwachung derjenigen, die verroht aus dem Krieg zurückkommen. Und dann haben Sie noch niemand in die Moscheen geschickt, da haben Sie noch niemand in die Schulen geschickt, noch niemand in die Jugendzentren, noch niemand zu den Grillfesten, noch niemand zu all den anderen Orten, wo die gewaltbereiten Fanatiker ihren Nachwuchs rekrutieren.

Sie ziehen aber hier weiterhin nach Schema F ihre Kräfteverteilung bei der Polizei durch und berücksichtigen nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre, zusätzliche Stellen für die betroffenen Kommunen. Jetzt haben Sie heute, passend zur Debatte,

ein paar Stellen in Bonn – ganze drei – ermöglicht, damit die lokale SPD-Abgeordnete vor Ort das entsprechend verkünden kann. Das ist aber eindeutig zu wenig, und wir müssen sehen, dass wir Sie, Herr Jäger, noch anders zum Jagen tragen.

(Beifall von der FDP, der CDU und Robert Stein [fraktionslos] – Zurufe von der SPD: Oh!)

Insgesamt haben Sie in den vergangenen drei Jahren gerade mal 40 Personen an der Ausreise in den Dschihad in Syrien und im Irak gehindert. Laut „Bonner Generalanzeiger“ wurden zehn Ausreisen allein aus Bonn verhindert. Was ist mit all den anderen Städten, wenn man das ins Verhältnis setzt? Bonn hat 300.000 Einwohner, Nordrhein-Westfalen fast 18 Millionen. Man gewinnt den Eindruck, dass nur dort etwas passiert, wo die lokalen Behörden auch wirklich hinterher sind.

Sie tun zu wenig, und wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich hier nicht immer nur breitbeinig hinstellen und sagen, Sie haben alles im Griff. Das ist eben nicht der Fall. Sie nutzen die Möglichkeiten, die Sie haben, nicht aus. Sie kommunizieren zu wenig mit denjenigen, die vor Ort die Präventionsarbeit machen. Es gibt keine konzeptionelle Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden und den für Integration und Prävention zuständigen Stellen. Es gibt nur sporadische Zusammenarbeit mit den Moscheegemeinden, und die Repression findet nur punktuell und nicht flächendeckend statt. Ein Aussteigerprogramm – ich habe es erwähnt – fehlt völlig.

Herr Minister, Sie können über Promillegrenzen für Fahrradfahrer schwadronieren, Sie können auch Tausende Mannstunden bei der Polizei für Blitzmarathons vergeuden, ...

**Präsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Dr. Joachim Stamp (FDP):** ... aber bitte machen Sie zuerst Ihre Hausaufgaben bei der Terrorbekämpfung und der Bedrohung durch die religiösen Extremisten. Die Abwehr von Terror muss auch in NRW Vorrang vor der Verkehrserziehung haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU und Robert Stein [fraktionslos])

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kruse das Wort.

**Theo Kruse<sup>1)</sup> (CDU):** Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für die Einhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie die Be-

kämpfung von Kriminalität ist in Deutschland die Polizei zuständig.

(Beifall von der CDU)

Diese Aufgabe ist Ländersache. Seit mehr als vier Jahren wird die rot-grüne Landesregierung mit dem federführenden Fachminister Ralf Jäger dieser Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sowohl die objektive Sicherheitslage als auch das subjektive Sicherheitsgefühl sind mehr als alarmierend.

Vor wenigen Tagen hat diese Entwicklung einen weiteren Tiefpunkt erreicht. Ende vergangener Woche wurde bekannt, dass in der Wuppertaler Innenstadt seit geraumer Zeit eine Gruppe von Salafisten unter der Bezeichnung „Scharia-Polizei“ auf Streife geht. Diese selbst ernannten Sittenwächter erheben den Anspruch auf eine schariakontrollierte Zone, in der strenge islamische Bekleidungs- und Verhaltensregeln gelten sollen.

Diese Vorgehensweise macht deutlich, dass sich die salafistische Szene in Nordrhein-Westfalen von dem populistisch agierenden Innenminister nicht im Geringsten einschüchtern lässt. Im Gegenteil, sie tritt sogar zunehmend selbstbewusst auf.

(Beifall von der CDU)

Dass sich die Salafisten ausgerechnet Nordrhein-Westfalen als Bühne ausgesucht haben, kann bei genauerer Betrachtung nicht überraschen, denn Nordrhein-Westfalen wird von radikalen Islamisten bereits seit einigen Jahren als Wohlfühlzone betrachtet.

(Beifall von der CDU)

Dies sieht, wohlgemerkt, nicht nur die politische Opposition in diesem Haus so, sondern das, Herr Ralf Jäger, sieht auch Ihr Kollege, der baden-württembergische Innenminister Reinhold Gall, so, der Ihnen schon am 27. Dezember 2013 bescheinigt hat, dass Nordrhein-Westfalen eine relativ große Anziehungskraft auf diese Szene hat. Sie werden gleich sagen, dass Sie das mit Ihrem Kollegen besprochen und erledigt hätten.

(Nicolaus Kern [PIRATEN]: Wir sehen das nicht so!)

Einen weiteren Beleg dafür liefert der Top-Salafist Pierre Vogel, der übereinstimmenden Medienberichten zufolge vor wenigen Tagen seinen Wohnsitz von Hamburg nach Nordrhein-Westfalen verlegt haben soll. Die „Bild“-Zeitung Hamburg berichtete am 5. September 2014, dass Vogel regelrecht nach Bergheim bei Köln geflohen sei, weil er massiv im Fokus der Hamburger Behörden gestanden habe. „Dieser Druck wurde den Islamisten offenbar zu stark, Vogel musste weg“, heißt es in dem Bericht.

Auch der Essener Salafist Silvio K., der vor zwei Jahren untertauchen und sich der Terrormiliz Islamischer Staat in Syrien anschließen konnte, macht sich inzwischen über den nordrhein-westfälischen Sicherheitsapparat lustig. Ich zitiere dazu aus der „WAZ“ vom 10. September 2014:

„Silvio K. fühlte sich nicht nennenswert bedrängt. Das belegt ein Schreiben des Dschihadisten aus dem syrischen Kriegsgebiet, das der ‚WAZ‘ vorliegt. Darin spottet der IS-Kämpfer über die ‚Nachlässigkeit in Sachen Ermittlung gegen einen bekennenden Staatsgefährder‘, wie er sich selbst bezeichnet.“

Herr Minister Jäger, diese Beispiele sind das Ergebnis Ihres Versagens im Kampf gegen die Ausbreitung des Salafismus in Nordrhein-Westfalen. Dieses Versagen lässt sich mit weiteren Zahlen belegen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Seit Ihrem Amtsantritt nämlich hat sich das Personenpotenzial der salafistischen Szene in Nordrhein-Westfalen mehr als verdreifacht. Während der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2011 noch von 500 Salafisten ausging, zählen die Verfassungsschützer inzwischen 1.800 Salafisten in Nordrhein-Westfalen, Tendenz steigend. Anlässlich der Vorstellung des jüngsten Verfassungsschutzberichts im Mai dieses Jahres musste Herr Minister Jäger einräumen, dass inzwischen 40 salafistische Netzwerke in Nordrhein-Westfalen aktiv sind. Meine Damen und Herren, der frühere Oppositionspolitiker Ralf Jäger hätte vor diesem Hintergrund wahrscheinlich schon längst mehrfach den Rücktritt des Innenministers gefordert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Unter rot-grüner Regierungsverantwortung ist Nordrhein-Westfalen aber nicht nur zu einem deutschlandweiten Ruhe- und Rückzugsraum für Salafisten geworden. Wie Innenminister Jäger Ende August dem Innenausschuss mitteilte, sind aus Nordrhein-Westfalen seit 2012 130 Personen in Richtung Syrien gereist, um sich am Dschihad zu beteiligen. 28 von ihnen, so der Minister in der letzten Innenausschusssitzung, seien inzwischen nach Nordrhein-Westfalen zurückgekehrt.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist damit zum bundesweiten Spitzenreiter im Import und Export von Gotteskriegeren aufgestiegen, die in die Dschihadgebiete des Nahen Ostens reisen oder von dort nach Deutschland zurückkehren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wer angesichts dieser katastrophalen Bilanz darauf wartet, dass der zuständige Landesinnenminister endlich von seinem PR-Modus in den Arbeitsmodus umschaltet, ist bei Herrn Jäger allerdings leider an der falschen Adresse.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Minister Jäger, Sie bringen in unregelmäßigen Abständen ca. 3.500 Polizisten auf die Straße, um einen Tag lang im Land die Geschwindigkeit der Autofahrer messen zu lassen, aber für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor islamistischen Fanatikern fühlen Sie sich offenbar nicht zuständig. Oder Sie können es nicht, oder Sie wollen es nicht. Stattdessen verweisen Sie auf komplizierte Rechtslagen und so weiter und so weiter.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Der Umgang mit der Scharia-Polizei in Wuppertal spricht Bände. Man muss sich das einmal klar machen: Da weisen islamische Religionswächter in Nordrhein-Westfalen Frauen zur Einhaltung einer muslimischen Kleiderordnung an, propagieren gegenüber Jugendlichen selbst erlassene Discoverbote und stellen das staatliche Gewaltmonopol massiv infrage.

Und dem zuständigen Innenminister fällt dazu nichts Besseres ein, als diesen Burschen ihre lächerlichen Signalwesten abnehmen zu lassen. Herr Minister Jäger, das kann doch nicht allen Ernstes Ihre politische Strategie zur Bekämpfung des islamistischen Fundamentalismus in unserem Land sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Was mich allerdings auch stört – das sage ich ebenfalls in aller Deutlichkeit –, ist das Verhalten der linksgünen, bürgerlichen, sogenannten oder selbst ernannten Gutmenschen in diesem Hause und in diesem Land.

(Nicolaus Kern [PIRATEN]: Die sind nicht selbst ernannt, die werden nur von Ihnen so bezeichnet! – Zurufe von den GRÜNEN)

– Ja, ja. – Wenn es an anderer Stelle um Diskriminierungsverbote, um Emanzipation und um Frauenrechte geht, laufen Sie regelmäßig zur Höchstform auf.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Theo Kruse**<sup>1)</sup> (CDU): Da werden Mahnwachen, Licherketten und Sitzblockaden organisiert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Theo Kruse**<sup>1)</sup> (CDU): Frau Gödecke, ich komme zum Schluss. – Wenn aber in Wuppertal Frauen von einer Scharia-Polizei zum Tragen des Kopftuchs angehalten werden, höre ich von den Grünen nichts dazu. Dann verstummen sie ganz plötzlich. Eine Pressemitteilung dazu gibt es bis heute nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich in aller Nachdenklichkeit sagen:

(Zuruf von den GRÜNEN: Nachdenklichkeit?)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Theo Kruse**<sup>1)</sup> (CDU): Sie, Herr Minister Jäger, tragen als zuständiger Fachminister in besonderer Weise die Verantwortung für die innere Ordnung, den inneren Zusammenhalt, den gesellschaftlichen Frieden und das gesellschaftliche Miteinander in unserem Lande. Verzichten Sie auf populistische und publikumswirksame Aktionen ...

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Kruse.

**Theo Kruse**<sup>1)</sup> (CDU): ... und verwenden Sie die gewonnene Zeit für die Verbesserung der Substanz Ihrer Arbeit. Dazu fordere ich Sie auf. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Körfges das Wort.

**Hans-Willi Körfges** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich im Augenblick ein wenig selber zurücknehmen, weil ich in Anbetracht des Problems, mit dem wir zu tun haben, über das, was meine beiden Vorredner hier zum Besten gegeben haben, gelinde gesagt, erschüttert bin.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt Probleme, deren Dimension so sind, dass sie sich den üblichen parlamentarischen Rollenspielen entziehen sollte.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Versuch, die Landesregierung in diesem Feld mit den üblichen Ritualen zu attackieren, geht fehl.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Das sind keine Rituale!)

Wir haben es mit einem Problem zu tun, das eben gerade nicht ausschließlich regional zu lösen und zu bekämpfen ist. Wer hier einen anderen Eindruck vermitteln will, lieber Herr Dr. Stamp, lieber Herr Kruse, der trägt zur Verharmlosung und nicht zur Lösung des Problems bei.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Besonders erschüttert hat mich, dass Sie hier eben Statements der bekennend gewaltbereiten Salafisten dazu benutzt haben, unsere Landesregierung

anzugreifen. Ich kann mich nur fragen: Was geht bei Ihnen vor? Denn der gewaltbereite Salafismus ist – da sind wir nahe beieinander; und ich hatte mir von der heutigen Debatte einen Schulterschluss aller Demokraten, aller Menschen in diesem Lande versprochen –

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

die am stärksten wachsende verfassungsfeindliche Bestrebung. Das gilt – die Zahlen können Sie doch überall nachlesen – eben nicht nur für Nordrhein-Westfalen. Das gilt für alle Bundesländer. Es gilt für das benachbarte westliche Ausland. Von daher ist der Versuch, hier parteipolitischen Geländegewinn zu verzeichnen, etwas, was nicht der Bekämpfung des Salafismus dient. Im Gegenteil, wir machen hier ein Spiel, worüber diejenigen, die wir eigentlich gemeinsam bekämpfen sollten, sich im Ergebnis noch freuen werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich weigere mich, im Zusammenhang mit dem totalitären Anspruch dieser Gruppierungen den Ausdruck „Religion“ zu verwenden. Gewaltorientierter politischer Salafismus ist religiös verbrämte Gewaltverherrlichung und religiös verbrämte Menschenverachtung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

– Wir wollen dagegen vorgehen, Herr Dr. Stamp, und wir werden dagegen vorgehen. Im Gegensatz zu dem, was Sie hier abliefern, begrüße ich ganz ausdrücklich die Absicht der Bundesregierung, die Organisation Islamischer Staat als terroristische Vereinigung zu verbieten. Das verbessert auch die Möglichkeiten des Landes Nordrhein-Westfalen, Hasspredigern, die zur Teilnahme am Dschihad aufrufen, für ihre Taten verantwortlich zu machen. Darum sollte es uns doch gemeinsam gehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

In unserer Gesellschaft besteht doch ein breiter Konsens über Grundwerte. Zu dem unveränderlichen Verfassungskern unseres Grundgesetzes gehören das Demokratieprinzip, die Unantastbarkeit der Menschenwürde und die daraus folgenden Grundrechte. Wer aktiv die Abschaffung dieser Prinzipien anstrebt, extremistische Auslegungen der Religion als Ordnungs- und Herrschaftssystem über Demokratie und Menschenrechte stellt, stellt sich gegen die Verfassung unseres Landes, meine Damen und Herren.

Da sind – ich gebe jedem recht, der diese Meinung vertritt – alle repressiven Mittel, die uns zur Verfügung stehen, auszuschöpfen. Von daher geht Ihre Kritik an der Landesregierung völlig daneben. Herr Jäger, die Polizeipräsidentin von Wuppertal und auch die Zivilgesellschaft haben umgehend qualifiziert reagiert und denjenigen ihre Grenzen aufge-

zeigt, die ganz bewusst das Gewaltmonopol des Staates infrage stellen wollten.

Repression – jetzt komme ich zu dem eigentlichen Teil, der uns unterscheidet – alleine reicht jedoch nicht.

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

– Herr Dr. Stamp, Sie hatten einen Ansatz darin. – Ich darf jetzt einmal ein „Kompliment“ in Richtung CDU machen: Wir haben ein öffentlich tagendes Parlamentarisches Kontrollgremium zur Begleitung der Arbeit des Verfassungsschutzes. Bei dessen letzter Sitzung haben wir uns ausdrücklich mit dem Thema „Prävention“ in diesem Bereich beschäftigt. Von der CDU war – ich nehme den Kollegen Kruse aus, der aus Gesundheitsgründen nicht anwesend war – niemand da. Null Personen von der CDU waren anwesend, um sich an dieser Stelle des Themas anzunehmen bzw. sich ihm zu stellen. Da verspielt man auch ein Stück Glaubwürdigkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin froh darüber, dass Muslime in unserem Land, die selbst empfinden, dass es ihnen schadet, da es ja auch Bestrebungen sind, die sich gerade auch gegen unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger richten, gemeinsam mit allen anderen Bürgerinnen und Bürgern – ich bin der Frau Ministerpräsidentin dankbar, dass wir in der Ansprache keine Unterschiede mehr machen – als Zivilgesellschaft aufstehen. Auch bin ich froh darüber, dass die Landesregierung – da sind wir in Nordrhein-Westfalen relativ allein unterwegs, meine Damen und Herren – mit einem Präventionsprogramm an der Stelle die nötige Basis für Vernetzung schaffen will.

Wir können und wollen uns nicht bieten lassen, dass eine fundamentalistische religiöse Überzeugung sich staatliche Autorität anmaßt. Wir müssen diejenigen, die für so etwas ansprechbar sein könnten, sehr frühzeitig begleiten. Wir müssen gesellschaftliche Signale aufnehmen und gemeinsam mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die muslimischen Glaubens sind, die Zivilgesellschaft stärken.

Nur so, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir nachhaltig unsere Werte und unsere Wertegemeinschaft sichern.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die pauschalen Vorwürfe, liebe Kolleginnen und Kollegen, tragen nicht; sie treffen uns aber auch nicht.

Ich lade Sie noch einmal ganz ausdrücklich dazu ein – Sie werden demnächst die Gelegenheit haben, dieser Einladung Folge zu leisten –, mit uns gemeinsam anzutreten. Man kann nämlich nicht bei der Haushaltsdebatte über Stellen philosophieren und dann eine Stellenausweitung an der Stelle nicht mittragen wollen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden Sie, gerade wenn es um das Thema „Prävention“ geht, einladen, sich im Rahmen der Haushaltsberatungen mit uns für noch mehr ...

**Präsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Hans-Willi Körfges** (SPD): ... zivilgesellschaftliches Engagement und für noch mehr Durchdringung der Gesellschaft zur Abwehr dieser Bestrebungen einzusetzen. Dann bin ich mal gespannt, ob Sie sich an unserer Seite befinden.

Ich kann nur sagen: Die Landesregierung leistet an der Stelle ordentliche Arbeit. Wir müssen versuchen, dass diese Arbeit zivilgesellschaftlich vernetzt wird, und uns überall, nicht nur hier mit rhetorischen Floskeln, sondern auch vor Ort in unseren Wahlkreisen, ...

**Präsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit.

**Hans-Willi Körfges** (SPD): ... diesen Bestrebungen entgegenstellen. Denn unsere Grundordnung, unsere Demokratie ist es allemal wert, sich für diese Ziele einzusetzen.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in ihrer langen Geschichte immer wieder für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte gekämpft. Wir haben uns vor Ihnen in diesen Fragen nicht belehren zu lassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

**Verena Schäffer** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mehr Präsenz der CDU im Parlamentarischen Kontrollgremium – in der letzten öffentlichen Sitzung waren Sie ja mal wieder nicht da – würde vielleicht bei Ihnen auch zu der Erkenntnis führen, dass das Thema „Salafismus“ eines der Hauptthemen unserer Sicherheitsbehörden ist, des Verfassungsschutzes, aber eben auch der Polizei hier in Nordrhein-Westfalen. Vielleicht beteiligen Sie sich einfach mal an den Debatten in den Fachgremien des Landtags und reden dann vielleicht hier auch mal ein bisschen differenzierter über das Thema.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Denn ich meine schon, dass wir die differenzierte Debatte über das Thema brauchen. Wir sind uns einig, dass wir hier ein großes Problem haben und dass das Vorhaben einer radikalisierten Gruppe, einen Teil unserer Gesellschaft, und zwar junge Mus-

liminnen und Muslime, durch vermeintliche Sittenwächter kontrollieren zu lassen, einen fundamentalen Angriff auf die freiheitlichen Werte unserer Gesellschaft darstellt.

Unsere Gesellschaft zeichnet sich gerade durch diese Werte und Grundrechte aus. Dazu gehört auch, dass junge Menschen – egal, welcher Herkunft, egal, welchen Glaubens – selbstbestimmt entscheiden können, ob sie abends feiern gehen, ob sie Bier trinken, ob sie in der Disko tanzen gehen. Maßgeblich dafür sind die deutsche Gesetzgebung und nicht die Regeln von selbsternannten Tugendwächtern. Alle Versuche, den Rechtsstaat hier zu unterlaufen und Menschen einzuschüchtern, dürfen wir als Gesellschaft nicht dulden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Deshalb war die Klarstellung des Innenministeriums, was das Tragen dieser Westen angeht, dass es sich hier um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und das Uniformverbot handelt, richtig. Das konsequente Handeln der Polizei in Wuppertal hat ja auch dazu geführt, dass diese Aktion relativ schnell unterbunden werden konnte. Das ist auch gut so.

Der Salafismus ist die am schnellsten wachsende verfassungsfeindliche Bestrebung in Deutschland mit bundesweit ungefähr 6.000 Anhängerinnen und Anhängern.

Auch das ist wichtig: Darunter sind auch Frauen. Auch das müssen wir in die Debatte einbeziehen. Da gibt es andere Bedarfe. Da sind auch andere Ansprachen notwendig. Es sind nicht nur junge Männer. Es sind auch Frauen. In Nordrhein-Westfalen sind ungefähr 1.800 Personen in dieser salafistischen Szene.

Das betrifft aber nicht nur Deutschland, sondern das ist ein europaweites Phänomen. Die Europäische Kommission hat schon Anfang des Jahres gesagt, dass seit 2012 etwa 2.500 gewaltbereite Salafisten nach Syrien ausgereist sind, um dort zu kämpfen, davon ungefähr 130 Personen aus Nordrhein-Westfalen.

Was auch noch wichtig für die Diskussion ist: Mittlerweile reisen diese gewaltbereiten Salafisten ja nicht nur nach Syrien aus, sondern auch weiter in den Irak. Was das heißt und welche Anziehungskraft dieser Irakkonflikt wiederum auf die salafistische Szene in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und in Europa hat, können wir, meine ich, zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht wirklich beurteilen und noch gar nicht wirklich absehen. Deshalb ist diese Auseinandersetzung darüber hier auch so wichtig.

Viele Rückkehrer sind geschult im Umgang mit Waffen, haben Kriegshandlungen miterlebt, sind traumatisiert und verroht. Wichtig ist: Das sind ja nicht nur die Kampfhandlungen, sondern das ist verbunden mit einer Ideologie, die von Menschenverach-

tung geprägt ist, die antidemokratisch ist und deshalb auch eine Gefahr für unsere Sicherheit in Europa und in Deutschland darstellt.

Aber schon heute gibt es ja auch die Versuche und Möglichkeiten, Ausreisen zu verhindern, zum Beispiel durch den Entzug des Reisepasses. Die IMK hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet zur Erarbeitung von weiteren Maßnahmen unter der Federführung von Nordrhein-Westfalen. Soviel auch dazu, wir würden hier in NRW das Problem nicht sehen. Das stimmt einfach nicht. Auch bundesweit sind wir hier, meine ich, führend, was die Maßnahmen sowohl in der Repression als auch in der Prävention angeht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir über den Entzug von Reisepässen reden, finde ich, muss man hier aber auch klar sagen: Es gibt hier hohe Hürden. Es gibt zu Recht hohe Hürden, weil das natürlich Grundrechte einschränkt, weil es verhindert, dass Menschen ausreisen können. Insofern sind diese hohen Hürden richtig.

Ich möchte auch noch einmal mahnend sagen: Wir dürfen uns von Salafisten, von Islamisten nicht einschüchtern lassen, in unserer Gesellschaft nicht verunsichern lassen. Es kann nicht sein, dass jetzt schon wieder auf Bundesebene vonseiten der CDU Gesetzesverschärfungen diskutiert werden und dass voreilig die Grundrechte und Werte unserer Gesellschaft anscheinend über Bord geworfen werden. Denn genau das wollen Islamisten und Salafisten doch. Sie wollen, dass wir uns verunsichern lassen. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir dürfen nicht darauf hereinfallen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir sind als Gesellschaft gefragt, unsere freiheitlichen Werte mit Leben zu füllen. Gerade diejenigen, die ansprechbar sind, die potenziell einfache Antworten auf komplexe Fragen suchen, müssen wir stärken und davor schützen, auf diese Propaganda von Salafisten hereinzufallen. Wir müssen sie für unsere demokratische Gesellschaft gewinnen.

Deshalb muss die Debatte auch über sicherheitspolitische Fragen hinausgehen. Wir müssen über Gesellschaftspolitik reden. Wir müssen jungen Menschen in dieser Gesellschaft eine Perspektive geben, damit sie nicht auf solche Ideologien hereinfallen und damit sie gesellschaftliche Teilhabe erfahren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –  
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Ich meine: Es geht hier sehr viel um gesellschaftliche Werte. Es geht um die Fragen, ob wirklich alle gesellschaftliche Teilhabe erfahren, ob es eine Anerkennung gibt, oder ob wir nicht zum Teil Menschen in dieser Gesellschaft ausgrenzen. Ich glaube, das gehört zu der Frage dazu. Ich finde, das sollten wir auch diskutieren.

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

In Nordrhein-Westfalen ...

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Wo leben Sie?)

– Ich lebe hier, ich lebe in dieser Gesellschaft, und ich sehe, was in dieser Gesellschaft los ist.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und Marc Olejak [PIRATEN])

Ich sehe auch, dass es immer wieder zu Ausgrenzungsversuchen und Diskriminierungserfahrungen gerade bei jungen Musliminnen und Muslimen in dieser Gesellschaft kommt. Ich meine, dass wir darüber diskutieren müssen.

(Beifall von Manuela Grochowiak-Schmieding [GRÜNE] – Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Das ist keine Entschuldigung für salafistische Einstellungen. Es geht nicht darum, das zu relativieren oder zu entschuldigen, aber man muss doch über die Ursachen sprechen, wenn man das Problem angehen will.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD –  
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Ihr Vorgehen in der CDU – hier wird darüber geredet, man müsse deutsche Gesetze auf ihre Islamfestigkeit überprüfen – halte ich für hochgradig problematisch.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Es geht um die Religionsfreiheit in diesem Land.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Um Rechtsstaatlichkeit!)

Dazu gehören Musliminnen und Muslime. Es kann nicht sein, dass diese Menschen ausgegrenzt werden, denn dann haben wir die Probleme, vor denen wir jetzt stehen. Insofern sind Prävention und gesellschaftspolitische Diskussion so notwendig. Da fangen wir an.

Wir haben mit „Wegweiser“ das bundesweit einmalige Präventionsprojekt geschaffen. Im Übrigen werden die Hotline und das Bundesprojekt „HATIF“ gerade abgeschaltet. Das muss man an dieser Stelle auch sagen. Auf nordrhein-westfälischer Seite sind wir offenbar sehr erfolgreich mit dem Präventionsprojekt, das wir gestartet haben.

(Unruhe von der CDU und der FDP)

Ich glaube, dass das der richtige Weg ist, gemeinsam mit den muslimischen Gemeinden daran zu arbeiten, dass junge Menschen eben nicht auf die salafistische Ideologie hereinfallen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Schatz.

**Dirk Schatz (PIRATEN):** Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gewaltbereiter Salafismus bzw. – ganz allgemein – gewaltbereiter Islamismus sind selbstverständlich wichtige Themen, über die wir hier reden müssen und über die debattiert werden muss. Ich denke, darüber sind wir uns alle einig. Die Gefahr, die von Extremisten egal welcher Couleur ausgeht, ist real.

Auch bin ich selbstverständlich der Ansicht, dass, wenn rechtlich möglich, gegen Aktionen vorgegangen werden muss, von denen sich Menschen bedroht oder genötigt fühlen – völlig egal, ob sich diese Bedrohung oder Nötigung tatsächlich als solche im strafrechtlichen Sinne herausstellt.

Natürlich bin ich vor allem der Meinung, dass die Bevölkerung ein Recht darauf hat, vor solchen Menschen und insbesondere den dahinter stehenden Ansichten oder Absichten gewarnt zu werden. Das ist im Fall der Scharia-Polizei auch vielfach durch entsprechende Medienberichte geschehen.

Mir stellt sich allerdings die Frage: Müssen wir diesen einen konkreten Vorfall tatsächlich auf diese Ebene heben? Sind es dieser konkrete Vorfall – damit meine ich keinesfalls die Debatte als solche; das habe ich gerade betont – und die daran beteiligten Extremisten tatsächlich wert, die Aufmerksamkeit dieses Parlaments im Rahmen einer Aktuellen Stunde und damit noch mehr Öffentlichkeit zu bekommen?

Wenn es eine gefährliche Lage gewesen wäre, die man mit allem Nachdruck nachbereiten müsste, oder wenn die Landesregierung mal wieder planlos und inkompetent reagiert hätte – das hat sie in dem Fall tatsächlich mal nicht getan –,

(Minister Ralf Jäger: Oh!)

hätte ich gesagt: Okay, dann müssen wir darüber reden.

(Minister Ralf Jäger: Ist das Lob von der falschen Seite?)

Mit der heutigen Aktuellen Stunde haben Sie es geschafft, den Extremisten quasi noch das i-Tüpfelchen dessen zu geben, was Sie mit dieser Aktion erreichen konnten. Noch mehr geht eigentlich nicht.

(Beifall von den PIRATEN)

Obwohl: Ein bisschen mehr geht schon. Selbst die Kanzlerin hat sich zu dem Thema geäußert. Die Frau ist ein Phänomen.

(Heiterkeit von Marc Olejak [PIRATEN])

Sie ist bekannt dafür, sich gerade zu kritischen Themen so gut wie gar nicht zu äußern. Aber aus-

gerechnet, wenn sie etwas sagt, tut sie das zu Themen, zu denen sie besser die Klappe gehalten hätte.

(Beifall von den PIRATEN)

Aber lassen wir diesen kostenlosen Werbeblock, den Sie den Extremisten heute geschenkt haben, einfach einmal beiseite. Das Problem ergibt sich eigentlich immer, wenn wir über Extremisten reden. Dasselbe Problem haben wir auch bei den Rechten. Das lässt sich nur schwer vermeiden, auch wenn man darauf achten sollte, das mit Maß zu machen.

Aber hierbei kommt noch ein entscheidender Aspekt hinzu: Die Rechten können Sie eigentlich alle in einen Topf werfen, pauschal kritisieren und richtig kräftig draufhauen – verbal natürlich –: Sie treffen immer den Richtigen, egal, wen Sie treffen und wen Sie kritisieren.

(Heiterkeit von Marc Olejak [PIRATEN])

Da muss man nicht aufpassen oder differenzieren.

Wir reden aber über Glaubensgemeinschaften, bei denen das etwas anders aussieht. Frau Kraft – sie ist nicht mehr da – meinte in ihrer Haushaltsrede am Mittwoch, es sei gut, dass sich die islamischen Verbände von den Extremisten abgrenzen. Damit hat sie Recht.

Aber ich behaupte: Es ist schlecht, dass sie das überhaupt tun müssen. Denn dass sie das tun müssen, kann eigentlich nur daran liegen, dass es Menschen gibt, die nicht unterscheiden können oder – noch schlimmer – die nicht unterscheiden wollen, dass Salafismus oder – ganz allgemein – Islamismus oder sonstige extreme Richtungen nicht das Geringste mit dem Islam zu tun haben, den 99 % aller hier lebenden Muslime praktizieren.

(Beifall von den PIRATEN und Ali Bas [GRÜNE] – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich behaupte: Einem vernünftig denkenden Menschen ist das klar. Meinem Vernehmen nach ist das auch in diesem Hause jedem klar. Gerade die Tatsache, dass es sogar in diesem Hause jedem klar ist, zeigt doch, dass das Maß an Vernunft, um das zu verstehen, noch nicht einmal besonders hoch sein muss.

(Heiterkeit von den PIRATEN)

Trotzdem gibt es noch immer genug Menschen, die nicht noch einmal dieses Mindestmaß an Vernunft aufbringen. Deshalb ist es gerade bei diesem Thema äußerst wichtig, eine Debatte mit Augenmaß zu führen.

Obwohl Sie das wissen und obwohl es im vergangenen Jahr schon mehrfach Debattenbeiträge zu diesem Thema gab – demnächst haben wir eine von der FDP beantragte Anhörung –, springen Sie wie ein dressiertes Hündchen

(Zuruf von der CDU: Hey!)

über jedes kleine Stöckchen, das Ihnen diese menschenverachtenden Extremisten hinhalten.

(Beifall von den PIRATEN)

Damit helfen Sie denen nicht nur – das möchte ich hier betonen –, sondern Sie gießen auch noch Öl in genau das Feuer derjenigen Menschen, dieser Hetzer und Demagogen, die sich diesen Umstand zunutze machen, um den Hass gegen den Islam und die Menschen muslimischen Glaubens zu schüren. Was Sie hier veranstalten, ist keine Debatte mit Augenmaß, sondern das grenzt an Populismus.

(Beifall von den PIRATEN und Arif Ünal [GRÜNE])

Sie schüren Ängste und nutzen die Angst zum Fang von Wählerstimmen. Sie wollen bei der Geschichte Ihr Stück vom Öffentlichkeitskuchen abhaben. Mehr ist es nicht.

Dass CDU und FDP das machen, um der Landesregierung mal wieder eins auszuwischen – okay, geschenkt.

(Minister Ralf Jäger: Versuchen, eins auszuwischen!)

Das ist aus meiner Sicht zwar dumm, aber verständlich. Das ist Oppositionsarbeit. Dass aber auch SPD und Grüne auf diesen Zug aufspringen, quasi aus Angst, um sich nicht vorwerfen lassen zu müssen, sie hätten zu diesem Thema nichts zu sagen, ist nicht nur dumm, sondern auch unverständlich.

(Beifall von Lukas Lamla [PIRATEN])

Sie müssen sich hier und heute fragen: Welche Vorteile hat Ihnen diese Aktuelle Stunde gebracht? Was erreichen Sie hier? Welchen Mehrwert haben Sie mit dieser Aktuellen Stunde im Kontext der Gesamtdebatte erreicht, die wir seit über einem Jahr führen?

Ich habe heute nicht ein einziges Wort gehört, das ich nicht schon fünfmal vorher gehört hätte. Herr Kruse spricht über Blitzmarathons in dieser Debatte. Herr Körfges hat gerade angemahnt, dass wir kein parteipolitisches Geplänkel machen dürfen. Aber nichts anderes ist das hier. Wir haben heute noch nichts anderes gehört, als das, was wir vorher auch schon die ganze Zeit gehört haben. Es gibt noch nicht einmal einen Antrag, über den wir abstimmen könnten, gar nichts.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Was ist denn Ihr Beitrag heute?)

Selbst wenn es Vorteile geben sollte, müssen Sie sich fragen: Überwiegen diese Vorteile denn auch die Nachteile, die Sie durch diese Aktuelle Stunde aufgezeigt haben und durch die die Extremisten noch mehr Aufmerksamkeit bekommen, und zwar auf beiden Seiten? Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Rechten in Wuppertal, die quasi als Antwort auf die Scharia-Polizei ebenfalls mit ei-

nem Stadtschutz reagiert haben. Die Frage ist: Sind die Vorteile das Schüren von Hass und Angst in der Bevölkerung gegenüber dem Islam überhaupt wert? – Dazu sage ich ganz klar: Nein.

(Beifall von den PIRATEN)

Mein Beitrag zu dieser Debatte ist – Frau Beer, wenn Sie mir zuhören würden –, dass ich Sie für dieses Vorgehen kritisiere. Diese Aktuelle Stunde tut nichts weiter, als dem Islam noch mehr zu schaden als bisher, indem den Rechten und auch den Extremisten im Rahmen des Salafismus noch mehr Hoffnung gegeben wird. Das hätten Sie sich heute sparen können. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Schatz. – Bevor ich Herrn Minister Jäger für die Landesregierung das Wort erteile, möchte ich Sie gerne darüber informieren, dass Herr Minister Jäger zu Beginn der parlamentarischen Debatte zu dem großen Themenkomplex „Scharia-Polizei“ mitgeteilt hat, dass er diesen gerne im Zusammenhang darstellen möchte und wahrscheinlich nicht mit den sieben Minuten Redezeit auskommen wird. Deshalb haben wir bereits während der laufenden Debatte großzügig von sehr schnellen Hinweisen auf die Redezeitüberschreitung abgesehen. In der zweiten Runde werden wir natürlich auch sehr großzügig mit der Redezeit der Rednerinnen und Rednern der jeweiligen Fraktionen umgehen.

Die Tatsache, dass vier im Haus vertretene Fraktionen die Aktuellen Stunden mit unterschiedlichen Nuancierungen beantragt haben, macht deutlich, dass vier von fünf Fraktionen den Themenkomplex für sehr wichtig halten und Wert darauf legen, dass er öffentlich diskutiert wird. Deshalb glaube ich, dass man an dieser Stelle so verfahren kann. Herr Minister Jäger wird die Redezeit nicht über Gebühr strapazieren.

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Frau Präsidentin, ich habe diesen Hinweis verstanden. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir dulden es in Nordrhein-Westfalen nicht, dass Personen aus der salafistischen Szene unsere Mitmenschen provozieren, einschüchtern, nötigen oder bedrohen.

Das Tragen von Westen mit der Aufschrift „Shariah-Police“ mag für manche wie ein dummer Jungensstreich aussehen; so versucht es jetzt auch die salafistische Szene zu verkaufen. Ich sage an dieser Stelle eindeutig: Das ist für einen Rechtsstaat keine Kleinigkeit, das ist kein Gag, das ist auch kein schlechter Scherz, sondern es ist ein Verstoß gegen geltendes Recht, und so werden wir es auch behandeln.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Wuppertaler Polizei, meine Damen und Herren, ist gegen diese klare Provokation des Rechtsstaates schnell und konsequent vorgegangen. Sie hat die Personalien der Personen aufgenommen, Strafanzeigen erstattet, sie hat die Präsenz vor Ort erhöht, und sie hat für besorgte Bürger in Wuppertal – und davon gab es einige Hundert – eine Hotline eingerichtet, um zu informieren und aufzuklären. Ich bin der Polizeibehörde Wuppertal sehr dankbar dafür.

Darüber hinaus hat mein Haus per Erlass alle Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen angewiesen mit allen rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diese Fälle vorzugehen. Das umfasst unter anderem auch das Sicherstellen solcher Kleidungsstücke. Ich denke, das war eine Provokation des Rechtsstaates und nicht nur ein Werbegag der Salafisten. Es war eine Provokation des Rechtsstaates, und der Rechtsstaat hat eine klare und deutliche Antwort gegeben.

Meine Damen und Herren, aus diesem Ergebnis dürfen wir jetzt aber nicht schließen, das Thema „Salafismus“ hätte sich erledigt, und wir könnten uns zurücklehnen. Das wäre fahrlässig und ein klares Unterschätzen dieser hoch gefährlichen Bewegung. Wie hoch gefährlich sie ist, haben wir in der öffentlichen PKG-Sitzung vor wenigen Tagen gemeinsam mit dem Leiter des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, Herrn Freier, meines Erachtens deutlich beschrieben. Es war in der Tat bedauerlich, dass kein Vertreter der CDU daran teilnehmen konnte. Ich möchte das nicht kritisieren. Denn es gibt sicherlich gute Gründe, warum alle Abgeordneten verhindert waren.

Ausweislich der Planung der Frau Präsidentin für diese Sitzung endet diese Aktuelle Stunde um 11:34 Uhr. Herr Kruse, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses stehen Ihnen ab 11:35 Uhr zur Verfügung, um Sie endlich einmal auf Ballhöhe zu bringen, was den Salafimus in Nordrhein-Westfalen angeht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Wenn diese Ballhöhe erreicht ist, Herr Kruse, bitte ich Sie darum, auch mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in Berlin sachlich darüber zu diskutieren, was die Union während der Sommerpause zum Thema „Salafimus“ gesagt hat. Diese Äußerungen, die einem hysterischen Beißreflex nach immer schärferen Gesetzen gleichen, mögen vielleicht ein Sommerloch füllen, aber ich finde es bedenklich, wenn eine große deutsche Volkspartei genau das zu opfern versucht, was diese Extremisten bekämpfen und abschaffen wollen, nämlich Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Als Demokraten dürfen wir genau diesem Reflex nicht folgen, sondern müssen sagen: Wir sind stolz

auf diesen Rechtsstaat, auf diese Verfassung und auf diese Grundrechte, und wir schränken sie nicht ein, um euch zu begegnen. Wir haben rechtsstaatliche Mittel dagegen, die wir mit aller Konsequenz nutzen werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zum Thema „Salafismus“ möchte ich drei Aspekte hervorheben.

Erstens zu den Zahlen. Im letzten Jahr ist die Zahl der anerkannten Anhänger der gewaltbereiten salafistischen Szene allein in Nordrhein-Westfalen auf 1.500 angestiegen. Im laufenden Jahr gehen wir von 1.800 Personen aus. Zum Vergleich: Im Jahr 2011 waren es nur 500. Aktuell gibt es bundesweit 6.600 Salafisten. Das ist die am schnellsten wachsende extremistische Bestrebung in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und in ganz Europa.

Zweitens möchte ich auf die Lage im Nahen Osten eingehen. Ich glaube, jeder von uns sieht die Nachrichten, somit erzähle ich niemandem etwas Neues. Die Sicherheitslage im Irak und in Syrien ist hochbrisant und hochdramatisch. Was dort an Leid geschieht, ist kaum in Worte zu fassen. Diese Zurschaustellung von perfiden Greultaten, das Inszenieren von kriegerischer Gewalt – das muss deutlich sein – hat überhaupt nichts mit Religion zu tun. Das muss an dieser Stelle klar gesagt werden. Das ist Terrorismus, der sich selbst zum Kult hochstilisiert. Dieser Terrorismus soll nicht nur in den betroffenen Gebieten, sondern unter uns allen in der ganzen Welt Angst und Schrecken verbreiten.

Ich finde es deshalb richtig und bedeutend, dass wir gestern zu diesem Thema in der Plenarrunde ein klares Zeichen gemeinsam über alle Fraktionen hinweg gesetzt haben. Die salafistische Szene missbraucht diesen menschenverachtenden Terrorismus, um mit ihm für ihre Zwecke eine falsche Propaganda zu betreiben.

Die Kriegshandlungen von Gruppierungen wie der IS befeuern damit auch die Rekrutierung neuer Anhänger für den Salafismus.

Wir, die Bundesbehörden und Landesbehörden, arbeiten, um dem zu begegnen, sehr eng zusammen. Es hat in den letzten Wochen sehr enge Kontakte, Austausch von Informationen, Zulieferung von Materialien gegeben. Deshalb kann der Bundesinnenminister in diesen Minuten vor die Bundespressekonferenz treten und ein bundesweites Betätigungsverbot für IS in ganz Deutschland aussprechen.

Ich bin dem Kollegen sehr dankbar. Wir haben sehr zugeliefert, sehr gut zusammengearbeitet. Das ist ein weiterer Baustein, ein weiteres Mosaik im Kampf gegen den Salafismus in ganz Deutschland.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Diese Szene ist attraktiv für Menschen, die nach Werten und Orientierungen suchen. Es sind – Frau Schäffer, Sie haben recht, als Ausnahme sind da auch Frauen dabei – zumeist junge Männer, die für extremistische Theorien und Ideologien in ihrer Lebenssituation anfällig sind. Sie treffen hier auf eine Ideologie, die da sagt: Stülpe sie über! Nimm sie ganz auf! Du bekommst alle schwierigen Fragen des Lebens ganz einfach beantwortet.

Ich möchte gerne auf den dritten Punkt kommen, nämlich auf diese Menschen. Wir haben ein großes Problem mit Personen, die aus Deutschland ausreisen, um in Krisengebieten an Kampfhandlungen teilzunehmen. Das ist kein Problem von NRW. Das ist kein Problem von Deutschland. Das ist ein europaweites Problem.

Allein aus Deutschland sind 400 Personen in den Dschihad ausgereist, 130 aus Nordrhein-Westfalen. Die Personen, die zurückkehren, sind traumatisiert. Sie sind desillusioniert, weil sie als Kanonenfutter missbraucht wurden. Aber sie sind an Waffen ausgebildet, verroht und zusätzlich radikalisiert. Sie stellen ein Sicherheitsproblem dar.

Wir als Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes arbeiten sehr intensiv daran und sehr gut zusammen im GETZ in Berlin, wo unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Ländern und des Bundes jeden Tag zusammensitzen und genau diese Szene sehr intensiv beobachten.

Trotzdem muss man sagen: Es gibt ein abstraktes Anschlagrisiko in Deutschland, damit auch in Nordrhein-Westfalen. Aber es gibt keine konkreten Hinweise auf konkrete Anschläge.

Herr Schatz, ich habe viele Redeeinträge von Ihnen schon gehört, aber Sie haben, glaube ich, den Finger in die richtige Wunde gelegt: Statt politische Geländegewinne erzielen zu wollen, müssen wir gemeinsam dieser salafistischen Szene begegnen. Es sind bundesweit 6.000 Menschen, die sich von Demokratie und Rechtsstaat verabschiedet haben, die radikalisiert, extremistisch eine Ideologie prägen und propagieren, die rückwärtsgewandt ist, die ein fürchterliches menschenverachtendes Bild zeichnet.

Wir müssen diesen Menschen die Möglichkeit geben, aus dieser Szene herauszukommen. Deshalb ist, Herr Stamp, dieses Projekt „Wegweiser“ so richtig. Wenn Sie die nicht erreichen, dann arbeiten die genau richtig. Das Projekt soll nämlich keine Hotline für informationsbedürftige Abgeordnete darstellen, sondern seine Ressourcen darauf konzentrieren, vor Ort

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP]:)

regionale Netzwerke zu schaffen, damit wir gemeinsam mit Schule, mit Jugendamt, mit Polizei, mit Moscheevereinen, mit Imamen an die Menschen herankommen – bei denen wir Hinweise haben, dass sie in diese Szene abzurutschen drohen, wo uns

Mütter, Väter, Schwestern oder Brüder informieren, dass sie an sie nicht mehr rankommen – und tatsächliche Hilfe leisten. Wir haben das in drei Städten begonnen. Wir werden es weiter ausrollen in Nordrhein-Westfalen.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Wann denn?)

Aber eines ist klar, meine Damen und Herren: Das ist bundesweit bisher einmalig. Ich bin froh, dass meine Kollegen Innenminister mich gebeten haben, auf der nächsten Innenministerkonferenz ausführlich darüber zu berichten und klar zu sagen: Das ist ein Projekt, das wir möglichst in ganz Deutschland anwenden sollten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Um es noch einmal deutlich zu sagen und um eine Versachlichung dieser Debatte zu ermöglichen: Ich begrüße es ausdrücklich, dass der Koordinierungsrat der Muslime für den 19. September zu einem bundesweiten Aktionstag „Gegen Gewalt und Extremismus“ aufgerufen hat. Damit wird diesen gewaltbereiten Salafisten eines deutlich gemacht: Ihr könnt euch nicht auf den Islam berufen. Ihr missbraucht diese Religion für menschenverachtende Zwecke.

Dies Signal, meine Damen und Herren, ist umso wichtiger, weil es noch einmal unterstreicht, was wir hier im Parlament wissen und was die breite Öffentlichkeit wissen muss, nämlich dass der ganz überwiegende Teil der Muslime hier in Deutschland friedlich lebt, dass dieser Teil der Muslime sich klar von Gewalt distanziert, dass für Hetze, für Hass und Gewalt in unserem Rechtsstaat kein Platz ist und wir auch niemandem diesen Platz überlassen werden. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Bevor ich Frau Kollegin Vogt für die CDU-Fraktion das Wort erteile, möchte ich Sie darüber informieren, dass Herr Minister Jäger die vorgesehene Redezeit von sieben Minuten jetzt um 3:41 Minuten überschritten hat.

Wir hatten in der ersten Runde Redezeitüberziehungen von ungefähr 45 Sekunden bis 1:45 Minuten, sodass mein Vorschlag, den ich auch schriftlich für den Vizepräsidenten, der die Sitzung gleich übernimmt, hinterlassen werde, ist, dass jeder Redner, jede Rednerin in der zweiten Runde, sofern gewünscht, drei Minuten zusätzliche Redezeit bekommt. Ich halte das für einen sehr fairen Ausgleich. – Frau Kollegin Vogt!

**Petra Vogt<sup>3)</sup>** (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Körfges! Sie hatten gerade in Ihrer Rede gefordert, dass wir bei diesem schwierigen Thema einen Zusammenschluss aller

demokratischen Kräfte in diesem Hause benötigen. Ja, das sagen wir Ihnen sehr gerne zu. Aber dafür, Herr Körfges, muss diese Landesregierung erst einmal ihre Arbeit machen. Und das hat sie nicht gemacht.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Das, was der Minister dazu gerade erhellend von sich gegeben hat, erschöpfte sich in der Beleidigung Abgeordneter. Von daher konnten wir nicht feststellen, was er tatsächlich Erhellendes zu diesem Thema beitragen wollte.

(Beifall von der CDU)

Über den Istzustand dieses Problems ist hier schon gesprochen worden.

Ich glaube aber, es ist wichtig, dass man auch mal einen Blick in die Vergangenheit wirft. Junge Menschen in unserem Bundesland ziehen sich nicht über Nacht irgendwelche Warnwesten an und spielen Sittenpolizei, sondern es muss im Vorfeld ein langer Prozess abgelaufen sein, der eine derartige Geisteshaltung hervorgebracht hat.

Wie kann es sein, dass die Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, auf die wir alle zu Recht so stolz sind, von einigen jungen Menschen abgelehnt werden? Wie kann es sein, dass sie keine Wertschätzung für das religiöse, kulturelle und soziale Leben in unserem Land haben? Wo sind die Konzepte der Landesregierung, und zwar nicht nur dagegen, dass Westen getragen werden, sondern auch gegen diese Geisteshaltung? Denn die Westen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die kann man verbieten, man kann aber nicht die Geisteshaltung, die dahinter steht, verbieten.

(Beifall von der CDU)

Konzepte, die wir erkennen können in diesem Land – Fehlanzeige. Gilt das immer wieder postulierte Programm „Kein Kind zurücklassen“ eigentlich auch für junge Menschen, die in der Gefahr stehen, in Extremismus abzugleiten? Haben Sie sich schon mal Gedanken darüber gemacht, dass man das auch in Schulen, in Vereinen, in Verbänden miterfassen muss?

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ja, das machen wir doch!)

– Genau. Ich komme direkt dazu.

Ich hatte ganz viel Hoffnung, als ich den Antrag von SPD und Grünen gelesen habe. Der Antrag von SPD und Grünen zur heutigen Aktuellen Stunde lautet: „Gewaltbereitem Salafismus mit Repression und Prävention begegnen.“ Das klingt erst einmal vielversprechend.

Wenn man dann in den Antrag schaut, sieht man, dass das nordrhein-westfälische Präventionsprojekt „Wegweiser“ hervorgehoben wird; Herr Dr. Stamp

berichtete bereits dazu. In diesem Projekt arbeiten jeweils zwei Sozialarbeiter in drei Städten. – Herr Minister Jäger, glauben Sie ernsthaft, dass man das Problem von 1.800 Salafisten in unserem Bundesland – übrigens mit steigender Tendenz – mit sechs Sozialarbeitern lösen kann?

(Beifall von der CDU)

Wohl kaum!

Ein weiteres Problem, das sich stellt: Sind die jungen Menschen, die sich in dieser Szene bewegen, überhaupt ausstiegswillig? Wollen sie überhaupt ein solches Angebot annehmen? Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat kürzlich angekündigt, sein eigenes Aussteigerprogramm für radikale Islamisten einzustellen, und zwar nicht – wie man vielleicht denken könnte – aus finanziellen Gründen, sondern weil dieses Angebot der ausgestreckten Hand nicht angenommen wurde.

Das heißt, wir haben tatsächlich junge Menschen in unserer Mitte, die sich in dieser Szene auch noch wohlfühlen. Da stelle ich einfach die Frage: Wie kann es sein, dass sie sich dort wohlfühlen? Sie waren in unseren Schulen, sie haben unsere Ausbildung durchlaufen. Wie kann es sein?

Es greift zu kurz, jetzt einfach nur sagen: Na ja, es sind Migranten, die kommen aus den bekannten Parallelgesellschaften, die haben sich abgeschottet, da kommen wir eh nicht dran. – Wir haben festgestellt: Es sind auch junge Deutsche dabei, die hier ganz normal groß geworden sind, die Konvertiten sind und sich von dieser Ideologie angezogen fühlen.

Ich frage Sie: Was machen wir als Gesellschaft eigentlich wirkungsvoll dagegen?

(Beifall von der CDU)

Wie werben wir für unsere Werte? Werben wir in der Schule überhaupt noch für diese Werte, für unsere freiheitliche Grundordnung? Oder setzen wir die Kenntnis dieser Werte als selbstverständlich voraus?

Tagtäglich versuchen Flüchtlinge, zu uns zu kommen. Sie wollen zu uns kommen aus Ländern, wo Terror herrscht, wo keine Freiheit ist, wo Diktatur herrscht. Sie wollen zu uns kommen, um diese Freiheit bei uns zu genießen. Und wir sind nicht in der Lage, bei unseren eigenen jungen Leuten dafür zu werben, dass diese Freiheit ein hohes Gut ist, damit sie nicht auf die Idee kommen, in den Extremismus abzugleiten. Das kann doch nicht sein.

(Beifall von der CDU)

Außerdem kann man feststellen, dass in den letzten Monaten weniger die jungen Menschen Beratung nachgefragt haben als vielmehr eine ganz andere Gruppe: Das sind die Mütter dieser Kinder. Diese Mütter stellen mit großer Sorge fest, dass ihre Kinder in der Gefahr stehen, in diese Szene abzuglei-

ten. Auch diese Mütter brauchen eine entsprechende Unterstützung und Begleitung, damit sie auf ihre Kinder einwirken können, dass sie nicht in diesen Bereich gehen.

(Beifall von der CDU)

Wo sind da die Konzepte der Landesregierung? Wir können sie nicht erkennen.

Es reicht also nicht aus, nur die Westen zu verbieten, Herr Minister Jäger, sondern wir benötigen ganz dringend einen breiten gesellschaftlichen Konsens, bei dem es keinen Nährboden für ein derartiges Gedankengut in Nordrhein-Westfalen geben kann. Legen Sie als Landesregierung bitte unverzüglich ein Konzept dafür vor! Es ist schon viel zu viel wichtige Zeit vertan worden. Wir sehen, dass diese Zahlen steigen und nicht zurückgehen. Das zeigt, Herr Minister Jäger, dass Sie Ihre Aufgaben nicht gemacht haben. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Kollegin Vogt. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Bialas.

**Andreas Bialas (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Tagen befinden wir Wuppertaler uns in bundesweit negativer Berichterstattung. So wichtig es ist, Gefahren zu benennen und zu bekämpfen, so wichtig ist es auch, Relationen zu beachten. Es ist ein schmaler Grat zwischen der Aufmerksamkeit, die zu erzeugen ist, damit der Blick auf einen Gefahrenzustand gelenkt wird, und einem Hype, der alle Maße sprengt, den Falschen Publicity beschert und den Blick darauf verstellt, was uns Wuppertaler ausmacht und wer überhaupt Opfer ist.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir leben in Wuppertal den Gedanken der Toleranz, der Akzeptanz und der Gemeinschaft. Und das werden wir uns durch niemanden nehmen lassen. In Wuppertal leben Menschen aus über 150 Nationen und zahlreichen Religionen und Religionsrichtungen friedlich zusammen.

In der Gemarker Kirche wurde vor 80 Jahren die Barmer Theologische Erklärung verkündet. Sie klärte, welche Ansprüche Gott hat und welches Recht der Staat gegenüber dem Menschen erheben kann, also: Was ist Gottes, was ist des Staates? Ein Teil dieses Geländes in der Gemarke wurde der jüdischen Gemeinde übertragen, die hierauf – direkt neben der Kirche – ihre neue Synagoge errichtete, die von zwei Staatspräsidenten – Mosche Katzav und Johannes Rau – 2002 eingeweiht wurde.

Diese, unsere Synagoge wurde vor einigen Wochen mit Brandsätzen beworfen. Es war der Sprecher der Moscheegemeinde, Mohamed Abodahab, der einen Tag später auf einer Demonstration vor der Synagoge sagte: Wer dieses Gotteshaus angreift, greift unser aller Gotteshäuser an. Er greift uns alle an. Es gibt keinen Unterschied, egal ob es eine Moschee, eine Synagoge oder eine Kirche ist.

In Wuppertal planen wir den ersten landesweiten muslimischen Friedhof. Er wird unmittelbar angrenzen an einen christlichen und an einen jüdischen Friedhof.

Zwei bekannte Kinder unserer Stadt haben sich über ihre jahrzehntelange Arbeit für Toleranz und Vielfalt besonders ausgezeichnet: Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth und Johannes Rau. Sie einte der Gedanke, dass wir in Kategorien von Heterogenität und Gestalten dieser Vielfalt denken sollten und nicht auf die vermeintlichen Segnungen reiner Homogenität hereinfließen dürften.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist der Geist, der in Wuppertal herrscht: der Geist der Toleranz, getragen von den Vertretern der Konfessionen, von der Stadtgesellschaft und allen bürgerlichen Parteien, von allen Repräsentanten der Stadt. Wir stehen untereinander in einem vielfältigen Kontakt und Dialog. Wir begegnen uns als Wuppertaler. Wir stehen gerade auch jetzt zusammen und damit an der Seite unserer muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die nichts mit der Shariah-Police zu tun haben, nichts mit dem Ungeist salafistischer Hetzer.

Betrachten wir einmal die Opfer: Opfer sind zunächst einmal unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Lassen wir es nicht zu, dass sie in einer doppelten Opferstruktur gefangen werden, indem sie unter den Generalverdacht als nicht integrierte und nicht integrierbare potenzielle oder real extremistische Angehörige einer Parallelgesellschaft gestellt werden und die Diskussion hauptsächlich hierum kreist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Opfer sind zum Beispiel junge Muslimas, die von einer Horde Männer nachts genötigt und verängstigt werden, denen damit untersagt werden soll, eine Disco zu besuchen, und die sich derzeit nicht außer Haus trauen. Opfer sind junge verführbare Männer und ihre Familien, die für scheinbar heilige Kriege rekrutiert und verheizt werden sollen.

Es war auch ein Angriff auf unsere freiheitliche Verfassung. Aber wie sieht es nun mit unserer Verfassung aus? Um sie muss man sich grundsätzlich immer sorgen – vollkommen richtig. Aber wir wissen auch, dass sie stabil ist, dass sie durch unsere von vielen gelebten und weltweit von Millionen ersehnten Werte getragen wird, dass sie durch unsere

Einsichten und historischen Erfahrungen stabilisiert ist.

Was sind nun diese Einsichten? – Es ist die Einsicht, dass die universalen Menschenrechte dem Wunsche der Unterdrückten, dem Wunsche der Unfreien aller Zeit und aller Orte entsprechen. Unsere Rechte sind nicht die Rechte der Machthaber, es sind die Rechte der zunächst Machtlosen. Das Recht auf Entfaltung der Person braucht die Masse der Beherrschten, nicht die geringe Zahl der Herrscher.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist genau das Gegengewicht zu den gedanklichen und staatlichen Verhältnissen in den Kriegs- und Krisengebieten unserer Welt. Es ist die Einsicht, dass Menschen vor der ungezügelter Macht der Herrscher und der falschen Prediger geschützt werden müssen. Es ist die Einsicht, dass kein Staat Paradiese schaffen kann und kein Herrscher im Besitz historischer oder religiöser Wahrheiten ist. Und es ist die tiefe Einsicht, dass politischer Messianismus oder nationales Führertum nicht in einer vollendeten Gesellschaft oder dem ewigen Leben münden, sondern in Tyrannei und Tod.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist die Einsicht, dass die Entwicklung des Menschen, sein Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit Raum und Grenzen braucht: Raum, in dem er seine Biografie selbstständig schreiben und bestimmen kann, Grenzen dort, wo er beginnt, anderen ihren Raum zu nehmen. Es geht also nicht um ein: „Jeder mache, egal was er will“, sondern um ein immer wieder wachsam zu behütendes, immer wieder behutsam zu behandelndes und immer wieder neu zu justierendes Miteinander.

Unsere Werte werden wir mit allen Mitteln des Rechtsstaates verteidigen. Ich bin daher der Wuppertaler Polizei für ihr engagiertes und schnelles Handeln dankbar. Ich bin dem Innenminister dankbar, schnellstens ein Verbot für das Tragen der Westen ausgesprochen zu haben. Ich bin dankbar dafür, dass wir mit Mitteln des Landes Beratungsstellen für das Projekt „Wegweiser“ einrichten können. Ich bin den Wuppertaler Moscheegemeinden dankbar, die mit ihrer Arbeit über die Gefahren des Salafismus aufklären und dafür sorgen, dass sich gerade ihre jungen Gemeindemitglieder immun gegenüber den scheinbaren Verlockungen zeigen.

Als Gesetzgeber ist es unsere Pflicht und unser vornehmstes Recht, jedes rechtsstaatliche Mittel einzusetzen, um durch das Gesetz unsere Demokratie und unsere Bürger zu schützen. Besonders ist es uns auferlegt – und wir sind da in einer weltweit betrachtet luxuriösen und von vielen beneideten Situation –, den Geist dieser Demokratie auch leben zu dürfen.

Das werden wir in Wuppertal gemeinsam tun. Wir werden nach den leidvollen Erfahrungen der letzten Woche nur umso mehr zusammenrücken. Denn eines geben wir den Radikalen, egal welcher Couleur, nicht: Wir geben Ihnen nicht unsere Gemeinschaft, nicht unsere Werte, wir geben ihnen keinen Nährboden für ihre Ideologien, nicht unsere Angst und auch nicht das Auseinanderdividieren der Demokraten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Dr. Stamp.

**Dr. Joachim Stamp (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Präsidentin Gödecke eben ankündigte, dass Herr Innenminister Jäger mehr Redezeit brauche, um grundsätzlich klarzustellen, wie es bei diesem Thema weitergehen solle, da hatte ich die Hoffnung, dass wir hier wirklich mal ein Konzept vorgetragen bekommen. Aber was wir dann hören konnten, das waren Allgemeinplätze und Verallgemeinerungen und nicht eine einzige konkrete Maßnahme. Für einen Innenminister, der sich hier immer wie ein Sheriff hinstellt, ist das deutlich zu wenig, Herr Jäger.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dass die CDU im Ausschuss gefehlt hat, ist doch keine Entschuldigung dafür, dass Sie uns hier nach wie vor ein Konzept vorenthalten. So kann das nicht weitergehen.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Bei dieser Landesregierung fühle ich mich – auch als Bürger in Nordrhein-Westfalen – bei diesem Thema nicht mehr vernünftig aufgehoben.

(Beifall von der FDP und der CDU – Lutz Lienenkämper [CDU]: Sehr gut!)

Sie tragen – Herr Körfges hat das angesprochen; in Ihrer Begründung zu der heutigen Aktuellen Stunde steht das auch, Frau Beer – das Projekt „Wegweiser“ immer wie eine Monstranz vor sich her. Dann müssen Sie sich aber auch mal damit auseinandersetzen, was dort tatsächlich passiert. Der Innenminister hat doch gerade bewiesen, dass er überhaupt nicht verstanden hat, worum es bei diesem Projekt eigentlich geht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Er hat nämlich behauptet, das Projekt sei nicht für mich gedacht. Meine Damen und Herren, das Projekt ist bewusst für alle Bürgerinnen und Bürger gedacht, damit sie Hinweise geben können. Wenn sie sehen, dass irgendjemand abgleitet, muss so eine Einrichtung für sie doch erreichbar sein. Anders geht es überhaupt nicht. Kommen Sie hier doch nicht mit solchen Bemerkungen!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das gilt – bei aller Wertschätzung – leider auch für Staatssekretär Klute, der heute im „General-Anzeiger“ verkündet hat, wie toll das Projekt „Wegweiser“ funktioniere und wie fantastisch die Zusammenarbeit mit den Verbänden sei. DITIB ist nach wie vor nicht dabei – und andere auch nicht –, weil „Wegweiser“ zusammen mit dem Verfassungsschutz durchgeführt wird, gegen den sie wegen der NSU-Ermittlungen große Vorbehalte haben.

Ich habe den Eindruck, dass Sie die Sachverhalte überhaupt nicht kennen. Und das ist bei einem derart sensiblen Thema vollkommen unangemessen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung an die Adresse der Kollegin Schäffer und anderer, die sich hier zum Umgang mit diesen Jugendlichen geäußert haben. Silvio K., Pierre Vogel, Sven Lau – das sind alles keine türkisch oder arabisch klingenden Namen. Diese Personen sind, wie man ein bisschen flapsig sagt, Bio-Deutsche. Sie können nun wirklich nicht anführen, dass die als Hassprediger unterwegs sind, weil sie hier aufgrund ihres Glaubens diskriminiert worden sind. Das sind ganz üble Gestalten. Das muss man auch in aller Klarheit benennen. Dem muss man mit aller Härte des Rechtsstaats begegnen. Man kann nicht immer alles auf eine schlimme Kindheit zurückführen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das hat kein Mensch getan! – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das hat niemand gesagt!)

Das tun wir auch bei Neonazis nicht. Wir brauchen hier einen gemeinsamen Konsens dahin gehend, dass wir uns als Zivilgesellschaft, als Bürgergesellschaft, genauso, wie wir uns gegen Neonazis stellen, auch gegen militante Salafisten stellen. Das sind wir unserem Land, das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Bas.

**Ali Bas (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich war vor nicht einmal zwei Wochen mit Kolleginnen und Kollegen aller Landtagsfraktionen bei der feierlichen Gründung des Landesverbandes NRW des Zentralrats der Muslime in Wuppertal. Zusammen haben wir alle, ob Christen, Muslime oder Juden, das friedliche Miteinander der Religionen in der Stadt Wuppertal gewürdigt.

Dass keine vier Tage später eine Gruppe religiös verblendeter Extremisten in Warnwesten aus dem Baumarkt als sogenannte Shariah-Police auf der

Sittenstreife durch Wuppertal zog, hat mich sehr geärgert. Mich hat die Dreistigkeit jener jungen Männer geärgert, die sich mit ihrem Auftritt als selbst ernannte Sittensheriffs in einer Art und Weise über das geltende Recht und die Ordnung gestellt haben, die man im religiösen Kontext durchaus auch als unislamisch bezeichnen kann.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE] und Hans-Willi Körfges [SPD])

Für den allergrößten Teil der hier lebenden Musliminnen und Muslime ist es selbstverständlich, sich an Gesetze zu halten. Sie sind ebenso wie ich darüber verärgert, dass eine kleine Gruppe Extremisten mit solchen Aktionen dem Ansehen des Islam in Deutschland derart geschadet hat.

Die Diskussionen und Berichte der letzten Tage haben leider auch den Effekt gehabt, dass die Rechnung der sogenannten Neosalafisten nach größtmöglicher Aufmerksamkeit aufgegangen ist. Der klägliche Versuch von Neonazis, mit einer ähnlichen Aktion auch ein Stück von diesem Kuchen abzubekommen, sei hier nur am Rande erwähnt.

Diese unerwünschte Aufmerksamkeit künftig zu vermeiden wird für uns alle eine große Herausforderung werden. Hier ist neben der nötigen Wachsamkeit auch Sachlichkeit bei der Thematik geboten.

Diese Sachlichkeit habe ich in den Redebeiträgen von FDP und CDU zu dieser Aktuellen Stunde vermisst; denn sie werfen Rot-Grün einfach Versagen vor.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das stimmt doch!)

Das ist ja auch am einfachsten.

Ich finde, dass Innenminister Ralf Jäger richtig gehandelt hat, indem er die Sicherstellung besagter Polizeiwesten veranlasst hat und die Polizei in einem Erlass angewiesen hat, mit allen Mitteln gegen diese selbst ernannte Sittenpolizei vorzugehen.

Während Vertreter der Union lauthals nach noch schärferen Gesetzen rufen, bin ich der Meinung, dass wir bereits bestehende Gesetze wirksam ausstopfen müssen.

Ich bin auch der Meinung, dass wir das Problem mit gewaltbereiten Salafisten und deren Ideologie, die sich klar gegen die freiheitlich-demokratische Gesellschaft richtet, nicht alleine mit strafrechtlichen Mitteln angehen können. Vielmehr müssen wir auch die zivilgesellschaftlichen Akteure sowohl auf muslimischer Seite als auch auf der gesamtgesellschaftlichen Seite stärken.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Das geht natürlich nur, indem man sich auf Augenhöhe begegnet. Rot-Grün hat daher den Dialog mit den Muslimen in NRW seit Übernahme der Regie-

rung im Jahre 2010 forciert. Gemeinsam arbeiten wir an verschiedenen Stellen daran, dass der Islam als ein selbstverständlicher Teil Nordrhein-Westfalens wahrgenommen wird und Muslime sich hier angenommen fühlen.

So haben wir fraktionsübergreifend die Einführung des islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache beschlossen.

Ebenso fraktionsübergreifend sind wir im Gespräch mit muslimischen Vertretern über die Anerkennung als Religionsgemeinschaft.

Vorgestern haben wir zusammen das neue Körperschaftsstatusgesetz beschlossen, das auch Auswirkungen für muslimische Religionsgemeinschaften hat.

Dazu kommen das neue Bestattungsgesetz sowie die Beratung mit muslimischen Vertretern zu Fragen der Pflege und Seelsorge im „Dialog Forum Islam“.

Last, but not least ist NRW mit dem vielfach gelobten Präventionsprogramm „Wegweiser“, das einen sozialpädagogischen Ansatz verfolgt, bundesweit Vorreiter im Kampf gegen die Radikalisierung von jungen Muslimen.

Viele Musliminnen und Muslime wünschen sich mehr Dialog mit der Gesellschaft; denn nur der Dialog hilft uns, den anderen besser zu verstehen und Vorurteile abzubauen – gerade vor dem Hintergrund der neben dem aufkeimenden Antisemitismus anwachsenden Islamophobie.

Ich kann Sie nur einladen, sich auf diesen Dialog einzulassen; denn nur eine starke Zivilgesellschaft kann sich gegen Radikalisierung jeder Art wehren.

Gelegenheiten zum Dialog gibt es einige, sei es am 3. Oktober beim Tag der offenen Moschee oder am 19. September, wenn die großen muslimischen Verbände in sieben Städten in der Bundesrepublik mit Mahnwachen und Friedenskundgebungen zum Aktionstag gegen Hass und Unrecht aufrufen, der sich unter anderem gegen die Brandanschläge auf Moscheen und Synagogen richtet, aber auch gegen den schrecklichen Krieg in Syrien und Irak. Zu Ihrer Information: In Nordrhein-Westfalen wird das Ganze in Bielefeld stattfinden. Eine weitere Gelegenheit ist das große Fest „Wuppertaler bewegen die Stadt“ am kommenden Sonntag, wo auch Vertreter der vielen örtlichen Religionsgemeinschaften zugegen sind.

In diesem Sinne wünsche ich mir und Ihnen für die Zukunft eine konstruktive Diskussion und vor allem kluge Strategien zu diesem äußerst wichtigen Thema. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Bas. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Marsching.

**Michele Marsching (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren hier im Saal und zu Hause! Zunächst ein kurzes Vorwort an Frau Landtagspräsidentin Gödecke; ich möchte etwas klarstellen. Sie haben gerade gesagt: Vier von fünf Fraktionen finden die Debatte hier wichtig. – Die Debatte über Salafismus und den Kern und das Problem des gewaltbereiten Islamismus finden auch wir Piraten wichtig.

Was Herr Kollege Schatz vorhin gesagt hat, ist, dass wir hier kein Forum bieten sollten für fünf armselige Männchen in Wuppertal, die mit Warnwesten rumlaufen und sich Shariah-Polizei nennen. – Das war alles.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

„Angst!“ – „Angst“ ist das große Wort, Angst auf beiden Seiten!

Da ist zunächst unsere berechtigte Angst vor gewaltbereiten religiösen Fanatikern, die uns – teilweise auch entgegen den Gesetzen – nötigen wollen, so zu leben, wie sie das gerne hätten.

Angst vor dem Leben, vor dem Weiterkommen, vor dem, was man im Leben denn zu tun und zu lassen hat, treibt aber eben auch Jugendliche zu diesen salafistischen Bewegungen. Denn da finden sie Halt, da finden sie einen Sinn für ihr Leben. Da wird ihnen gesagt: Mit ganz einfachen Mitteln können wir dir sagen, wie dein Leben zu leben ist. Und dann geht es dir gut.

Was wir tun können und was wir tun sollten gegen diese salafistischen Bestrebungen? Das Mittel, das wir immer wieder hochhalten sollten, das ist die Bildung! Das ist die Aufklärung dieser Menschen darüber, dass einfache Lösungen eben nicht immer die besten Lösungen sind.

(Beifall von den PIRATEN)

Prävention – da ist das Projekt „Wegweiser“ ein guter Baustein – ist immer besser als Verbote.

Nun debattieren wir hier, und ich höre – und heute passt das mal – aus „Das Leben des Brian“ – Wer hat den Stein geworfen? –: Sie war's! Sie war's! – Er war's! Er war's!

Die CDU sagt: Die Landesregierung hat kein Konzept, und Rot-Grün hat kein Konzept. – Immer nur: mecker, mecker. Dann frage ich ganz ehrlich, liebe CDU und auch liebe FDP: Wo sind denn Ihre Konzepte? Wo sind denn Ihre Vorschläge, außer immer nur zu sagen: „Was Rot-Grün macht, das ist schlecht, wir müssen mehr machen“? Wo sind Ihre konkreten Vorschläge an dieser Stelle?

(Beifall von den PIRATEN)

Ihr Kollege Wolfgang Bosbach hat heute Morgen in einem Interview – da ging es um das Thema „Ab-

grenzung voneinander anstatt Einschluss aller gesellschaftlichen Gruppen und Kooperation“ – gesagt: Die muslimischen Verbände müssen unbedingt etwas tun. – Aber das kann doch nicht die Antwort sein, immer nur auf die anderen zu gucken und zu sagen: Die anderen machen alles falsch. – Es müssen doch auch die Christlich-Konservativen mal sagen, wie ihre Lösungsvorschläge aussehen.

Denn „Die Gesellschaft tut nichts dagegen“ ist eben nicht die Antwort. Wir sind nicht nur Teil dieser Gesellschaft, sondern wir sind auch Entscheider in der Gesellschaft. Wir müssen hier sagen, wie wir weiter vorgehen wollen gegen religiöse Fanatiker.

Eines geht jedenfalls nicht: Law and Order, Vereine und Versammlungen verbieten. Das geht auch in Richtung der SPD und der Grünen, denn das steht so in Ihrem Antrag zur Aktuellen Stunde. Das ist nicht die einzige Lösung. Sie schreiben, die Prävention gehöre dazu. Da sind wir bei Ihnen.

Was jedoch ganz wichtig ist: Diese Gruppen, und gerade diese „Scharia-Polizei“, bewegen sich ja nicht mehr in den Grenzen unserer geltenden Gesetze. Dabei haben wir Gesetze, und die müssen wir am Ende gegen diese Gruppen anwenden – und sonst nichts. Wir verfügen doch über diese Handhabe.

Letzter Punkt. Ich habe jetzt zu diesem Thema geredet, das Sie hier ins Parlament gebracht haben, aber ich möchte nicht das i-Tüpfelchen für diese Scharia-Polizei sein. Ich glaube, das, was in Dortmund passiert ist – da müssen wir nur zwei Wochen zurückdenken; da ist erstmals dieser „Stadtschutz“ aufgetreten –, war genau das Richtige. Es wurde kurz lokal darüber berichtet, und dann haben wir den Mund gehalten und gesagt: Die paar Spinner. – Da wurde gegen vorgegangen, und jetzt ist das Thema um! Das Forum, das wir einer Scharia-Polizei, das wir fünf verblindeten Leuten hier bieten, das ist viel zu groß. Deswegen beende ich jetzt auch meine Rede. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Marsching. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Yetim.

**Ibrahim Yetim (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich dachte, der Innenminister wollte noch etwas sagen, aber das hat sich angesichts der Wortbeiträge, die bisher von der Opposition gekommen sind, wahrscheinlich erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hätte eigentlich erwartet, dass wir uns heute Morgen ernsthaft mit dem Thema „Salafismus“ auseinandersetzen. Das ist leider nicht passiert.

(Zuruf von der FDP)

Ich will mal sagen, Herr Stamp, und zwar ganz deutlich, was wir erleben, was der Salafismus für uns bedeutet. Das fällt mir jetzt ein bisschen schwer. Aber Frau Freimuth hat ja gestern das Thema „Amerika“ aufgebracht: Die Attentäter vom 11. September waren alle Salafisten.

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Deswegen muss man sich mit diesem Thema ernsthaft auseinandersetzen.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Sie sind gar nicht im Stoff!)

Dass in Wuppertal ein paar Spinner mit Westen rumgelaufen sind, kann man natürlich zu einem Thema aufbauschen, keine Frage. Aber die Ursache dafür, wie es denn sein kann, dass Menschen so weit gehen, dass sie sich Westen anziehen und meinen, sie müssten andere Menschen zu einem „besseren Leben“ führen, die müssen wir ergründen. Das ist doch die Frage: Wie kann es sein, dass es so weit kommt?

Ich habe bis jetzt den Eindruck aus den Wortbeiträgen, die von den Freien Deutschen Populisten und der CDU gekommen sind, dass Sie sich mit diesem Thema gar nicht auseinandergesetzt haben.

(Zuruf von der FDP: Unverschämtheit – Zuruf von der CDU: Oho!)

Es ist doch so, Herr Stamp: Sie haben damit angefangen, auf den Innenminister zu schimpfen, weil der in der Öffentlichkeit steht. – Ja, das ist sein Job. Er muss das tun und erklären, was die Landesregierung in den Bereichen unternimmt, für die wir verantwortlich sind.

(Beifall von der SPD)

Von Ihnen höre ich immer nur: PR-Minister! Er steht hier breitbeinig! Er ist der Sheriff! – Nein, er macht seinen Job, und den macht er gut. Das passt Ihnen nicht. Darum geht es Ihnen.

(Beifall von der SPD)

Herr Kruse sagt hier, die Salafisten hätten keinen Respekt vor dem Innenminister. Glauben Sie denn, die hätten Respekt vor Ihnen, Herr Kruse?

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Die Frage lautet doch, Herr Kruse: Vor wem hätten die Salafisten denn Respekt? – Die haben vor niemandem Respekt. Menschenleben sind diesen Salafisten egal. Darum geht es. An der Stelle müssen wir ansetzen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das kann nur so geschehen, dass wir versuchen, diese jungen Menschen, die Pierres, die Philipps und Ahmeds und wie die alle heißen, eine riesige Mischpoke an dieser Stelle, auf den richtigen Weg zu bringen oder es hinzubekommen, dass sie erst

gar nicht auf den falschen Weg kommen. Darum geht es.

Ich glaube, dass die Landesregierung dabei auf genau dem richtigen Weg ist. Wenn wir darüber sprechen, kein Kind zurückzulassen, gilt das für alle Kinder. Wir brauchen die Bildung, wir brauchen die Aufklärung. Nur darüber geht es.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Frau Vogt spricht dann über ein Aussteigerprogramm „Wegweiser“. Sie hat sich gar nicht damit beschäftigt. Das ist kein Aussteigerprogramm, sondern das ist ein Präventionsprogramm, Frau Vogt. Vielleicht sollten Sie sich einmal damit auseinandersetzen, worum es denn eigentlich geht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Weil es ein Aussteigerprogramm von Ihnen gar nicht gibt!)

In den Anträgen steht bei der CDU, die SPD bzw. die Landesregierung würde versagen. Bei der FDP lese ich: keine Gegenstrategie! – Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Sie haben absolut nicht zugehört und sich mit dem Thema „Salafismus“ nicht beschäftigt. Ihnen geht es um politische Geländegewinne. Der Innenminister hat es völlig zu Recht gesagt: Dieses Thema – ich habe gerade kurz den 11. September angesprochen – ist einfach zu ernst, um es so aufzugreifen, wie Sie das tun.

(Beifall von der SPD)

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen machen es genau richtig: Kein Kind zurücklassen! Wir müssen jedem Kind sagen, woraus diese Gesellschaft besteht, was die Werte dieser Gesellschaft sind. Das tut diese Landesregierung seit 2010.

Das Phänomen „Salafismus“ ist doch nicht von heute auf morgen entstanden, sondern über einen längeren Zeitraum. Haben Sie von 2005 bis 2010 diese Gefahr nicht erkannt, Herr Stamp?

(Widerspruch von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Wo waren Sie denn zwischen 2005 und 2010? Haben Sie nicht erkannt, dass diese Gefahr droht? – Anscheinend nicht. Anscheinend haben Sie gepennt. – Danke.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will auf drei Themenkreise eingehen, die vorhin angesprochen worden

sind: zum einen die Sicherheitslage, zum anderen die Frage langfristiger Konzepte und die Frage der Prävention.

Zur Sicherheitslage! Hier ist bereits angesprochen worden, dass wir in Deutschland elf Anschlagversuche hatten, bedauerlicherweise einen gelungenen mit zwei toten GIs am Frankfurter Flughafen. Wir hatten Glück, weil wir zwei Anschlagversuche gehabt haben, die an technischen Defekten der Bombenzünder scheiterten. Außerdem haben wir acht Anschlagversuche gehabt, bei denen es den Sicherheitsbehörden gelungen ist, sie durch sehr enge Kooperationen zu verhindern.

Alle elf hatten eins gemeinsam: Sie hatten alle einen salafistischen Bezug. Von daher muss die Bedeutung dieser Szene, dieser Bewegung klar werden. Neben dem politischen Salafismus gibt es einen gewaltbereiten und extremistischen Terrorismus, der ein echtes Sicherheitsproblem darstellt. Dieses Sicherheitsproblem verstärkt sich im Zusammenhang mit den Ausreisen in den angeblichen Dschihad nach Syrien und in den Irak und entsprechend bei der Rückkehr.

Ich habe vorhin versucht zu beschreiben, wie die Rückkehrer zu klassifizieren sind: desillusioniert, traumatisiert und radikalisiert. Deshalb geht es – wenn man versuchen will, die Sicherheitslage in Deutschland zu stabilisieren – darum, Ausreisen möglichst zu verhindern. Im Rahmen dessen, was uns rechtlich möglich ist, nutzen wir die entsprechenden Instrumente, beispielsweise das Passgesetz, dass es erlaubt, den Reisepass zu entziehen, wobei nachzuweisen ist, dass die Ausreise dazu dienen soll, an kriegerischen Handlungen teilzunehmen. In solchen Fällen entziehen wir den Pass.

Nach dem deutschen Personenstandsrecht ist es allerdings untersagt, dass Behörden den Personalausweis einziehen. Mit dem Personalausweis kann man in die Türkei reisen. Die Türkei ist inzwischen die Drehscheibe für ganz Europa geworden, wenn es darum geht, in den Dschihad nach Syrien oder den Irak auszureisen.

Ich bin mit meinem Kollegen Bundesinnenminister einer Meinung: Wir müssen jetzt mehr Druck auf die Türkei ausüben, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten diese Weiterreisen in den Dschihad auch unterbindet und das nicht nur sozusagen den europäischen Ländern überlässt.

Frau Vogt, ich hatte Sie bisher immer nur in der Schulpolitik verortet. Sie haben jetzt einen Ausflug in die Sicherheitspolitik gemacht und hatten dabei die Frage gestellt: Wo sind denn eigentlich die langfristigen Konzepte, die die Landesregierung an den Tag legt, um Extremismus insgesamt langfristig zu bekämpfen? – Gott sei Dank hat mich die Kollegin Löhrmann noch einmal darauf aufmerksam gemacht, wie viel bereits im Bereich der Schule und in der Erziehung geleistet wird:

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

im Rahmen der Demokratieerziehung, im Rahmen des gemeinsamen islamischen Religionsunterrichtes.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das muss das Konzept sein: Menschen mit den Werten dieser Demokratie und dieses Rechtsstaates, dieser Verfassung, mit Menschlichkeit zu konfrontieren. Das ist die beste Möglichkeit, gerade junge Menschen wehrhaft für diese Demokratie einzustehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wer seine Religion kennt und um die Inhalte weiß, der ist sehr viel schwerer verführbar. Deshalb ist die Konzeption, die in der Schulpolitik entwickelt worden ist und bekannt sein müsste, durchaus richtig.

Jetzt zur Prävention, Herr Stamp! Ich bin – wie meine Innenministerkollegen übrigens auch – der festen Überzeugung, dass wir diese Doppelstrategie zwischen Repression und Prävention brauchen. Die Sicherheitsbehörden stehen immer am Ende einer Nahrungskette. Sie müssen am Ende immer mit einem Phänomen umgehen, auf dessen Ursachen die Sicherheitsbehörden kaum oder gar keinen Einfluss haben.

Trotzdem muss man aus Sicht der Sicherheitsbehörden sagen: Wir haben die Aufgabe, nicht nur den Rechtsstaat zu schützen, sondern auch durch Prävention zu verhindern, dass Menschen in diesem Staat Straftaten begehen. Das tun wir.

Herr Stamp, Ihre Kritik am Projekt „Wegweiser“ ist ganz kleines Pepita.

(Beifall von der SPD)

Es fängt damit an, dass Sie schlichtweg die falsche Telefonnummer wählen. Wir haben bewusst beim Innenministerium eine Hotline geschaltet, wo genau diese Personen, die sagen: „Ich habe in meinem Familienkreis, in meinem sozialen Umfeld junge Männer, die abgleiten; wir erreichen die nicht mehr“, anrufen können. Dafür haben wir diese Hotline eingerichtet. Herr Stamp, jetzt könnten Sie dort anrufen.

Wir kriegen wöchentlich fünf bis zehn Hinweise. Deshalb brauchen wir, wenn wir solche Hinweise bekommen, ein Instrument, das das aufgreift. Im Innenministerium fehlen Kulturtechniken, zum Beispiel Sprache, Religionskenntnisse über den Islam. Wir brauchen Netzwerkpartner. Wir müssen diejenigen an einen Tisch holen, die die Möglichkeit haben, auf diese jungen Männer einzuwirken.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Machen Sie das!)

– Das tun wir. Wir haben damit an drei Standorten begonnen – bundesweit einmalig. Wir werden dies ausrollen. Ich bin fest überzeugt – schon jetzt zeichnen sich Erfolge ab –, dass meine Innenminis-

terkollegen, denen ich am 6. Dezember darüber berichten werde, das gerne aufgreifen und auch in anderen Bundesländern umsetzen werden.

Das ist die Strategie dieser Landesregierung: konsequente Strafverfolgung, Repression dort, wo Straftaten begangen werden; aber tatsächlich zu helfen und entsprechende Instrumente aufzubauen und in der Hand zu haben, wenn zu befürchten ist, dass Menschen in eine extremistische Szene abgleiten. Ich finde, da sind wir auf einem sehr guten Weg.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Ministerin Sylvia Löhrmann)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Biesenbach.

**Peter Biesenbach<sup>\*)</sup>** (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Was wir heute hier gehört haben, war wieder eine Demonstration, wie man eine Debatte eigentlich nicht führen soll, wenn sie der Sache dient.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Bravo!)

– Aber keine Sorge bei dem falschen Applaus, ich will nicht zu vielem etwas sagen. – Nur, Herr Jäger, ich hätte mir von dem Innenminister dieses Landes heute Inhalt versprochen. Was Sie dargestellt haben, ist an keiner Stelle wirklich dem nachgekommen, was notwendig wäre. Wenn die Waffe, die Sie so markant einführen und die Herr Yetim so toll findet, für die man sich so bedankt, ein Erlass ist, in dem steht: „Nehmt die Westen weg!“, dann sollten wir es aufgeben, darüber nachzudenken, wie wir Dschihadisten irgendwo Herr werden können.

(Beifall von der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]: Dann über Debattenkultur zu sprechen bei solchen Aussagen – mein Gott!)

– Herr Zimkeit, in dem Augenblick, als hier gelobt wurde, der Erlass ist doch ein tolles Instrument, bringt Sat.1 heute Morgen, kurz nach elf, einen Beitrag über Facebook, wo Salafisten mitteilen: Wir machen als Scharia-Polizei weiter, dann eben ohne Westen. – Das ist die Antwort. Das heißt, die Salafisten brauchen die Dinger nicht. Das ist reine Provokation in Wuppertal. Es hätte in Bonn, in Bochum, wo auch immer sein können. Hier wird gezielt ausgetestet, wie wir damit umgehen.

Jetzt will ich keine weiteren Vorwürfe machen, das hilft uns wirklich nicht. – Einverstanden, Herr Minister, wir brauchen Prävention, und wir brauchen Repression. Nur, was die Prävention angeht, sollten Sie verdammt vorsichtig sein. Das Erschreckende an den Salafisten, an der am stärksten wachsenden Gruppe im extremistischen Milieu, liegt doch darin, dass sie nicht mehr den Zuwachs von draußen

brauchen, sondern von innen immer stärker werden. Das sind junge Deutsche, die hier geboren wurden, Deutsch sprechen, hier unsere Schulen besucht haben, studieren oder eine Ausbildung machen. An die kommen wir doch über diesen Gedanken nicht heran.

Wenn wir fragen, wie wir Prävention betreiben können, müssen wir auch hinterfragen: Wieso bilden die in den Großstädten eine Parallelgesellschaft? Wieso haben wir die denn nicht früher aufgefangen? Kollegin Vogt hat deutlich darauf hingewiesen. Das sollten wir intensiv gemeinsam überlegen, aber nicht so tun, als ob es der richtige Weg wäre.

(Beifall von der CDU)

Nehmen wir das Programm „Wegweiser“! Dr. Stamp hat eindrücklich beschrieben, wie es aussieht. Wir kennen ein ähnliches Projekt von Ihnen, Herr Minister, für die rechtsextremen Jungs. Da haben Sie auch so ein Aussteigerprogramm. Ergebnis ist – so hießen meine letzten Zahlen –: Um die 50 Leute werden betreut. – Das Dumme daran ist nur, dass die Zahl der Straftaten in dem Bereich steigt und wir auch da feststellen, dass die Truppe nach wie vor aktiv ist.

Was ist das Ergebnis dieser Abschreckung, die wir liefern? Das Ergebnis ist, dass die Salafisten sagen: „Wir machen weiter – dann ohne Westen“, und dass die Rechten in Wuppertal sagen: Dann stellen wir die Stadtwache auf, marschieren hinterher, und irgendwo werden wir denen schon begegnen.

Das ist die Situation – ähnlich wie seinerzeit im Ruhrgebiet, als Sie den Rockern auf die Füße treten wollten. Dann haben die gesagt: Lieber Herr Minister, lass es lieber sein! Wir werden von hier aus das Ruhrgebiet erobern. – Das Ergebnis ist, dass die Personenschützer von Frau Kraft in Ihrem Ministerium nachfragten, ob sie denn da noch herfahren könne. So sieht doch die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen tatsächlich aus.

(Beifall von der CDU)

Also: Prävention ja. Darüber sollten wir ausführlich längere Zeit sprechen. Ich hätte aber auch erwartet, dass wir mal fragen: Können wir bei Repression ein bisschen was tun? Wir kennen einen weiteren Trend bei den Salafisten: dass diejenigen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, mit großer Lust die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen. Warum? Weil sie ganz anders reisen können.

Sie haben recht: Wir können die Ausreise vielleicht nicht verhindern. Aber wir bedauern, dass wir dann deren Einreise nicht verhindern können. Wieso schauen wir nicht mal ins Gesetz?

Die Aberkennung der Staatsbürgerschaft – Art. 16 GG – ist ausgesprochen schwierig. Herr Kollege, einverstanden. Aber warum diskutieren wir nicht auf breiter Ebene, ob wir nicht § 28 des Staatsangehö-

rigkeitsgesetzes etwas näher beleuchten? § 28 sagt:

„Ein Deutscher, der aufgrund freiwilliger Verpflichtung ... in die Streitkräfte oder einen vergleichbaren bewaffneten Verband eines ausländischen Staates eintritt, ... verliert die deutsche Staatsangehörigkeit.“

Ich muss da nichts mehr feststellen. Dann taugt doch ...

(Zurufe von der SPD und den PIRATEN – Unruhe)

Wir könnten doch ganz simpel einmal deutlich machen, ob wir diesem Prinzip nicht folgen wollen und überlegen können, ob der Beitritt zu einer terroristischen Organisation, die Kampfhandlungen im Ausland durchführt, nicht eine gleichgestellte Situation ist.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Das wollen wir doch verhindern. Wo ist der Unterschied, ob ich einem regulären syrischen Verband beitrete oder der ISIS und dort zur Kanone oder zum Gewehr greife? – Das sind die Gedanken, die wir uns machen sollten.

(Beifall von der CDU)

Die nächste Überlegung: Wir bedauern, dass Hassprediger wie Vogel oder Lau hier ungestört ihre Arbeit fortsetzen können. Vogel kommt aus Hamburg nach Nordrhein-Westfalen, weil er hier nicht verfolgt wird. Prima! Lau ist seit gestern Bürger Düsseldorfs. Herzlichen Glückwunsch! Denen sagen wir doch nach, sie seien Hassprediger. Warum entziehen wir denen nicht die Möglichkeit, ihre Tätigkeit fortzusetzen?

Rot und Grün in Berlin haben im Jahr 2002 § 129b des Strafgesetzbuchs geändert. Bis dahin war es verboten, Mitglieder und Unterstützer für ausländische terroristische Vereinigungen zu sammeln. Das ist auch heute noch verboten. Zulässig ist aber seitdem – 2002 von Ihnen in Berlin verabschiedet – die Sympathiewerbung für diese Vereinigungen im Inland. Wenn Vogel sagt: „Tretet den Dschihadisten bei und kämpft in Syrien!“, ist das strafbar. Wenn er aber in seinen Reden toll ausmalt, wie man dort hilft, wie Glaubensbrüder unterstützt werden und wie sie leben, und wenn er Lust weckt, dort mitzumachen, ist das straffrei. Solange das der Fall ist, können diese Jungs ungestört hier arbeiten. Das wollen wir nicht.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie uns doch darüber nachdenken, wie wir solche Vorschriften ändern können. Das ist auch ein Stück Prävention. Prävention in der Schule – ja, Prävention in der Ausbildung – ja, Prävention und Mut in der Zivilgesellschaft – ja. Aber, Herr Minister, wir erwarten von demjenigen, der für Sicherheit und Ordnung zuständig ist, mehr: dass er sich auch dar-

über Gedanken macht, wie wir den Hasspredigern hier, die wir nicht wollen, die Basis entziehen. Auch darüber sollten wir einmal intensiv reden. Dann täten wir den Menschen in diesem Land einen großen Gefallen.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Schluss der Aussprache, und ich **schließe die Aktuelle Stunde.**

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

## **2 Flüchtlingen helfen, Kommunen entlasten, Verfahren straffen**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/6679

Wir kommen zur Aussprache. Ich erteile für die FDP-Fraktion Herrn Dr. Joachim Stamp das Wort.

**Dr. Joachim Stamp (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bundesinnenminister de Maizière erwartet für dieses Jahr 200.000 neue Asylbewerber, nach 127.000 im vergangenen Jahr. Die Anzahl der Anträge nimmt also stark zu. Ich habe aber bereits in der gestrigen Debatte gesagt, das ist kein Grund für eine „Das Boot ist voll“-Rhetorik; es ist allerdings eine Aufforderung an uns alle, uns sachlich damit auseinanderzusetzen und es zum Anlass zu nehmen, um zu prüfen, wie wir den Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe zur Seite stehen und für Entlastung sorgen können.

Die Kommunen wollen den Flüchtlingen helfen, sind aber finanziell und organisatorisch überfordert. Ein klares Zeichen hierfür ist auch die Forderung von Hessen nach einer Asylkonferenz, nachdem NRW wegen der Masern-Vorfälle in den Erstaufnahmeeinrichtungen nur eine Woche lang keine Flüchtlinge aufgenommen hat und diese nach Hessen umverteilt worden sind.

2012 deckten nach einer Umfrage des Städte- und Gemeindebunds die Zuweisungen des Landes NRW im Schnitt nur 58 % der Kosten der Kommunen. In diesem Jahr hat das noch einmal deutlich abgenommen. Die Kommunen sprechen heute von einer Kostendeckung von etwa einem Drittel. Hinzu kommt, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern generell nach wie vor unterfinanziert sind.

Ich denke, wir alle sind uns einig – dazu gibt es im Laufe des Tages einen weiteren Tagesordnungspunkt –, dass wir Zeltstädte wie in Duisburg nicht möchten, die unwürdig und vor allem für traumati-

sierte Flüchtlinge ungeeignet sind. Andererseits wollen wir so viele Menschen wie möglich vor Krieg und politischer Verfolgung schützen. Das bedeutet aber – da müssen wir ehrlich sein –, dass wir nicht auch noch die Standards der Unterbringungsmodalitäten heben können.

Ebenfalls haben unsere Kommunen keine Zeit, auf die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes zu warten. Dies wird, so ist zu vermuten, in dieser Legislaturperiode nicht kommen, weil die Große Koalition das nicht als Ziel in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen hat. Vielmehr hat die Bundesregierung gerade einen neuen Entwurf auf den Weg gebracht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es hilft den Kommunen jetzt nicht, wenn man ihnen die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes immer wieder wie eine Mohrrübe vor die Augen hält, die sie am Ende doch nicht erreichen können. Das ist Augenschwermerei. Die Kommunen brauchen unsere Hilfe jetzt. Die Kommunen brauchen ein Investitionsprogramm, um Flüchtlingsunterkünfte zu bauen, eine schnellere Anpassung der Pauschalen und, wie in Hessen, eine Übernahme der Krankheitskosten.

Für uns ist aber auch klar, dass wir in Nordrhein-Westfalen das nicht alleine stemmen können. Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, mit dem Bund in Verhandlungen darüber zu treten, dass sich auch der Bund seiner Aufgabe stärker bewusst wird und hier entsprechende Verantwortung übernimmt.

In einer Zeit – das möchte ich auch gern mit der Fraktion der Grünen besprechen –, in der die Flüchtlingszahlen so stark ansteigen wie jetzt, müssen wir uns darauf konzentrieren, dass die Hilfe bei denjenigen ankommt, die es am nötigsten haben. Wir wollen nicht, wie es immer wieder unterstellt wird, Flüchtlinge gegeneinander ausspielen. Aber in der derzeitigen Situation müssen wir uns auf die konzentrieren, die tatsächlich vor Krieg oder politischer Verfolgung fliehen.

Deswegen bitten wir darum, dass Nordrhein-Westfalen seinen Widerstand gegen die Benennung von Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsländer aufgibt. Auch weiterhin wird jeder – das möchte ich noch einmal explizit sagen –, der tatsächlich verfolgt wird, auch aus diesen Ländern, bei uns Schutz finden. Das sind aber derzeit aus diesen Ländern deutlich unter 1 % der Antragsteller.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch von den Grünen, ich möchte Ihnen noch einmal zurufen: Das individuelle Recht auf Asyl, das uns allen wichtig ist, ist das falsche Instrument, um diskriminierten Minderheiten vom Balkan dauerhaft zu helfen. Hier braucht es Hilfe vor Ort, vielleicht auch andere Resettlement-Programme. Darüber können wir uns an anderer Stelle gerne unterhalten; da werden wir uns nicht verschließen.

Wir brauchen aber, was die Verfahren angeht, eine Straffung und Erleichterung. Deswegen bitten wir noch einmal – das sage ich an die Adresse der Grünen –, hier den Widerstand aufzugeben und Mazedonien, Serbien und Bosnien entsprechend in den Katalog aufzunehmen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir müssen die Kommunen entlasten, damit sie ihrer Verantwortung bei der Flüchtlingsaufnahme gerecht werden.

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Kollege, Ihre Redezeit.

**Dr. Joachim Stamp (FDP):** Ich würde mich freuen, wenn wir diese Debatte hier in einem sachlichen Ton führen und das dann anschließend weiter im Ausschuss vertiefend beraten könnten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Stamp. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Lück.

**Angela Lück (SPD):** Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Sie, die FDP-Fraktion, sprechen in Ihrem Antrag eine Problematik an, die uns als Vertreter der Politik sowohl auf der Bundes- und der Landesebene, aber auch auf der kommunalen Ebene betrifft, wenn es darum geht, grundsätzliche – ordnungspolitische, personelle und auch finanzielle – Rahmenbedingungen zur Flüchtlingsaufnahme in Deutschland zu regeln.

Hier werden wir uns allesamt sicherlich – und hoffentlich – ganz schnell einig, dass wir uns als Verantwortungsträger zu dieser humanitären Verpflichtung bekennen, Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber aufzunehmen, ihnen zu helfen und sie so weit wie möglich zu integrieren. Aktuelle Entwicklungen in den Krisengebieten Irak und Syrien – zum Beispiel die dort stattfindende grausame Verfolgung von Minderheiten – erzeugen Handlungsbedarf zum Schutz der Flüchtlinge, die zu uns kommen.

Wir alle wissen auch, dass die Zahl der Flüchtlinge aufgrund der weltweiten Konflikte und Auseinandersetzungen zunimmt. Damit werden auch unsere Städte und Gemeinden in NRW weiterhin vor erhebliche Belastungen – insbesondere in Hinblick auf die Unterbringung – gestellt. NRW stellt sich dieser Verantwortung.

In dem vor uns liegenden Antrag spricht die FDP-Fraktion vornehmlich die finanziellen Aspekte der Unterbringung von Flüchtlingen an und fordert eine Unterstützung der Kommunen. Das ist ein richtiger

Ansatz, um Städte und Gemeinden in unserem Land zu entlasten. Gleichzeitig können wir beim Lesen des Antrags aber leicht den Eindruck bekommen, dass das Land NRW seine Kommunen bei dieser humanitären Aufgabe im Regen stehen lassen würde. Das ist doch sicherlich nicht Ihre Absicht gewesen, oder? Denn das ist mitnichten der Fall, und das wissen Sie auch, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP.

Doch lassen Sie mich zur Sicherheit kurz darstellen und uns damit auf die Sprünge helfen, welche Anstrengungen NRW bereits unternimmt, um vor Ort den Städten und Gemeinden in ihren Bemühungen zu helfen.

Aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes beteiligt sich das Land an den Mehrkosten. Wir schreiben auch mit dem gestern eingebrachten Änderungsantrag zum Flüchtlingsaufnahmegesetz die Erstattungen an die Gemeinden entsprechend den gestiegenen Flüchtlingszahlen fort. Um noch einmal die Zahlen zu nennen: Im vergangenen Jahr 2013 waren es 14,4 Millionen €, in diesem Jahr sind es 20,4 Millionen €. Für nächstes Jahr sind 32 Millionen € eingeplant. Wir haben das gestern ausgiebig diskutiert. Ich möchte das aber an dieser Stelle noch einmal in Erinnerung bringen.

Das Problem mit den minderjährigen Flüchtlingen unter 16 Jahren, die ohne ihre Eltern kommen, wurde erkannt und wird in der Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes berücksichtigt. Kommunen, die in Einzelfällen mit extremen Kosten rechnen müssen – zum Beispiel durch schwere Erkrankungen von Flüchtlingen, die zu uns kommen –, benötigen mehr Unterstützung. Wir sind außerdem der Auffassung, dass der Zugang von Asylbewerbern und Geduldeten zum Arbeitsmarkt weiter verbessert werden muss, um eine schnellere Integration zu gewährleisten.

Zusammengefasst: Ihr grundsätzliches Anliegen, die Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen zu unterstützen, findet unsere volle Zustimmung. Was die Detailansätze angeht, sind wir bereits mittendrin.

Wir freuen uns auch über Ihre Anregung, ein Unterstützungsprogramm des Bundes einzufordern. Dieser Ansatz wird auch von den regierungstragenden Fraktionen unterstützt. Allerdings – daran muss ich an dieser Stelle erinnern – ist die Unterbringung von Flüchtlingen nach der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern eine Angelegenheit der Länder und Kommunen. Insofern stehen wir hier noch vor einer anstrengenden Diskussion, um den Bund von diesem Anliegen zu überzeugen.

Diese Diskussion und weitere Einzeldiskussionen werden wir dann aber in aller Ruhe im Ausschuss führen. Wir werden auch alle Punkte Ihres Antrags genau prüfen, um dann für Nordrhein-Westfalen eine gute Lösung zu finden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Kollegin Lück. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Kuper.

**André Kuper** (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Stamp, wir sind weitgehend auf einer gemeinsamen Linie. Von daher darf ich an dieser Stelle sagen, dass die Problemsituation, denke ich, partiübergreifend erkannt ist.

Auf der Titelseite der „Rheinischen Post“ vom 27. August dieses Jahres wurde noch einmal ganz deutlich gemacht: „Städte in NRW stöhnen über Flüchtlinge“. Die rasant steigende Zahl von Asylbewerbern überfordert viele Kommunen. Warum? Die Anzahl der in NRW eintreffenden Flüchtlinge ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. 2012 waren 14.600. Im letzten Jahr waren es 25.000. In diesem Jahr werden es 37.000 werden. Diese Zahlen machen sehr deutlich, dass das eine besondere Herausforderung für unsere Kommunen hier in NRW ist, die nur mit guten Konzepten und perfekter Organisation bewältigt werden kann.

Zu Beginn möchte ich aber noch einmal deutlich machen: Wir in Deutschland sind, wie wir alle wissen, in besonderem Maße verpflichtet, Menschen in Not zu helfen. Allerdings lässt diese Landesregierung jegliche nachhaltigen Konzepte zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik vermissen. Ein wirksames Krisenmanagement sieht aus unserer Sicht – leider – anders aus.

(Beifall von der CDU)

So sind es nun unsere Kommunen, die vor Ort die Probleme lösen müssen und sich hierbei vom Land alleingelassen fühlen. Ich möchte Ihnen – mit der entsprechenden Genehmigung des Präsidenten – einige Beispiele geben.

Die „Bild“ vom 10. September titelt: „Überfüllte Flüchtlingsheime – Sierau kritisiert den Innenminister“. In ungewöhnlich scharfer Form hat Dortmunds OB Sierau – so steht es dort – den Minister kritisiert – Hintergrund: fehlende Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge. – Und: Dringend tragfähige Konzepte für die Aufnahme von Flüchtlingen in NRW sind nötig.

Oder auch der Duisburger OB Sören Link gegenüber der „WAZ“ vom 5. September:

„Es kann nicht richtig sein, dass Kommunen wie Duisburg, die an allen Ecken und Kanten sparen müssen, nur knapp 20 % der Kosten erstattet bekommen.“

Oder „Rheinische Post“ vom 1. September, Stadt Moers:

„Unsere finanziellen Spielräume sind überreizt.“ Derzeit plane Moers ein neues Übergangwohnheime mit rund 80 Plätzen, das allein schon rund zwei Millionen Euro koste. Im letzten Jahr hat Moers 2,8 Millionen € investiert.

Diese Zitate beschreiben beispielhaft den derzeitigen Zustand im Land und der Kommunen. Es geht um die Flüchtlinge, um menschenwürdige Unterbringung, um menschenwürdige Aufnahme. Unsere Kommunen sollten in der Lage sein, den Flüchtlingen eine angemessene Unterbringung zu bieten. Aber unter den gegenwärtigen Voraussetzungen ist das nicht realisierbar.

Zu begrüßen ist es daher, dass die Bundesregierung Verantwortung übernimmt, eine finanzielle Entlastung der stark betroffenen Kommunen vornimmt und gleichzeitig der Bundestag beschlossen hat, Bosnien, Serbien und Mazedonien, also die Westbalkanstaaten, zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, übrigens entsprechend einer Forderung der kommunalen Spitzenverbände und der kommunalen Familie.

Ich verweise an dieser Stelle beispielsweise auf den Rat der Stadt Essen, der im Februar noch einmal deutlich gemacht hat, dass man dort 1.012 Asylanten in den Übergangseinrichtungen unterzubringen hatte. Davon waren allein 717 aus den Westbalkanstaaten, also über 70 %, und das bei einer Anerkennungsquote im Verfahren von nur 1 %.

Meine Damen und Herren, der Städte- und Gemeindebund fordert in einer Pressemitteilung vom 27. August:

„Die Kommunen unterstützen die vom Land NRW gewünschte Willkommenskultur' ... Allerdings sichere nur eine ausreichende Finanzierung seitens des Landes angesichts knapper kommunaler Kassen die Akzeptanz für Flüchtlinge in der Bevölkerung. ‚Hier muss das Land als der verfassungsrechtlich Verantwortliche rasch nachbessern'...“

Meine Damen und Herren, wir sind uns sicher einig: Die Situation in NRW muss verbessert werden.

Dafür liegen Vorschläge auf dem Tisch, unter anderem ja auch unser CDU-Antrag, den wir vor zwei Tagen eingebracht haben, bei dem es um die Krankheitskosten geht.

Der Überweisung an die Fachausschüsse stimmen wir zu. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Schäffer das Wort.

**Verena Schäffer** (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es richtig, dass

wir über dieses Thema anders diskutieren, und angemessen, dass wir eine ruhige und auch differenzierte Diskussion zum Thema „Flüchtlingspolitik“ haben. Denn es ist ein wichtiges Thema. 51 Millionen Menschen waren Ende 2013 nach UN-Angaben weltweit auf der Flucht. Das ist ein trauriger Rekord, das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg. Über 50 Millionen Flüchtlinge aus den Ländern Syrien, Afghanistan und Somalia bilden die Hälfte der Flüchtlinge weltweit. Allein aus Syrien sind fast 10 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, vor Not und Verfolgung.

Angesichts dieser humanitären Katastrophe, die wir in den Ländern erleben, ist, meine ich, klar, dass nicht alleine die Nachbarländer dieser betroffenen Krisenregionen Flüchtlinge aufnehmen und die Situation bewältigen können, sondern dass natürlich auch wir als reiches Land Flüchtlinge aufnehmen wollen und aufnehmen müssen.

Angesichts dieser Zahlen finde ich es auch wichtig, auf die Wortwahl zu achten. Ich finde diese Diskussion heute sehr ruhig und angemessen, wobei ich solche Wörter wie „Flüchtlingsproblematik“ schon wieder schwierig finde. In den Medien wird häufig von „Flüchtlingswellen“ und „Flüchtlingsströmen“ gesprochen. Davon sollte man nicht sprechen, wenn in Deutschland in diesem Jahr etwa 175.000 Erstanträge vorliegen und in Nordrhein-Westfalen 37.000. Ich meine, es ist für so ein reiches Land wie Deutschland und für Nordrhein-Westfalen durchaus zu bewältigen, eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen zu gewährleisten.

Richtig ist aber – deshalb haben wir ja auch momentan die Diskussion in allen Kommunen –, dass die Zahlen steigen, die Kommunen aber in den letzten Jahren Unterbringungskapazitäten abgebaut haben und sich insofern die Situation vor Ort entsprechend darstellt.

Deshalb ist es auch richtig, dass die Kommunen bei dieser Herausforderung auch die Unterstützung des Bundes und des Landes benötigen.

Es ist auch richtig, dass es europaweite Anstrengungen geben muss, um die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern jeweils zu verbessern.

Aber absolut falsch ist meiner Meinung nach die Feststellung auch in Ihrem Antrag, dass sich mit der Benennung von Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina als „sichere Herkunftsländer“ tatsächlich etwas verändern wird. Schon heute haben wir beschleunigte Verfahren. Insofern finde ich dieses Anliegen schon problematisch. Denn es suggeriert, dass insbesondere Roma aus diesen Herkunftsländern nach Deutschland kommen würden, um unsere Asylrechte zu missbrauchen. Insofern haben wir als Grüne schon deutliche Probleme mit dem Vorhaben, diese Länder als „sichere Herkunftsstaaten“ zu bezeichnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Richtig ist aber, dass man Schlussfolgerungen ziehen muss und nach vorne gucken muss.

Das Erste ist: Der Einzelfall zählt. Das ist ja gerade schon angekommen. Es gibt ein Recht auf eine individuelle sorgfältige Prüfung und Bearbeitung der Fluchtgründe eines jeden Flüchtlings hier in Deutschland.

Zweitens ist auch richtig, dass NRW die Kommunen unterstützen muss. NRW tut das ja auch mit dem Flüchtlingsaufnahmegesetz. Wir haben gestern im Rahmen des neuen Gesetzes hier ja auch darüber diskutiert. Die Pauschalen werden noch einmal erhöht, gerade im Zusammenhang mit den Zuwanderungen angesichts der Ausgabensteigerungen im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes nach der Rechtsprechung, die wir auf Bundesebene haben.

Drittens. Richtig ist auch, dass bei Kommunen, die eine Erstaufnahmeeinrichtung des Landes haben, bei den Flüchtlingszuweisungen die Aufnahmen in den Erstaufnahmeeinrichtungen verrechnet werden.

Viertens. Wir sehen Handlungsbedarf, um eine kommunale Entlastung zu erreichen, insbesondere bei den Krankenkosten. Wir können uns als Grüne gut vorstellen, dass wir mit einem Härtefonds die Kommunen mit überdurchschnittlich hohen Krankenkosten unterstützen könnten und unterstützen sollten.

Fünftens. Herr Stamp, Sie hatten gerade gesagt, wir hielten den Kommunen immer eine Mohrrübe vor, wenn es um das Asylbewerberleistungsgesetz und unsere Forderungen zu seiner Abschaffung gehe. Da möchte ich klar sagen, dass ich das für eine wichtige Forderung halte, weil es bedeuten würde, dass die Flüchtlinge ins SGB II kommen und damit das menschenunwürdige Sachleistungsprinzip und eine reduzierte Gesundheitsversorgung abgeschafft würden. Auch – das muss man hier klar sagen – die Kommunen sind dafür. Der Städte- und Gemeindebund erhebt ebenfalls die Forderung nach der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, weil auch die Kommunen in Nordrhein-Westfalen um ungefähr 50 % der derzeitigen Kosten entlastet würden. Insofern ist das eine absolut richtige Forderung.

Ich würde mir wünschen, dass diese Forderung vom nordrhein-westfälischen Landtag nach Berlin getragen wird, damit wir an dieser Stelle schon einmal weiterkommen. Dafür würde ich mir auch die Unterstützung der FDP erhoffen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Bitte seien Sie so nett und bleiben Sie noch einen Moment am Redepult. Denn Herr Kollege Stamp hat sich für eine Kurzinterventi-

on gemeldet und erhält jetzt für 90 Sekunden das Wort.

**Dr. Joachim Stamp** (FDP): Frau Kollegin, ich wollte eigentlich eine Zwischenfrage stellen. Aber Sie waren mit Ihren Ausführungen fortgeschritten, und ich wollte, dass Sie vernünftig am Stück reden können.

Deswegen möchte ich für mich klarstellen: Ich habe in keiner Form von „Asylmissbrauch“ gesprochen.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Nee, nee, nee!)

Weil Missbrauchsvorwürfe gegenüber Roma usw. im Raum stehen, möchte ich ausweislich des Protokolls betonen, dass das nicht mit meiner Person und unserer Fraktion in Verbindung gebracht wird.

Uns geht es um die Frage, ob mit Blick auf die Minderheiten vom Balkan das individuelle Recht auf Asyl das richtige Instrument ist. Wir sind der Meinung: Das ist es eben nicht. Denn hier geht es darum, dass Gruppen diskriminiert werden. Das ist etwas völlig anderes. Das ist auch eine Problematik, der man sich annehmen muss. Aber das ist über das Asylrecht nicht zu regeln.

Sie von den Piraten können gern den Kopf darüber schütteln. Sie nehmen das alles immer nicht so ganz genau. Aber man muss eben auch, wenn man schwierigen Dingen gerecht werden will, genau sein. Deswegen halten wir diese Diskussion für richtig, wichtig und notwendig. Wir würden uns freuen, wenn sich die Grünen an dieser Stelle auch anschließen würden. – Danke schön.

**Verena Schäffer** (GRÜNE): Ich will noch einmal klar sagen, dass ich Ihnen nicht unterstellen wollte, dass Sie gesagt hätten, es gebe einen Asylmissbrauch. Aber das klingt in der Debatte insgesamt an. Das war nicht auf Sie gerichtet, sondern das muss man schon klar benennen, dass dieser Vorwurf immer in der Diskussion darüber mitschwingt, ob wir sichere Herkunftsstaaten haben und ob die Menschen, die aus diesen Staaten kommen, die ich gerade genannt habe, hier ein Recht auf Asyl haben oder nicht.

Ganz klar muss in dieser Debatte sein, dass jeder einzelne Fall danach geprüft werden muss, ob wirklich Gründe vorliegen, die für die Gewährung von Asyl ausreichen, und ob eine Verfolgung vorliegt.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Das bleibt ja!)

Das stellt auch unser Problem als grüne Fraktion dar. Wir sehen ein Problem darin, dass vorgegaukelt wird, mit den sicheren Herkunftsstaaten würden Menschen schneller abgeschoben. Das stimmt insofern überhaupt nicht. Denn schon heute ist es der Fall, dass bei Menschen, die aus diesen Staaten kommen, vorrangig geprüft wird, ob die Asylgründe vorliegen oder nicht. Insofern würde sich für diese Menschen gar nicht so viel ändern.

Stattdessen nutzt man dieses Argument als billigen Populismus, um zu sagen, man würde die Kommunen entlasten. Das, finde ich, geht zulasten der Menschen, die hierhin kommen und Asyl beantragen. Denn der Vorwurf des Missbrauchs schwingt immer mit.

Ich unterstelle nicht Ihnen, dass Sie das gesagt haben, aber das schwingt in der Debatte mit. Deshalb will ich das so klar benennen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, soweit Kurzintervention und Gegenrede. – Als nächster Redner spricht für die Piratenfraktion Herr Kollege Herrmann.

**Frank Herrmann** (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Bürgerinnen und Bürger im Saal und im Stream! So positiv es ist, dass die Unterbringung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen gleich durch mehrere Anträge in dieser Sitzung debattiert wird, sodass endlich der Bedeutung des Themas Rechnung getragen wird, so schlecht ist es doch, dass wir die beiden heutigen Anträge nicht zusammen besprechen.

So wären die Unterschiede in den Zielen der Antragsteller deutlicher erkennbar. Die FDP scheint in ihrem Antrag eher auf die sicher bitter nötige finanzielle Hilfe für die Kommunen abzielen, während der Schutz, die Perspektive und die Position von Flüchtlingen sehr untergeordnete Rollen spielen. Da setzen wir andere Schwerpunkte. Dazu kommen wir, wenn wir unseren Antrag in einem späteren Tagesordnungspunkt beraten.

Ich möchte kurz auf die positiven Elemente des FDP-Antrags eingehen und diese herausstellen. Wir begrüßen nämlich Ihre Forderungen nach Unterstützung der Kommunen bei Bauvorhaben von Unterbringungen auf jeden Fall. Auch die Erstattung der Krankheitskosten der Flüchtlinge kann man nur unterschreiben.

Auch der Forderung, die Pauschalen an die tatsächlichen Fallzahlen anzupassen, können wir etwas abgewinnen. Wir fordern in unserem Antrag auch, dass über die Vorschläge der kommunalen Spitzenverbände beraten wird. Wir fordern auch, die Kommunen grundsätzlich finanziell zu entlasten.

Aber wenn wir uns nur um die finanziellen Sorgen der Kommunen kümmern würden, wie Sie es vorschlagen, und nicht gleichzeitig auch um die Sorgen und Probleme der Flüchtlinge, würden wir mit denselben Fehlern immer weitermachen.

Diese Fehler wurden auch vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts am 18. Juli 2012 festgestellt: Wir müssen in Deutschland für eine menschenwürdige Unterbringung von Schutzbedürftigen sorgen.

Wir brauchen mehr Geld, aber eben auch mehr Vorgaben und Standards bei der Versorgung von Flüchtlingen. Denn sonst haben wir künftig keinerlei Kontrolle darüber, dass die zur Verfügung gestellten Gelder auch bei den Menschen ankommen, für die sie bestimmt sind.

Aber um all das geht es Ihnen offensichtlich gar nicht. Sie schreiben in Ihrem Antrag – ich zitiere –:

„Eine von Ressentiments geleitete Asyldebatte wie zu Beginn der 1990er Jahre muss vermieden werden.“

Einen Absatz weiter fangen Sie eine von Ressentiments geleitete Debatte an. Sie schreiben zu den Schutzsuchenden aus Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina, dass sie oftmals sozial benachteiligt und auch gesellschaftlich diskriminiert seien. Aber ein Recht auf Flüchtlingsschutz sprechen Sie ihnen ab.

Damit fordern Sie genau das Gegenteil dessen, was wir vor der Sommerpause mit unserem Antrag „Keine Abschiebung von verfolgten und diskriminierten Minderheiten in den Westbalkan!“ gefordert haben. Wir hatten in der Debatte dargelegt, warum die Landesregierung Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien im Bundesrat eben nicht zu sicheren Herkunftsstaaten erklären darf.

Die Situation für Minderheiten in diesen Ländern ist katastrophal. Auch immer mehr Gerichte stellen fest, dass Antragstellern im Fall ihrer Rückkehr, etwa nach Serbien, asylrechtlich beachtliche Nachteile drohen: Pässe werden eingezogen usw. Zuletzt bestätigt wurde das durch das Urteil des Verwaltungsgerichts Münster, das ernstliche Zweifel an der momentanen Entscheidungspraxis anmeldet, Asylanträge von Roma aus Serbien als offensichtlich unbegründet abzulehnen.

Spätestens nach diesem Urteil, Herr Stamp, sollten Sie Ihren Vorschlag noch einmal überdenken.

Schade, dass Sie sich vor der Sommerpause nicht an der Diskussion beteiligt haben. Vielleicht hätten wir Ihnen dann erklären können, dass es generell falsch ist, das Konzept „sichere Herkunftsstaaten“ zu unterstützen. Denn es pervertiert das Recht auf ein individuelles Asylverfahren. Wenn ich jedoch an Ihre Rede denke, glaube ich, dass wir in dem Punkt nicht zusammenkommen werden.

Also halten wir fest: Sie wollen Flüchtlingen helfen, indem Sie die Landesregierung auffordern, das Asylrecht zu verschärfen. Sie wollen Flüchtlingen helfen, indem Sie ein Zweiklassenasylsystem etablieren, das Asylanträge von Minderheiten aus dem Westbalkan schneller und weniger gründlich bearbeiten soll. Sie wollen Flüchtlingen helfen, indem diese schneller in das Elend abgeschoben werden. – Ich kann das nur ablehnen.

Sind Ihre Forderungen, mit denen Sie die Kommunen unterstützen wollen, tatsächlich nur Makulatur?

Fangen Sie auch an, im Trüben zu fischen, wie Ihre Kollegen auf der rechten Seite? Ich hoffe, Sie können das in den Ausschussberatungen noch aufklären. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Danke, Herr Kollege Herrmann. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Jäger das Wort.

**Ralf Jäger,** Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank, Herr Präsident. Diese Landesregierung lässt die Kommunen nicht im Stich, auch nicht bei der Unterbringung von Asylsuchenden. Das haben wir bereits gestern im Rahmen der Beratungen über die Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes ausführlich miteinander diskutiert. 32 Millionen € zusätzlich – das ist die Summe, die wir im Rahmen des FlÜAG weitergeben, um ein Loch zu stopfen. Dieses Loch ist nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes entstanden.

Zu diesem Urteil darf ich Folgendes klar sagen und fett unterstreichen: Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum für alle Menschen gilt, und zwar unabhängig davon, woher sie kommen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dieses Loch, das sich aufgetan hat, zeichnete sich bereits mit dem sogenannten Hartz-IV-Urteil aus dem Jahr 2010 ab. Da, Herr Stamp, hätte man sich vielleicht eine Bundesregierung gewünscht, die schon seinerzeit vorausschauend gehandelt hätte.

Die beste Lösung, um die Kommunen noch mehr zu unterstützen, ist, das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen. Denn dann müsste der Bund stärker in die Rolle treten und könnte die Kosten für Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, somit nicht ausschließlich den Kommunen und den Ländern überlassen. Das, finde ich, wäre die beste Lösung, Herr Stamp. Deshalb freue ich mich auf die Diskussion im Ausschuss.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Minister. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult stehen. Wie ich gerade höre, gibt es eine Kurzintervention vonseiten der CDU, nämlich von der Kollegin Middendorf. – Frau Abgeordnete, Sie haben für bis zu 90 Sekunden das Wort.

**Claudia Middendorf (CDU):** Sehr geehrter Herr Minister! Wir sprechen über Flüchtlinge, wir sprechen aber auch über Kommunen. Ich bin Dortmun-

der Abgeordnete und habe am Montag die Erstaufnahmeeinrichtung in Dortmund besucht. Dabei habe ich festgestellt, dass dort verheerende Zustände herrschen. Wir sprechen hier von Menschenwürde. Dort sind derzeit 450 Flüchtlinge untergebracht, für die uns aber nur 350 Plätze zur Verfügung stehen. Die Menschen campen auf Wiesen. Gut, dass das Wetter so schön ist. Sie campen zudem in Wartebäumen. Die Mitarbeiter der ZAP sind überfordert. Sie können die Menschen nicht menschenwürdig unterbringen. Die Kommune, sprich die Stadtspitze, der Oberbürgermeister, die Dezernentinnen, sind ratlos. Sie organisieren alles, und tun dies zum Wohle der Bürger, aber letztendlich fühlen sie sich vom Land im Stich gelassen. Deshalb hätte ich von Ihnen gerne eine Antwort auf die Frage: Wo bleibt denn da die kommunale Solidarität?

(Beifall von der CDU)

**Ralf Jäger**, Minister für Inneres und Kommunales: Frau Abgeordnete, ich gebe Ihnen recht. Wir sind in einer komplizierten und schwierigen Situation, was die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes angeht. Ich bin der Stadt Dortmund sehr dankbar, die sich in den letzten Jahren immer als verlässlich erwiesen hat, wenn es darum ging, mit einer solch schwierigen Situation umzugehen.

Wir haben gegenüber 2011 die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes um das Dreifache erhöht. Inzwischen konnten wir sehr viel mehr Plätze in den Einrichtungen akquirieren. Die Situation in Dortmund liegt auch darin begründet, dass am letzten Wochenende durch Masern, Mumps und Windpocken 2.700 Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes blockiert waren, weil die Menschen dort schlichtweg unter Quarantäne zu stellen waren. Das hat die Lage umso schwieriger gemacht.

Sowohl in meinem Ministerium als auch in der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg, die in dieser Frage für das ganze Land zuständig ist, arbeiten wir wirklich – dessen können Sie sich sicher sein – fast rund um die Uhr mit absolutem Hochdruck daran, zusätzliche Kapazitäten zu gewinnen.

Ich danke Ihnen dafür, dass Sie die Lage so drastisch geschildert haben. Vielleicht erreicht diese drastische Schilderung auch einmal Ihre Parteikollegen, beispielsweise in Willich.

(Zuruf von der CDU)

Dort wollen wir nämlich dringend eine zusätzliche Aufnahmeeinrichtung schaffen, aber vonseiten Ihrer Parteivertreter vor Ort wird ein erheblicher kommunalpolitischer Widerstand organisiert. Ich möchte Sie nicht schelten, schließlich können Sie nichts dafür. Es wäre aber schön, wenn Ihre Erkenntnisse etwas mehr Platz greifen könnten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Das waren Kurzintervention und Entgegnung darauf.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/6679** an den **Integrationsausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Innenausschuss**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Stimmt jemand dagegen oder enthält sich? – Das ist jeweils nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung angenommen.

Ich rufe auf:

### 3 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes (POG NRW)

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/4157

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Innenausschusses  
Drucksache 16/6660

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Ganzke das Wort. – Bitte, Herr Kollege.

**Hartmut Ganzke** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Seitens der SPD-Fraktion möchte ich nur kurz drei Dinge erwähnen, die deutlich machen sollen, weshalb wir als SPD-Fraktion den Antrag auf Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes ablehnen und damit der Beschlussempfehlung des Innenausschusses folgen.

Erstens. Die von der CDU und der FDP getragene Landesregierung hat schon im Jahre 2009 unter dem damaligen Innenminister Wolf die Notwendigkeit genau dieser Gesetzesänderung untersuchen lassen. Das Ergebnis damals hieß: Es gibt keinen Bedarf. Und wir als SPD-Fraktion fügen hinzu: Es gab damals keinen Bedarf, und es gibt nach wie vor keinen konkreten Bedarf für diese Änderung.

Das, was hier bereits in der ersten Lesung im Oktober 2013 gesagt wurde, hat für uns Bestand. Kein Bundesfinanzminister und auch keine Bundesregierung haben bislang etwas unternommen, um die Zollverwaltung hinsichtlich ihrer Eingriffsbefugnisse

rechtlich mit der Bundespolizei gleichzustellen. Für uns ist klar: Wenn dieser Bedarf auf Bundesebene gesehen würde oder gesehen wird, dann soll er unserer Meinung nach bundeseinheitlich entsprechend geregelt werden – beileibe nicht mit der Methode eines Flickenteppichs, dass hier in einem Bundesland etwas gemacht wird, in einem anderen etwas anderes gemacht wird und im nächsten darauf verzichtet wird.

Zweite Anmerkung dazu: Schon direkt nach der Anhörung im Innenausschuss, die wir im April dieses Jahres hatten, und auch bei der nochmaligen Beratung im Innenausschuss Ende August haben Kolleginnen und Kollegen der CDU verkündet, dass sich alle Experten – das waren Vertreter der GdP, der Deutschen Polizeigewerkschaft und der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft – vehement für die Gesetzesänderung ausgesprochen hätten.

Auf den ersten Blick mag das auch so gewirkt haben, aber wenn man sich die Stellungnahmen genau angehört und gelesen hat, dann musste man feststellen, dass viele von den Vertreterinnen und Vertretern gesagt haben, es wäre schön, wenn es so etwas gäbe. Aber die tiefere Argumentation, warum es denn notwendig ist, dies zu haben, gab es auch von den Sachverständigen nicht.

Deshalb darf ich mit Genehmigung des Präsidenten nur einen Satz aus der damaligen Stellungnahme der GdP zitieren –:

„Die GdP NRW weist aber ausdrücklich darauf hin, dass von der Schließung dieser Lücke in § 9 POG NRW keine Entlastungswirkung für die Polizei NRW ausgeht. Zufallsfunde, zu denen es bei der Tätigkeit des Zolls im Rahmen seiner originären Zuständigkeit kommt, können eine eigenständige Aufgabenwahrnehmung durch die Landespolizei nicht ersetzen, ...“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Hinweis der GdP macht durchaus Sinn, denn die GdP fordert seit einigen Jahren die Weiterentwicklung der Vollzugsbereiche der Zollverwaltung in einer Bundeseinheitliche Regelung.

Drittens und Letztens. In der Anhörung sagte der Vertreter der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft, es gehe um Rechtssicherheit für die Beamtinnen und Beamten der Zollverwaltung. Auch da sagen wir seitens der SPD-Fraktion: Es gibt diese Rechtssicherheit zurzeit, weil es nämlich ein umfassendes Regelwerk in der Zusammenarbeit zwischen der Polizei auf der einen Seite und den Zollbehörden auf der anderen Seite gibt. Die Erfahrungen zeigen auch, dass diese Zusammenarbeit gut funktioniert. Wir sind der Ansicht: Das sollte man nicht kleinreden, sondern eher diese Zusammenarbeit loben.

Gesamtergebnis für uns, liebe Kolleginnen und Kollegen: Für die Änderung des Polizeiorganisations-

gesetzes im Sinne der Vorlage gibt es nach wie vor keinen Bedarf. Wir schließen uns der Empfehlung des Innenausschusses an. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Ganzke. – Für die CDU-Fraktion erteile ich als nächstem Redner Herrn Kollegen Golland das Wort.

**Gregor Golland\*** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Zoll ist eine Bundesbehörde, die unter anderem für die Überwachung der Zollgrenzen sowie für die Einnahme von Bundessteuern, von Zöllen für die Europäische Union und die Einfuhrumsatzsteuer zuständig ist.

Außerdem verhindert der Zoll die Zufuhr von Fälschungen in den Wirtschaftskreislauf und vollstreckt öffentlich-rechtliche Geldforderungen des Bundes. Insgesamt schützt er damit die Wirtschaft vor Wettbewerbsverzerrungen, die Verbraucher vor mangelhaften Waren aus dem Ausland und die Bevölkerung vor den Folgen grenzüberschreitender Kriminalität.

Zu diesem Zweck sind die Zollbeamten auch in Nordrhein-Westfalen unterwegs. Wenn sie dabei zollbehördliche Kontrollen durchführen, kommt es vor, dass ihnen zum Beispiel Mängel an Lastkraftwagen auffallen oder dass sie bemerken, dass ein Fahrzeugführer unter Drogen, unter Alkoholeinfluss steht.

Allerdings fehlt den Zollbeamten bislang die gesetzliche Befugnis, um solchen Verdachtsmomenten angemessen nachzugehen. Deshalb müssen sie in diesen Fällen die Polizei verständigen. Den verdächtigen Fahrzeugführer bzw. das verdächtige Fahrzeug dürfen sie jedoch nur so lange aufhalten, wie ihre zollbehördliche Kontrolle andauert.

Wenn die Polizei also nicht rechtzeitig bis zum Abschluss der zollbehördlichen Kontrolle eintrifft, müssen die Zollbeamten – ich bleibe bei meinem Beispielfall – den Lkw mit erheblichen Mängeln oder den unter Alkohol- oder Drogeneinfluss stehenden Fahrer weiterfahren lassen.

Dieser Zustand ist aus Sicht der CDU-Fraktion nicht hinnehmbar. Deshalb haben wir bereits im vergangenen Jahr den vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht, der eine Änderung des nordrhein-westfälischen Polizeiorganisationsgesetzes vorsieht. Dadurch erhalten die Beamten der Zollverwaltung die notwendige Eilkompetenz, um mögliche Tatverdächtige in Zukunft bis zum Eintreffen der Polizei zum Beispiel an der Weiterfahrt zu hindern. Die Zollbeamten werden damit übrigens den Beamten der Bundespolizei gleichgestellt, denen § 9 des

nordrhein-westfälischen Polizeiorganisationsgesetzes schon heute eine entsprechende Befugnis einräumt.

Die mit unserem Gesetzentwurf vorgeschlagene Gleichstellung von Bundespolizei und Zoll ist aus meiner Sicht nicht nur sachgerecht, sondern längst überfällig. Es leuchtet jedenfalls nicht ein, weshalb der uniformierte und bewaffnete Zollbeamte in entsprechenden Einsatzsituationen schlechter gestellt sein sollte als ein Beamter der Bundespolizei.

(Beifall von der CDU)

Die Skepsis, die unserem Gesetzentwurf im Rahmen der ersten Lesung von SPD und Grünen entgegengebracht worden ist, hat sich nach den Beratungen im Innenausschuss als vollkommen unbegründet erwiesen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Expertenanhörung vom 8. April dieses Jahres, in der sich alle Sachverständigen ausdrücklich für den Gesetzentwurf meiner Fraktion ausgesprochen und dem Landtag dessen unveränderte Annahme empfohlen haben.

Exemplarisch möchte ich dazu aus der Stellungnahme 16/1576 der Gewerkschaft der Polizei zitieren, in der es wörtlich heißt:

„Aus Sicht der ... GdP schließt diese Ergänzung eine bestehende Lücke im POG NRW und ist ausdrücklich zu begrüßen. Für die Beschäftigten des Zolls wird so eine rechtssichere Grundlage für Maßnahmen im Einsatz in NRW geschaffen.“

Deutlich geworden ist in der Expertenrunde auch, dass das sogenannte Jedermanns-Festnahmerecht gemäß § 127 Abs. 1 StPO gerade keine ausreichende Ermächtigungsgrundlage für ein entsprechendes Tätigwerden der Zollbeamten darstellt. § 27 StPO erlaubt nämlich einzig und allein die vorläufige Festnahme von Verdächtigen, sieht aber keine weitergehenden Befugnisse vor wie zum Beispiel die Durchführung einer Identitätsfeststellung, die Durchsuchung einer Person oder die Sicherstellung von Sachen. Jedoch genau diese Befugnisse benötigt der Zoll in den beschriebenen Fallkonstellationen.

Andere Bundesländer wie zum Beispiel Bayern, aber auch das inzwischen grün-rot regierte Baden-Württemberg oder das rote Brandenburg haben ihre Polizeigesetze bereits vor einiger Zeit entsprechend geändert. Ich hoffe deshalb, dass SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen nicht länger parteipolitische Blockaden zulasten der inneren Sicherheit unseres Landes aufrechterhalten und dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion hier und heute in der zweiten Lesung zustimmen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

**Verena Schäffer (GRÜNE):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es mag für meine Fraktion ungewöhnlich sein. Normalerweise bin ich nicht so sehr dafür bekannt, nur Realpolitik zu betreiben.

(Heiterkeit von Hans-Willi Körfges [SPD])

Aber dieses Mal kann ich sagen: Uns geht es nicht um Parteipolitik, sondern wirklich um Realpolitik, denn wir sehen keine Notwendigkeit dafür. Warum sollen wir polizeiliche Befugnisse auf andere Personkreise übertragen, wenn es keine Defizite gibt? Weder hier noch in der ersten Lesung noch in der Anhörung ist wirklich dargestellt worden, dass es Defizite bei der Zusammenarbeit von Polizei und Zoll gibt. Insofern frage ich mich: Wenn wir dafür keine ausreichende Begründung haben, warum sollten wir den Kreis derjenigen, die bestimmte Eilbefugnisse haben – es sind polizeiliche Befugnisse –, ausweiten, noch dazu auf Beamtinnen und Beamte des Bundesfinanzministeriums? Warum sollen wir hier sozusagen Länderrechte ausweiten, wenn wir gar keine Defizite sehen?

Ein Argument in der ganzen Debatte ist immer: Ja, in den unterschiedlichen Ländern gibt es unterschiedliche Regelungen. Dazu muss ich sagen: Ja, das liegt aber auch daran, dass Polizeirecht Ländersache ist. Insofern werden Sie immer in allen möglichen polizeilichen Fragen unterschiedliche Regelungen zwischen den Ländern haben. Das ist in diesem Themenbereich relativ normal, und damit müssen wir umgehen.

Meines Wissens haben bisher nur die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Sachsen und Schleswig-Holstein, also fünf Länder die Eilbefugnisse für Zollbeamte. Das ist nicht einmal die Hälfte der Bundesländer. Es hat vom Bundesfinanzministerium schon mehrfach Anfragen an die Landesinnenminister gegeben, die auch schon mehrfach geprüft haben, ob es hier ein Problem gibt, ob es hier Defizite in der Zusammenarbeit gibt. Bisher ist es immer verneint worden, zumindest von mehr als der Hälfte der Landesinnenminister. Insofern sehen wir hier keinen Grund einer Ausweitung von polizeilichen Befugnissen. Aus dem Grund werden wir den Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Orth das Wort.

**Dr. Robert Orth (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst

einmal etwas Positives vorweg. Die CDU hat die Wichtigkeit der Arbeit des Zolls betont, und ich möchte mich diesem ausdrücklich anschließen. Auch wir finden, dass die Arbeit des Zolls sehr wichtig ist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Da hört es mit den Gemeinsamkeiten allerdings schon auf. Wir glauben, dass es sehr gut ist, dass wir bei den unterschiedlichen Beamtinnen und Beamten im Bund und in den Ländern und verschiedensten Funktionen auch verschiedene Rechte, Eingriffsmöglichkeiten und auch – ich sage einmal – Ausstattungen haben.

Sie haben gerade gesagt, es könnte sein, dass ein Zollbeamter während der Tätigkeit, die er ausübt, einen Lkw-Fahrer sieht, der betrunken ist. Ich frage Sie: Was soll demnächst ein Lehrer machen, der auf Klassenfahrt fahren will? Soll er dann den betrunkenen Busfahrer auch mit der Schusswaffe aus dem Verkehr ziehen? Das ist doch abenteuerlich.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Oder was ist mit der Bauaufsicht? Soll die Bauaufsicht demnächst den betrunkenen Betonbauer mit Schusswaffengewalt festnehmen? Nein, es reicht ein Telefonanruf bei der Polizei; die sind Profis und können das machen.

(Beifall von der FDP und Hans-Willi Körfges [SPD])

Mir ist es auch ganz wichtig, dass man die Frage der Schusswaffe mit der nötigen Ernsthaftigkeit behandelt. Eine Schusswaffe kann im Fall des Falles erhebliche Eingriffe bedeuten, erhebliche Verletzungen verursachen. Es kann zum Tod des Betroffenen führen, auf den ich die Waffe richte und schieße. Meine Damen und Herren, da sind Polizisten gefragt; die sind Profis und üben das auch tag ein tag aus. Wollen Sie jetzt die Zollverwaltung Stunden über Stunden in den Schießstand schicken? Sollen die, statt zu ermitteln, wo entsprechende Steuern hinterzogen, wo kriminelle Einfuhren gemacht werden, lieber das machen, was Polizisten auch machen müssen, nämlich üben, üben, üben und schießen, schießen, schießen? Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist nicht effektiv, was Sie uns heute vorschlagen haben.

(Beifall von der FDP)

Noch ein letztes Argument. Ich bin leidenschaftlich Landespolitiker. Ich bin dafür, dass es eine Differenzierung zwischen den Aufgaben des Bundes auf der einen Seite und den Aufgaben des Landes auf der anderen Seite gibt. Ich bin hier und da auch nicht glücklich über die eine oder andere Befugnis, die sich die Bundespolizei über Jahrzehnte der bundesrepublikanischen Ordnung erarbeitet hat.

Aber die Grundlinie ist: Polizeiarbeit ist Ländersache. Dementsprechend hat in meinen Augen auch

der Zoll als Bundesbehörde nichts zu suchen. Schlussendlich: Der Zoll untersteht auch nicht dem Bundesinnenminister. Auch das zeigt, dass Sie mit Ihrem Antrag nicht ganz richtig liegen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Heiterkeit von Hans-Willi Körfges [SPD])

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Orth. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Schatz.

**Dirk Schatz (PIRATEN):** Herr Präsident! Vonseiten der Piratenfraktion kann ich es zu diesem Thema ganz kurz machen. Die Argumente wurden weitgehend ausgetauscht. Es ist von allen Fraktionen alles gesagt worden, was dafür und was dagegen spricht.

Aufgrund der Anhörungen und aufgrund der dortigen Aussagen der Sachverständigen würde ich grundsätzlich eher dazu tendieren zu sagen, es ist nötig. Aber – wie Herr Ganzke es richtig mitteilte – die Argumente waren nicht ganz so schlüssig, dass ich sagen kann, der Nachweis der Notwendigkeit wurde eindeutig erbracht. Aus dem Grunde reicht es uns nicht, um wirklich zustimmen zu können.

Aber da es auch viele Argumente dafür gibt, habe ich meiner Fraktion empfohlen, sich bei diesem Thema zu enthalten. Ich denke, der Bessere wird gewinnen. – Vielen Dank.

(Allgemeine Heiterkeit – Hans-Willi Körfges [SPD]: Das könnte sein!)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege. Das Bundesligawochenende steht ja auch bevor. – Herr Minister Jäger spricht für die Landesregierung.

**Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:** Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Ich schätze die visionären Fähigkeiten des Kollegen Schatz, jetzt schon genau zu wissen, wer gleich als Besserer gewinnt.

Das von Ihnen beschriebene Problem des Gesetzesentwurfs ist allenfalls theoretischer Natur. In der aktuellen praktischen Zusammenarbeit zwischen den Behörden und der Polizei in Nordrhein-Westfalen gibt es keinen Anlass, diesen eine polizeiliche Befugnis zu übertragen. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben den Gesetzesentwurf im Innenausschuss abgelehnt. Die Landesregierung empfiehlt Ihnen, genauso zu verfahren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Deshalb schließe ich die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in Drucksache 16/6660, den Gesetzentwurf Drucksache 16/4157 abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung, wohlgemerkt, nicht über die Beschlussempfehlung des Ausschusses, sondern über den Gesetzentwurf selbst. Wer möchte dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen? – Das sind die CDU-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnetenkollege Stein. Wer stimmt gegen den Gesetzentwurf? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist die Piratenfraktion. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/4157 nach der zweiten Lesung abgelehnt.**

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

#### **4 Digitales Lernen: Offene Infrastruktur gehört auf die Agenda!**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/6673

Ich darf die Kolleginnen und Kollegen, die dort hinten stehen, sehr herzlich einladen, sich auf ihre Plätze zu begeben, weil das bei Abstimmungen die Übersicht über das Abstimmungsverhalten der Fraktionen erleichtert.

Die Fraktionen des Hauses haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, heute keine Aussprache zu führen.

Deshalb kommen wir direkt zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/6673** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** zu überweisen. Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung erfolgen. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Stimmt jemand dagegen oder enthält sich? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung angenommen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

#### **5 Gesetz zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen (Kulturfördergesetz NRW)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6637  
erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile zur Einbringung seitens der Landesregierung Frau Ministerin Schäfer das Wort. Bitte sehr, Frau Ministerin.

**Ute Schäfer,** Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen verfügt über eine ausgesprochen dichte Kulturlandschaft, die von großer Vielfalt geprägt ist. Das ist ein großer Schatz für unser Land, den wir für die Zukunft sichern wollen.

Um auf Dauer – auch angesichts knapper öffentlicher Kassen – Kunst und Kultur die nötigen gesellschaftlichen Freiräume zu verschaffen und möglichst vielen Menschen kulturelle Teilhabe zu ermöglichen, brauchen wir mehr Kommunikation, mehr Partizipation und Kooperation in der Kulturpolitik. Und wir brauchen mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit für die Kulturschaffenden.

Deswegen lege ich Ihnen heute den Entwurf für das Kulturfördergesetz Nordrhein-Westfalen vor. Es ist das erste Gesetz dieser Art bundesweit.

Bei der Erarbeitung des Kulturfördergesetzes war es uns sehr wichtig, die Kulturverantwortlichen und Kulturschaffenden intensiv zu beteiligen. Dies haben wir in den Vorarbeiten zum Gesetz unter anderem durch fünf Regionalkonferenzen sichergestellt. Schließlich wurde auch der Referentenentwurf von den Kulturvertreterinnen und -vertretern im Land insgesamt sehr positiv aufgenommen, worüber ich mich natürlich freue.

Es wird allgemein anerkannt, dass unser Kulturfördergesetz eine Stärkung der Kultur und ihres politischen Stellenwertes bedeutet. Das Kulturfördergesetz wird als die kulturpolitische Standortbestimmung begrüßt, die angesichts großer gesellschaftlicher Veränderungen, neuer technischer Entwicklungen und enger gewordener finanzieller Spielräume erforderlich ist.

Das Gesetz hat die Aufgabe, klar, übersichtlich und kompakt zu regeln, welche Ziele, welche inhaltlichen Schwerpunkte, welche Grundsätze die Kulturförderung des Landes verfolgt und in welchen Verfahren sie konkretisiert und umgesetzt werden soll. Das im Kulturfördergesetz verankerte Gesamtkonzept neuer, aufeinander bezogener kulturpolitischer Instrumente wird mehr Transparenz und mehr Verlässlichkeit, mehr Partizipation und Dialog, mehr gezieltes Ineinandergreifen von Landesförderung und kommunaler Kulturförderung mit sich bringen.

Mit dem Kulturförderplan, der zukünftig jeweils am Anfang einer Legislaturperiode aufgestellt wird, mit dem die gesamte Kulturlandschaft betreffenden Landeskulturbericht, der gegen Ende der Legislaturperiode erscheint und auch im Plenum verhandelt werden wird, mit dem bereits existierenden Kulturförderbericht und mit den Evaluationen der För-

dermaßnahmen sowie den damit verbundenen Wirksamkeitsdialogen – mit all diesen Maßnahmen entsteht für den Kulturbereich eine in Deutschland bisher einmalige Governance-Struktur. Das Gesetz entspricht damit dem, was kulturpolitisch heute State of the Art ist.

Es ist aber zugleich – das ist mir besonders wichtig – so offen formuliert, dass es einer dynamischen Fortentwicklung der Künste, der Kulturlandschaft bzw. der Kulturpolitik in keiner Weise im Wege steht. Es enthält inhaltlich neue Akzente. Stichwortartig will ich nur einige benennen: die kulturelle Bildung, die Bibliotheksförderung, die individuelle Künstlerförderung, die Digitalisierung, die interkommunale Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen und nicht zuletzt die Handhabung des Zuwendungsrechts, für die eine Förderrichtlinie, die das Gesetz begleitet, einige Vereinfachungen und auch Verbesserungen enthält.

Meine Damen und Herren, das Kulturfördergesetz ist ein Gesetzgebungsvorhaben mit vielen spannenden Facetten. Ich bin sicher: Es wird der Kulturpolitik des Landes eine neue Qualität und der Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalens neue Entwicklungsperspektiven geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Bialas das Wort. Er nähert sich bereits dem Rednerpult – angesichts Ihrer Sportlichkeit gemessenen Schrittes, Herr Kollege. Bitte sehr.

(Allgemeine Heiterkeit)

**Andreas Bialas (SPD):** Jetzt fehlen mir gleich am Anfang die Worte. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gesetze schaffen Fundamente, schaffen Rahmen, schaffen Bedeutungsgewinn.

Am Anfang der Entstehung dieses Gesetzes stand die Frage, inwieweit Art. 18 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen, nach dem die Förderung und der Erhalt von Kunst und Kultur Aufgabe des Landes und der Kommunen sind, konkretisiert werden kann.

Weitere wichtige Fragen waren, inwieweit diese Konkretisierung auch mit Bindungskraft verknüpft werden kann und wie sich die Förderung konzeptbasiert, transparent und verlässlich aufstellen lässt.

Eine treibende Kraft hierbei war der jetzige Präsident der Kunststiftung NRW und frühere Vorsitzende des Kulturausschusses des Landtags, Dr. Fritz Behrens.

An dieser Stelle möchte ich neben dem gesamten Ministerium auch ganz besonders Herrn Landmann danken, der diese Gesetzesinitiative im Ministerium

im Besonderen aufgenommen, begleitet und vorangetrieben hat.

Eine Einzelspartengesetzgebung nebst Festschreibung finanzieller Grundbeträge sollte es nicht werden. Vielmehr wurde die Landesregierung gebeten, das Gesetz als Grundlage für die Förderung von Kunst und Kultur insgesamt aufzufassen. Förderkriterien, Ziele, Schwerpunkte und Grundsätze sollten eben nicht für einzelne Sparten, sondern für alle Bereiche gelten.

Das Gesetz behandelt daher zunächst auch die Ziele, Schwerpunkte und Grundsätze der Förderung. Es bestimmt die Aufgaben von Land und Kommune und regelt deren Zusammenwirken in den wesentlichen Aufgaben der kulturellen Daseinsvorsorge, des Erhalts des kulturellen Erbes und der kulturellen Bildung. Zusätzlich erschien es sinnvoll, Querschnittsaufgaben beispielsweise im Hinblick auf Gendergerechtigkeit, Interkulturalität und Inklusion zu benennen.

Anders als die CDU-Landtagsfraktion, die ein Bibliotheksgesetz in den Landtag einbrachte, wurde somit zur Grundlegung der Förderung ein universaler Ansatz verfolgt, der wiederum in einem zweiten Schritt spezialgesetzlichen Regelungen nicht entgegenstehen soll.

Die Initiative für das Kulturfördergesetz NRW ist aber nicht nur den kulturpolitischen Besonderheiten in Nordrhein-Westfalen geschuldet, sondern versteht sich auch im Kontext der allgemeinen Kulturpolitikentwicklung in Deutschland.

Ein wichtiger handlungsleitender Gedanke war hierbei, dass sich die Kulturförderung des Landes nachvollziehbar, verständlich und abgeleitet aus allgemein gültigen Kriterien auch jenseits rein historischer Entwicklung darstellen und begründen lassen müsse.

Außerdem sollte die kulturelle Bildung in dem Gesetz verankert werden, weil sie als ein Schlüssel für kulturelle und gesellschaftliche Teilnahme verstanden wird. Der Gedanke „Kultur für alle“ rückt so erneut, aktuell vermessen, in den Mittelpunkt der Betrachtung. Handlungsleitend ist damit auch die Idee, dass der Mensch als Akteur und Rezipient im Zentrum der Kulturpolitik steht – und nicht bürokratische Verfahren oder institutionelle Strukturen.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt bei der Gesetzesinitiative war die Ermöglichung von mehr Transparenz bei der Mittelvergabe durch ein geeignetes Berichtswesen, mit dem im Nachhinein auch festgestellt werden kann, ob die angestrebten Ziele durch die Förderung tatsächlich erreicht wurden, um auf dieser Basis gegebenenfalls Änderungen in der Förderpraxis vorzunehmen.

Die zentralen Elemente dieser Idee, Kulturförderplan und Kulturförderbericht, sollten wiederum auch parlamentarisch verankert werden, um so einen

permanenten Dialog über Förderung und Entwicklung auch im politischen Alltagshandeln anzustoßen und damit Kulturpolitik zu einem zentraleren Thema im Landtag zu machen.

Dieses steten Diskurses bedarf es, um der Kunst und Kultur Stimme zu verleihen, um deren Bedeutung für die Menschen und die Gesellschaft zu artikulieren, um Verbindlichkeiten aufgrund von Überzeugung auch jenseits der Haushalts- und Kassenslage zu erzielen und um zu dokumentieren, dass „freiwillige Leistung“ nicht Beliebigkeit oder Verzicht bedeutet, sondern dass eine Gewährleistungspflicht für Kunst und Kultur auch bei den Selbstverwaltungsaufgaben der Kommunen besteht.

Denn leider löst das Gesetz das Problem der Kommunalfinanzien nicht. Das kann es auch nicht. Es kann auch keinen – von einigen erhofften – Paradigmenwechsel zu einer zentralistischen Kulturförderung geben.

Das Gesetz rückt aber – neben seinem regulativen Charakter – die Diskussion über Kunst und Kultur sowie Bildung in den zentralen Blickpunkt aktuellen politischen Handelns und ist geeignet, die Kulturpolitik aus ihrem Nischendasein in die Mitte parlamentarischer Behandlung und Entscheidung zu rücken.

Damit – um es der Opposition schon vorwegzunehmen – ist es auch das Papier wert, auf das es gedruckt werden wird; denn die Kunst, das Besondere, verträgt die politische Befassung, das Alltägliche, sehr gut.

Danken möchte ich für die Einbringung. Und um es kurz zu machen: Wir stimmen der Überweisung zu.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Prof. Dr. Sternberg das Wort.

**Prof. Dr. Thomas Sternberg<sup>1)</sup>** (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ein wichtiges Politikfeld in der Mitte der parlamentarischen Debatte – das hätten wir gerne. Man sieht aber schon an der Platzierung dieses Themas ganz am Ende unserer Plenartage,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Daran war auch Herr Lienenkämper beteiligt!)

inwiefern so etwas tatsächlich in der Mitte liegt. – Ich komme aber zur Sache.

In der letzten, kurzen Legislaturperiode des Landtags überraschte der damalige Vorsitzende des Kulturausschusses, der SPD-Abgeordnete Behrens, mit der Ankündigung eines Kulturfördergesetzes. Es sollte wie das Schulgesetz alle gesetzlichen Regelungen der Landeskulturpolitik erfassen und eine größere Verbindlichkeit der Förderung sicherstellen.

Das war nicht zuletzt eine Reaktion auf den Entwurf eines Bibliotheksgesetzes, den wir kurz vor Ende der vorhergehenden Legislaturperiode vorgelegt hatten. Dies sollte Eingang in dieses Gesetzeswerk finden, was es übrigens ausweislich der jetzt vorliegenden Texte nicht tut. Das bleibt nach wie vor eine Aufgabe.

Die Ankündigung wurde dann im Koalitionsvertrag 2012 erneuert. Dort heißt es:

„Kulturförderung braucht eine verlässliche Grundlage. Deshalb werden wir den bereits begonnenen Prozess für die Erarbeitung eines NRW-Kulturfördergesetzes fortsetzen.“

Meine Damen und Herren, das ist auch passiert. Es ist fortgesetzt worden. Wir warten seit Langem darauf, aber das Gesetz hat mehr und mehr auf sich warten lassen. Es wurde medienwirksam diskutiert. Wir haben vorhin schon von der Ministerin gehört, welche Veranstaltungen es da alles gab.

Jetzt liegt das Papier vor. Der Text enttäuscht auf ganzer Linie. Man erwartete den großen Durchbruch. Jetzt hat der Berg gekreißt, herausgekommen ist jedoch ein Mäuslein: Zwölf Seiten mit 34 Paragraphen und weiteren 66 Seiten Begründung.

Der Begründungsteil – im Referentenentwurf übrigens über 87 Seiten lang – ist eine sehr lohnende Lektüre, wirklich sehr empfehlenswert. Da findet man kulturpolitische Grundsätze. Da wird die Landesverfassung mit dem Staatsziel „Kulturförderung“ interpretiert, die Verbindung von Kultur und Bildung festgestellt, da wird auf die Ergebnisse der Enquete-Kommission Kultur des Bundes zurückgegriffen – aber eine verlässliche und verbindliche Grundlage für die Kulturförderung ist das, was hier auf dem Tisch liegt, ganz sicher nicht.

Denn die 34 Paragraphen auf zwölf Seiten bieten nicht mehr als Absichtsbekundungen und Feststellungen des seit Jahrzehnten Geübten. Das ist überhaupt kein Gesetz, das wir hier beschließen. Es ist kein Gesetz, denn es hat überhaupt keinerlei Verbindlichkeit.

Der Abschnitt „Kosten“ in der Einleitung sagt das ganz unverblümt. Ich empfehle sehr die Lektüre des Abschnitts „Kosten“, Buchstabe D. Da heißt es:

„Dieses Gesetz begründet keine subjektiven Rechte Einzelner, insbesondere keine Ansprüche auf Landesförderung.“

Wenn man diesen Satz gelesen hat, kann man sich im Grunde den Rest schenken. Genau das sollte dieses Gesetz doch leisten! Der Finanzminister hat sich jedoch auf ganzer Linie durchgesetzt.

Aber nicht nur der Finanzminister, sondern auch der Innenminister hat sich durchgesetzt; denn eines der groß diskutierten Themen war immer die Frage nach der Rahmensetzung für Kulturausgaben in Haushaltssicherungskommunen. Da gibt es gute

Vorschläge, Kollegin Freimuth, darüber haben wir lange debattiert. Aber nein, nichts – nicht einmal den Anschein davon! Alles bleibt bei der gegenwärtigen Situation, dass Kultur der gefährdete Bereich bei Haushaltssicherungskommunen ist.

Sogar der Bauminister hat offensichtlich gemauert. In § 20 sollte die Kunst am Bau wieder zur Regel gemacht werden. Das heißt normalerweise – in vielen Kommunen und Ländern gilt das auch noch –, dass die Bauherren 1 % der Bausumme für künstlerische Ausstattung oder Ergänzung einplanen müssen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wer zahlt das denn, Herr Dr. Sternberg?)

– Herr Mostofizadeh, Sie können gerne eine Zwischenfrage stellen, ich gehe darauf immer gerne ein. – Im Gesetzentwurf steht aber tatsächlich ernsthaft, dass die Kulturabteilung die Mittel dafür bereitstellen soll. Das ist angesichts dieser Miniaturets ein Treppenwitz.

Dafür schießt dieser schmale Text an anderen Stellen sogar über das Ziel hinaus. Die Förderung kultureller Bildung ist inzwischen ein solches Megathema, dass es wohl keinen einzigen Fachpolitiker mehr gibt, der nicht kulturelle Bildung für außerordentlich wichtig hielt.

Wenn aber Maßnahmen der kulturellen Bildung zur Voraussetzung für jedwede Förderung gemacht werden, dann geht das deutlich zu weit. Außerdem wird der Bildungsbegriff unangemessen auf Kinder und Jugendliche verengt.

Andererseits gibt es bereits lange Geübtes: Die Berichterstattung über Kulturförderung hat Staatssekretär Grosse-Brockhoff 2008 eingeführt, mit Unterstützung der KuPoGe, weitergeführt nach 2010 in verringerter Form. Der Kulturplan – durchaus vernünftig. Aber alles das scheitert an den Grenzen des Verfassungsrechts, wenn man es dann konkretisieren will. Auch die Festbetragsförderung ist eine wichtige Sache. Das alles sind Dinge – sofern sie sich im Rahmen des bisher gesetzlich Normierten bewegen –, die man auch ohne Weiteres außerhalb einer gesetzlichen Grundlegung hätte regeln können.

Zudem: Kulturpolitik ist mehr als Fördertechnik. Wir müssen Kulturpolitik auch als Ordnungspolitik begreifen. Wir regen an, bei Gesetzesvorhaben eine Kulturverträglichkeitsprüfung einzuführen, so wie es im Bund seit einiger Zeit üblich ist.

Ich komme zum Schluss. Worüber wir diskutieren, das ist kein Gesetz, denn es regelt nichts und hat keine Verbindlichkeiten. Was hier vorliegt, ist ein Besinnungsaufsatz zur Kulturpolitik.

(Zuruf von der SPD: Besinnungsaufsatz?)

Aber Kulturpolitik hat im Lande zurzeit keine Konjunktur. Erst wenn Kultur und Politik zu deren Er-

möglichung wieder ernst genommen werden, dann kann sich auch an den finanziellen Bedingungen und den gesetzlichen Festlegungen etwas verbessern. In der Regierung Kraft ist das aber nicht der Fall. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Sternberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Herrn Kollegen Keymis das Wort.

**Oliver Keymis<sup>\*)</sup>** (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst beginnen mit einem Dank an die Fraktionen von SPD und Grünen, und zwar dafür, dass sie im Sommer 2011 bereit waren, auf den Vorschlag ihrer Kulturpolitiker einzugehen und den Antrag einstimmig zu unterstützen, ein solches Gesetzeswerk von der Regierung gemeinsam anzufordern.

Es war gut, dass wir das am 12. Juli 2011 gemeinsam beschlossen haben. Wir hatten vorher schon im Rahmen der Koalitionsvereinbarungen 2010 darüber diskutiert. 2012 gab es dann Neuwahlen; entsprechend hatten wir alle genügend Zeit, uns mit diesem Gedanken zu befassen.

Mein zweiter ganz entscheidender Dank gilt – das will ich hier deutlich unterstreichen, auch wenn es Kollege Bialas schon getan hat – Herrn Dr. Fritz Behrens. Der Kollege Behrens kam damals auf mich als kulturpolitischen Sprecher zu und fragte: Wie findet du diese Idee? – Ich muss ehrlich sagen, ich fand sie eher schwierig und dachte: Kulturförderung in ein Gesetz fassen? Merkwürdig. Das ist nicht das, woran ich als Erstes denke.

Ich muss aber sagen – und das ist das Tolle an dieser Geschichte, aus meiner Sicht jedenfalls und für mich persönlich –: Ich habe in der Zeit, in der wir über dieses Thema miteinander diskutieren, also in den letzten zwei, drei Jahren, viel gelernt, und ich bin ein bisschen vom Saulus zum Paulus geworden.

Ich bin inzwischen also ein großer Anhänger dessen, was heute vorgelegt und eingebracht wird, vom Kabinett bereits bewilligt und von der Verwaltung im Auftrag des Landtags ausgearbeitet. Deshalb gilt mein dritter und ganz besonderer Dank dem Ministerium, Frau Ministerin Schäfer, Herrn Landmann, dem Kulturabteilungsleiter, und seinem Team, die in einer akribischen Arbeit unter mehreren Staatssekretären, Herr Neuendorf – also Dank an Sie mit, aber auch an Herrn Prof. Schäfer, Ihren Vorgänger –, ein solches Gesetzeskonvolut überhaupt erst erstellt haben.

Herr Kollege Sternberg, ich finde, das sollten Sie einfach doch auch würdigen, schon in Anbetracht dessen, dass Sie fünf Jahre lang als Regierungs-

fraktion eng mit in etwa den gleichen Leuten kooperiert haben. Sie sollten würdigen, dass hier erstmalig in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt ein Land hingeht und sich selbst verpflichtet, die Kultur unter den hier aufgeführten Paragrafen – insbesondere mit Blick auf die sehr lesenswerte Begründung – zu fördern und in diesem Zusammenhang einen Aufgabenkanon für sich zu bestimmen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist, wie ich finde, ein wirklich entscheidender Gewinn.

Interessanterweise ist es ja so: Wenn Sie einen Blick in die überregionalen Publikationen werfen, dann erkennen Sie, dass das auch überall so wahrgenommen wird. Egal wo – in Berlin, in München, selbst in Ländern, die sich im Bereich Kultur schon gut aufgestellt haben –, wird das als etwas Besonderes wahrgenommen, weil es eben bisher deutschlandweit eine solche Gesetzgebung, eine solche Verpflichtung auf die Kulturförderung nicht gibt.

Deshalb – das muss ich sagen – sind wir mehr als froh, dass wir über diesen Entwurf hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen in den nächsten Wochen und Monaten intensiv diskutieren können, im Ausschuss sowie im Rahmen einer großen Anhörung, die wir heute Morgen unter uns Sprechern bereits vereinbart haben.

Ich glaube, wir werden eine insgesamt interessante und sehr grundlegende Debatte über die Kultur und die Kulturförderung sowie die Bedingungen, unter denen das möglich sein wird, führen.

Sie haben recht, Herr Sternberg, wenn Sie kritisieren – das habe ich auch schon an verschiedenen Stellen getan –, dass wir über einen relativ bescheidenen Landeskulturretat reden. Sie geben aber nicht den zweiten Teil der Geschichte dazu, zu dem wir offen sagen müssen: Kulturförderung in Nordrhein-Westfalen findet in weitesten Teilen kommunal statt. Unsere Kommunen sind die starken Kulturförderer im Land NRW, nicht die Landesebene. Auf die setzen wir. Dass wir sie stärken, ist auch Aufgabe unseres Landeskulturfördergesetzes.

Deshalb sind dort so viele Aspekte enthalten, die sich genau darauf beziehen – aber ohne Konnexität herzustellen, also ohne eine Verpflichtung des Landes einzugehen, die Kommunen sozusagen zu animieren, mehr Geld auszugeben, und dann selber gefordert zu sein, das, was man gesetzlich fest schreibt, mitzubezahlen.

Vor zwei Tagen haben wir hier den Haushalt eingebracht. Wir haben außerdem über den Nachtragshaushalt diskutiert. Die dramatische haushaltspolitische Lage ist insbesondere von den Oppositionsfractionen in schillernden Farben beschrieben worden. Dieses Land ist aus Ihrer Sicht noch „pleite“ als aus unserer Sicht. Das macht die Sache wirklich

nicht einfacher, auch im Hinblick auf mögliche Kulturausgaben.

Gleichwohl – das habe ich auch mehrfach öffentlich gesagt – kann man natürlich in einem Landeshaushalt, wie wir ihn beraten, über Verschiebungen innerhalb des Haushalts zugunsten oder zulasten einzelner Bereiche nachdenken und diskutieren. Das haben wir übrigens in den vergangenen Haushalten auch schon getan. Rot-Grün hat im Haushaltsberatungsverfahren zugunsten der Kultur Beschlüsse gefasst. Ich setze darauf, dass wir auch künftig bei entsprechenden Bedarfen über solche Dinge innerhalb der Koalition und mit unserer Regierung diskutieren können.

Dass Sie die konkreten Aspekte überhaupt nicht erwähnen, macht deutlich, dass Sie etwas pauschal verurteilen, was im Detail viel Sinnvolles enthält. Da meine Redezeit jetzt um ist, kann ich darauf nicht eingehen.

Wir stimmen aber der Überweisung aber zu und werden über alle diese Fragen im Ausschuss, während der Anhörung und darüber hinaus diskutieren. Also: Dank dafür, dass es eingebracht wurde, und auf gute gemeinsame Beratungen zum Wohle von Kunst und Kultur in diesem Land! – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Schmitz.

**Ingola Schmitz (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jahre kommen, Jahre gehen, die Zeit entflieht und dann geschieht doch noch das, was der Kulturrat und die Opposition wiederholt angemahnt haben: Die Landesregierung legt den Entwurf für ein Kulturfördergesetz vor.

Es ist schon erstaunlich, dass es diverse Ermahnungen brauchte, bis der Entwurf endlich vorgelegt wurde. Das lässt zumindest erahnen, wie es um den Stellenwert der Kulturpolitik in der Landesregierung wirklich steht; Herr Prof. Sternberg hat das bereits deutlich gemacht. Auch die Redewendung „Was lange währt, wird endlich gut“ kann bedauerlicherweise nicht für dieses Gesetz gelten. Aber dazu gleich mehr!

Die FDP-Fraktion hatte angekündigt, dass sie sich konstruktiv in den Gesetzgebungsprozess einbringen wird. Daran werden wir festhalten. Denn mit Ihrer Ankündigung in der Koalitionsvereinbarung hat die Landesregierung durchaus recht: Kulturförderung braucht eine verlässliche Grundlage.

Insofern begrüßen wir diese Initiative im Grundsatz. Und, ja, Frau Ministerin, in der Tat ist das Gesetz bundesweit einmalig. Bei Lektüre des Gesetzentwurfs bleiben allerdings einige Detailfragen offen. So müssen wir uns fragen, ob nicht eine stärkere

Entbürokratisierung beim Zugang zu Kulturfördermitteln möglich ist.

(Beifall von der FDP und Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU])

Die Kulturverbände berichten uns nicht zuletzt, dass so manches spannende Projekt etwa an hohen Förderschwellen scheitert.

Auch das Jährlichkeitsprinzip ist mit künstlerischem Wirken und kreativer Arbeit oft schwer in Einklang zu bringen.

Außerdem fehlt im Gesetzentwurf nach unserer Auffassung ein wesentlicher Bestandteil einer grundlegenden Norm für die Kulturförderung, nämlich die Klarstellung der Zweckfreiheit von Kunst. Diese ist aus kulturpolitischer Sicht sehr wichtig, denn ansonsten droht eine Einengung auf kulturelle Bildung und eine Ideologisierung der Kulturförderung.

Es darf nicht die Politik entscheiden, welche Form von Kunst und Kultur förderwürdig ist und welche vielleicht politischen Botschaften damit verbunden sein müssen oder welche Kunstwerke im Moment akzeptabel sind und welche nicht. Ich will an dieser Stelle ein aktuelles, mahndendes Beispiel aufzeigen.

Duisburgs SPD-Oberbürgermeister hat jüngst eine Installation des Künstlers Gregor Schneider im Rahmen der Ruhrtriennale verboten. Dazu kann man stehen, wie man will. Aber eine Begründung, die Bürgerinnen und Bürger Duisburgs seien – ich zitiere – „noch nicht reif“ für das Kunstwerk, ist schlicht und ergreifend eine Anmaßung.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie zeugt von einem problematischen kulturpolitischen Verständnis. Genau das müssen wir verhindern, gerade in einer für die Kultur so zentralen Norm.

Aber, meine Damen und Herren, kommen wir zu der größten offenen Flanke des Kulturfördergesetzes. Zu Recht schreiben Sie – ich wiederhole es –: Kulturförderung braucht eine verlässliche Grundlage. – Das gilt aber nicht nur für die gesetzliche Basis, sondern auch für die finanzielle Grundlage. Und in diesem Bereich ist die Politik der rot-grünen Landesregierung, wie die Debatte am Mittwoch es wieder gezeigt hat, desaströs. Auch alle anderen Sprecher vor mir haben dies deutlich gemacht. Rot-Grün ist nicht bereit und nicht in der Lage, ihre massiven Kürzungen bei der Kulturförderung rückgängig zu machen. – Werter Herr Keymis, Sie wissen auch, dass man mit dem Kulturförderhaushalt nicht den Haushalt des Landes sanieren kann. – Das Kulturfördergesetz droht zu einer leeren Hülse zu verkommen.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Frau Kollegin Schmitz, entschuldigen Sie: Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Mostofizadeh zulassen?

**Ingola Schmitz (FDP):** Bitte schön, Herr Mostofizadeh.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Kollegin, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. – Der Kollege Keymis hat in seiner Rede deutlich gemacht, wie die Haushaltslage aussieht. Er hat auch deutlich gemacht, wie es um die Mittel bestellt ist.

Eigentlich würde ich dazu gerne zwei Fragen stellen, darf aber ja nur eine stellen. Zunächst würde ich Sie gerne fragen, wieviel seit 2010 im Kulturetat eigentlich gekürzt worden ist. Aber das lassen wir mal. Da gab es nämlich einen Aufwuchs gab.

Zu der Frage, die ich Ihnen stellen möchte: Offensichtlich möchten Sie im Kulturfördergesetz ja einen konnexitätswirksamen, also einen kostenwirksamen Aufwuchs des Kulturetats festlegen. Woher kommt denn die Gegenfinanzierung?

**Ingola Schmitz<sup>1)</sup> (FDP):** Das ist zunächst mal nicht meine Aufgabe. Es ist die Aufgabe der Landesregierung, das zu lösen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dafür gibt es den großen Apparat der Landesregierung, dass man sich auch darüber Gedanken machen kann.

Das Kulturfördergesetz, meine sehr verehrten Damen und Herren, droht somit zu einer leeren Hülle zu verkommen. Denn die massiven Kürzungen von SPD und Grünen im nordrhein-westfälischen Kulturhaushalt in den vergangenen Jahren sowie die faktische Einstellung der Denkmalförderung durch die Landesregierung können auch durch ein Kulturfördergesetz nicht ausgeglichen werden.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Frau Kollegin, ich muss Sie noch mal stören. Herr Kollege Abel fragt, ob er Ihnen eine Frage stellen darf.

**Ingola Schmitz (FDP):** Danke schön. Ich möchte zu Ende reden.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Okay, das ist Ihr gutes Recht.

**Ingola Schmitz (FDP):** Es hilft der Kulturlandschaft sowie den Kulturschaffenden in Nordrhein-Westfalen nicht, theoretische Fördermodalitäten zu kennen, wenn für ebendiese Förderung kein Geld vorhanden ist.

Es wird sehr schwierig werden, diese massive Schwäche im Rahmen der weiteren Beratungen auszuräumen. Versuchen wollen wir es trotzdem. Die FDP-Fraktion stimmt der Überweisung in den Kulturausschuss zu. Wir freuen uns auf die weitere Diskussion. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Schmitz. – Nächster Redner ist für die Piratenfraktion Herr Kollege Lamla.

**Lukas Lamla (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer auf den Tribünen, zu Hause im Stream und später auf YouTube! Nach Monaten, wenn nicht sogar nach Jahren des Wartens und vielen vielversprechenden Zwischenmeldungen ist das Kulturfördergesetz endlich da.

(Beifall von Karl Schultheis [SPD])

Einmalig ist es in Deutschland, so hört man es immer wieder von der Regierungsbank und aus den rot-grünen Fraktionen schallen. – Ja, es ist einmalig, einmalig kraftlos. So sinnvoll die gesetzliche Absicherung und Definition der Kunst- und Kulturlandschaft ist, so schwach ist dieser Regierungsentwurf. Denn über den vielen gutgemeinten Worten – Herr Prof. Sternberg hat das schon umfangreich ausgeführt – steht der Haushaltsvorbehalt. Wir entnehmen der Einleitung – zwecks besserer Verständlichkeit ohne all die Füllwörter –: Dieses Gesetz begründet keine Ansprüche auf Landesförderung – Punkt.

An dieser Stelle könnte ich meine Rede beenden, denn mich deucht, hier wirft ein verfassungsrechtlicher Hirnfurz seine dunklen Schatten, sprich: die Schuldenbremse, auf die Kunst- und Kulturlandschaft in NRW voraus.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Kollege, darf ich Sie bitten, sich einer Begrifflichkeit zu befleißigen, die dem parlamentarischen Comment und dem Thema „Kultur“ entspricht?

(Beifall von der SPD)

**Lukas Lamla (PIRATEN):** Ja, Herr Präsident. Ich möchte korrigieren: eine verfassungsrechtliche Flatulenz namens Schuldenbremse.

Aber nicht nur die Frage der Finanzierung prüft den politischen und gesellschaftlichen Stellenwert der Künste und Kultur in NRW. Es sind auch internationale Bedrohungen vorhanden, zum Beispiel die durch das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP oder die durch das kanadisch-europäische Freihandelsabkommen CETA. Just heute wurden

knapp 1.600 Seiten geheimer CETA-Dokumente auf netzpolitik.org veröffentlicht. Die in CETA enthaltenen Bestimmungen – besonders im Bereich des Urheberrechts – sind nicht nur problematisch, sie sind auch besorgniserregend und werden, sofern sie umgesetzt werden, auch für uns in NRW relevant.

Meine Damen und Herren, Kunst setzt eines voraus, nämlich die Kreativität des Einzelnen.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Kollege, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Würden Sie eine Zwischenfrage ...

**Lukas Lamla (PIRATEN):** Nein, ich möchte ganz gerne zu Ende reden.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Sie möchten keine Zwischenfrage zulassen?

**Lukas Lamla (PIRATEN):** Genau.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Das ist Ihr gutes Recht.

**Lukas Lamla (PIRATEN):** Meine Damen und Herren, Kunst setzt eines voraus: die Kreativität des Einzelnen. An dieser Stelle frage ich mich, wie es um die Kreativität in unserem Land bestellt ist. Edward Snowden hat uns nicht zuletzt gezeigt, welches Ausmaß die systematische Überwachung der Menschen in unserem Land hat.

Ich muss mich zwangsläufig fragen: Wie sieht die freie Entfaltung der Menschen in einer vollständig überwachten Gesellschaft aus? Wie wird Kreativität freigesetzt, wenn die Kreativen ständig mit der berühmten Schere im Kopf leben und befürchten müssen, dass ihr künstlerisches Werk oder eine künstlerische Äußerung dazu führen kann, politisch geächtet zu werden? Wenn wir uns als Parlament über ein Gesetz zur Förderung und Entwicklung von Kunst und Kultur unterhalten, dann sollten wir auch darüber reden, welche Rahmenbedingungen wir setzen, damit dies in Zukunft überhaupt noch möglich ist.

Mit diesen Worten möchte ich meine Rede beenden. Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Danke, Herr Kollege Lamla. – Für die Landesregierung hat sich noch einmal Frau Ministerin Schäfer zu Wort gemeldet.

**Ute Schäfer**, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich nutze die restliche Redezeit, um Sie alle noch mal zum Dialog einzuladen. Ich kann zwar verstehen, dass die Oppositionsparteien sich durchaus kritisch gegenüber der Regierung und den regierungstragenden Fraktionen äußern, aber es beruhigt mich etwas, dass dieses Gesetzesvorhaben in der kulturpolitischen Szene, in der kulturfachlichen Szene überwiegend begrüßt wird.

(Beifall von Karl Schultheis [SPD])

Herr Prof. Sternberg, wir hätten uns natürlich alle noch mehr wünschen können. Aber allein der Prozess, der die Entstehung dieses Kulturfördergesetzes begleitet hat, war ein Wert an sich. Ich weiß nicht, wie Sie es wahrgenommen haben: Es ist im Lande an verschiedenen Stellen, an verschiedenen Orten eine Diskussion über die Kultur entstanden, die auch weitergehen wird und die sehr wertvoll ist, weil sie den Fokus auf den wichtigen Bereich Kunst und Kultur in unserem Land gelenkt hat. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Ich würde mich auch freuen, wenn Sie das gemeinsam mit uns weitertragen würden, denn es hilft der Kunst und der Kultur.

Frau Schmitz, Sie haben gesagt, dass man die Zweckfreiheit der Kunst nicht im Gesetz wiederfindet. Dazu möchte ich eine Anmerkung machen. Die Freiheit der Kunst ist in unserem Grundgesetz verankert. Aber man muss sich sehr wohl Gedanken darüber machen, dass das ein praktisch nicht zu definierender Rechtsbegriff ist. Deswegen haben wir auch keine Legaldefinition des Begriffes „Kunst“ in das Gesetz aufgenommen.

Aber – das ist mir ganz wichtig zu sagen – an allen Stellen im Gesetz gibt es die Möglichkeit des Experimentellen. Das heißt, der Freiheit der Kunst ist durch dieses Gesetz keinerlei Schranke auferlegt. Das würden wir auch niemals tun; das habe ich immer deutlich gemacht. Das ist mir ein Herzensanliegen.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Im Übrigen hat das Gesetz eine Verbindlichkeit, und alles, was dieses Gesetz begleitet, ist finanziell hinterlegt. Es gibt einen verlässlicheren Rahmen als vorher. Zumindest mir wird berichtet, dass das Gesetz sehr positiv aufgenommen wird, auch was die Vereinfachung der Förderinstrumente angeht. Die gibt es in der Tat, und das ist in diesem Gesetz auch nachlesbar. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke**: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Geszentwurfs Drucksache 16/6637** an den **Ausschuss für Kultur und Medien** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

## **6 Keine Zeltstädte in Nordrhein-Westfalen – Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten, Schulen und Turnhallen verhindern**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/6674 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Piratenfraktion Herrn Abgeordneten Herrmann sehr gerne das Wort. Bitte, Herr Kollege.

**Frank Herrmann** (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Bürgerinnen und Bürger im Saal, im Stream und natürlich auch nachher auf YouTube – oder wo auch immer diese Aufzeichnungen verwertet werden! Wir haben uns schon gestern und heute Morgen über die katastrophale Situation rund um die Flüchtlingsaufnahme in Nordrhein-Westfalen ausgetauscht. Einige Unterschiede zwischen unseren Vorschlägen, damit umzugehen, und denen der FDP und der Landesregierung habe ich dabei schon ausgeführt.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Wir wollen die Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme entlasten, und wir wollen, dass die Perspektive der Flüchtlinge viel mehr Berücksichtigung findet, als das derzeit der Fall ist. Der Schutz der hilfesuchenden Menschen muss im Vordergrund stehen. Wir müssen in der Asylpolitik weg vom Gedanken der Abschreckung, und zwar auf allen Ebenen: in der Kommune, im Land und im Bund.

Mit den vermutlich mehr als 40.000 Flüchtlingen, die in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen zu erwarten sind, und den voraussichtlich weiter steigenden Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 werden wir nur fertig, wenn es endlich ein tragfähiges und nachhaltiges Konzept zur Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden gibt, das auch den Anforderungen des Grundrechts auf Asyl entspricht.

Unser heutiger Antrag „Keine Zeltstädte in NRW“ steht daher auch im Zusammenhang mit unserer Forderung nach einer Neukonzeption der Flüchtlingsaufnahme in Nordrhein-Westfalen: hin zu einer

humanen und dezentralen Unterbringung im ganzen Land.

(Beifall von den PIRATEN)

Denn die Lage in Nordrhein-Westfalen ist nicht erst seit gestern dramatisch. Dabei sehen wir die Anstrengungen, die die Landesregierung zurzeit unternimmt, um Notplätze zu errichten, durchaus.

Ich möchte mich an dieser Stelle auch einmal sehr herzlich bedanken bei allen Mitarbeitern und Ehrenamtlichen, die sich zurzeit in den Unterbringungseinrichtungen um die Nöte der Flüchtlinge kümmern. Diese Menschen verausgaben sich, um den Menschen in Not in diesem Chaos irgendwie zu helfen.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich muss aber leider auch sagen, dass Flüchtlinge schon seit Jahren oft nur stiefmütterlich und notdürftig versorgt werden. Containerdörfer, Hotelunterbringungen, Notunterkünfte in Schulen und stillgelegten Schrottimmobilien gibt es nicht erst seit heute. Städte mit menschenwürdigen Unterbringungskonzepten wie Münster, Köln, Wuppertal, Lünen und Leverkusen bilden doch immer noch die Ausnahme. Es hätte daher längst Vorgaben der Landesregierung für die Unterbringung geben müssen – Konnexität hin oder her. Ich sagte es schon gestern: Menschenwürde ist kein Deutschen-Recht.

Für die nahe Zukunft sehe ich wiederum schwarz, denn der Winter steht vor der Tür, und wenn schon ein paar Fälle von Masern das System zum Kollabieren bringen, sind Zeltstädte möglicherweise nicht auszuschließen. Die Wirkung wäre aber fatal, weil dadurch Ressentiments in der Bevölkerung geschürt würden. Wir müssen aber unbedingt verhindern, dass sich Ereignisse wie die in Rostock, Mölln und Solingen wiederholen.

Der Eindruck einer nicht beherrschbaren Flüchtlingswelle – die ja überhaupt nicht da ist – sollte nicht künstlich herbeigeführt werden. Deshalb fordern wir eine Bestandsaufnahme. So etwas haben andere Bundesländer übrigens schon gemacht: um sich ein Bild von den Möglichkeiten zu verschaffen und genau zu wissen, wo die Probleme liegen.

Ich habe hier einen Beispielbericht aus Schleswig-Holstein. Dort war man sich bewusst, dass die Probleme durch die steigenden Flüchtlingszahlen im Land zunehmen werden, und man wollte dort vorbereitet sein. Der Bericht wurde durch eine gemeinsame Initiative des Parlaments eingefordert, und es wird im Parlament auch regelmäßig Bericht erstattet. So etwas scheint in anderen Bundesländern möglich zu sein.

Aber bekanntlich führen viele Wege nach Rom. Auch nach unserer Ansicht hätten es die Kommunen leichter und die Flüchtlinge tausendmal besser, wenn wir das unsägliche Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen würden. Wir können das als kleinste Oppositionspartei aber nicht alleine tun. Aber Sie,

liebe Kolleginnen und Kollegen von den regierungstragenden Fraktionen, können eine Bundesratsinitiative dazu starten. Wir unterstützen Sie dabei sehr gerne.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

In der Zwischenzeit wäre aber vielen Kommunen schon damit geholfen, wenn Sie auf eine private und kostengünstige Wohnungsunterbringung setzen würden. Dass wir dies mit unserem neuen Antrag nicht abermals fordern, sondern erst einmal nach Daten und Zahlen verlangen, liegt einzig daran, dass wir auch das nicht alleine durchsetzen können. Es gibt schon einige, die unsere Ansicht teilen, zum Beispiel die Flüchtlingsorganisationen, die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen gehören auch dazu und einige Kommunen. Aber wir müssen auch die kommunalen Spitzenverbände und die Kolleginnen und Kollegen von der SPD mitnehmen. Dafür brauchen wir Zahlen, schwarz auf weiß.

Ich wünsche mir konstruktive Gespräche in den Ausschussberatungen und dass wir baldmöglichst eine Bestandsaufnahme der Unterbringungssituation in Nordrhein-Westfalen haben und damit Bescheid wissen, wo bei weiter steigenden Flüchtlingszahlen Probleme bei der Unterbringung zu erwarten sind, damit wir eines nicht bekommen: Zeltstädte in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Herrmann. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Kollege Yetim.

**Ibrahim Yetim (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, gestern waren wir uns darüber einig, dass wir nicht voraussehen können, welche Krisen und Kriege auf der Welt sich auch bei uns in Nordrhein-Westfalen auswirken, und dass wir mit der Situation, die in der Welt entsteht, beschäftigt sind. Flucht, Vertreibung und Elend auf der Welt sind für uns aber auch Verpflichtung zu helfen.

Die Piraten fordern in ihrem Antrag allerdings Dinge, die die Landesregierung schon lange macht oder die bereits vorhanden sind. Sie wollen eine Bestandsaufnahme, wie die Flüchtlinge in den Kommunen untergebracht sind. – Die gibt es.

Sie wollen, dass sich das Land mit den kommunalen Spitzenverbänden und anderen Akteuren zusammensetzt. – Auch das tut diese Landesregierung; denn Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass die Landesregierung diejenigen, die ganz nah dran sind, nicht mit an den Tisch nimmt, um mit ihnen über diese Situation zu sprechen.

Sie wollen eine Überprüfung, ob die Unterbringung in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften

wirtschaftliche Vorteile für die Kommunen ermöglicht. – In Nordrhein-Westfalen entscheiden die Kommunen in eigener Zuständigkeit über die Unterbringung. Bei der finanziellen Situation der Kommunen werden sich diese, wo es möglich ist, für die Unterbringung in Wohnungen entscheiden. Denn wir wissen, dass die Unterbringung in Wohnungen für die Kommunen weitaus günstiger ist als die Unterbringung in Zeltstädten oder Containern.

Ich kann über das ganz aktuelle Beispiel bei mir in Moers berichten, wo man darüber nachdenkt, entweder ein Containerdorf zu errichten oder einen Neubau hochzuziehen. An der Stelle ist das also eine ganz schwierige Diskussion für die Kommunen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Herrmann?

**Ibrahim Yetim (SPD):** Herr Herrmann, bitte.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Bitte schön.

**Frank Herrmann (PIRATEN):** Vielen Dank. – Da Sie offensichtlich die Bestandsaufnahme haben: Können Sie mir diese Informationen geben? Die haben wir zwar angefragt, uns wurde aber gesagt, dass es sie nicht gibt. Deswegen haben wir den Antrag gestellt.

**Ibrahim Yetim (SPD):** Okay. Ich gebe Ihnen gleich die Drucksachenummer. Ich habe sie nicht im Kopf.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Wunderbar!)

Das können Sie haben. Es handelt sich um einen Antrag der Linken aus dem Jahr 2011. Ich habe die Drucksachenummer nicht mehr im Kopf, Herr Herrmann. Die bekommen Sie aber.

(Zuruf: Google!)

– Google ist auch immer eine gute Alternative.

Wenn Sie davon sprechen, Herr Herrmann, dass die aus der Not heraus zeitweise stattfindende Unterbringung von Flüchtlingen in Containern, Schulen und Zelten eine humanitäre Katastrophe sei, dann, meine ich, verniedlichen Sie die katastrophale Situation, aus der diese Menschen kommen. Eine humanitäre Katastrophe ist für mich der Krieg, ist das Elend, aus dem diese Menschen kommen.

Die Kommunen versuchen, mit diesen Zeltstädten – von denen gibt es zehn Stück in Nordrhein-Westfalen – aus der Not heraus erst mal eine Unterbringung zu schaffen, die einigermaßen vernünftig ist. Wir sind uns doch einig darüber, dass wir für diese Menschen eine vernünftige Unterbringung

haben müssen. Es gibt vor Ort aber Probleme, diese Menschen unterzubringen. Zudem kann keine Kommune ernsthaft voraussehen, welche Krisen und Kriege noch auf uns zukommen. Von daher können nicht mal so eben Wohnungen bereitgestellt bzw. auf Vorrat gehalten werden. Das übersteigt, glaube ich, alle Möglichkeiten der Kommunen.

Man kann sich also vielleicht darüber beschweren, dass die Städte Zeltstädte aufbauen. Ich will Ihnen an der Stelle aber mal – mit Erlaubnis des Präsidenten – aus einer heutigen Zeitung kurz die Stellungnahme des Sozialdezernenten aus Duisburg vorlesen:

„Mit der Notunterbringung befindet sich die Stadt in einer bislang ‚nie gekannten Dramatik‘. ‚Vor drei Monaten wurden uns 70 Menschen pro Monat zugewiesen, heute sind es schon 100, bald werden es 130 und mehr sein, jeden Monat neu‘.“

Das zeigt eigentlich ganz deutlich, dass die Kommunen das nicht voraussehen können, aber vor einer Situation stehen, in der sie zunächst einmal dafür sorgen müssen, dass die Menschen überhaupt ein Dach über dem Kopf haben – und das bei den Zeltstädten übergangsweise.

Dass das in Duisburg nicht nötig ist, dafür bin ich dem Duisburger Oberbürgermeister Sören Link sehr dankbar. Auch das kam aber erst, nachdem die Zeltstadt stand.

Deswegen fordere ich an der Stelle alle Akteure, die da irgendwie unterwegs sind, die Wohnungen zur Verfügung haben – das sind insbesondere christliche Gemeinden –, auf, diese nicht erst dann zur Verfügung zu stellen, wenn es schon passiert ist, sondern schon vorher. Auch private Vermieter könnten sagen: Ich habe Wohnungen, die gebe ich der Stadt gerne für die Unterbringung der Flüchtlinge. – Das sollte also schon vorher passieren und nicht erst, wenn die Zeltstadt steht und es in der ganzen Bundesrepublik einen Aufschrei gibt, dass vonseiten der Kommunen menschenunwürdig gehandelt werde. Das tun sie nicht. Ich glaube, dass in den Kommunen – so, wie ich sie kennengelernt habe – die Einsicht besteht – genauso wie bei Ihnen und bei uns auch –, dass wir für die Menschen vernünftige Unterbringungsmöglichkeiten schaffen sollten.

Eine entscheidende Lösung für viele Probleme in diesem Bereich – das hatten wir gestern und heute auch noch mal angesprochen – ist die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Sie haben Rot-Grün da an Ihrer Seite – ganz sicher. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Güler.

**Serap Güler (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht schön, den Antrag der Piraten zu lesen – nicht etwa, weil er schlecht geschrieben, überzogen oder sonst irgendwie daneben wäre. Nein. Er ist deswegen nicht schön, weil er ein Stück weit uns allen – dem Land, den Kommunen, aber in gewisser Weise auch der Landesregierung – den Spiegel vorhält.

Keinem von uns kann diese Konfrontation mit unserer Flüchtlingsrealität gefallen. Ich gebe Herrn Yetim an dieser Stelle recht. Auch ich möchte kein Kommunal-Bashing betreiben. Uns allen ist klar, wenn wir über dieses Thema sprechen, dass sich die Kommunen bemühen und dass man ihnen nicht pauschal vorwerfen darf oder kann, dass sie nicht die nötigen Anstrengungen unternehmen würden, um Menschen würdig unterzubringen.

Ich sehe die Situation vor Ort in Köln und weiß, in welcher schwieriger Lage sich diese Kommune befindet. Es ist beileibe nicht einfach, alle der Stadt zugeordneten Flüchtlinge würdig unterzubringen. Oft ist auch die Kölner Notlösung – die Unterbringung in Hotels – alles andere als optimal. Wer sich diese Hotels mal von innen angeschaut hat, weiß, dass ich da nicht von einer Luxusunterbringung spreche.

Dass die Stadt Duisburg nun aber sogar eine Zeltstadt aufgestellt hat, ist für mich unvorstellbar. Ich kann verstehen, dass Länder wie der Libanon oder die Türkei Zeltstädte errichten. Das verstehe ich nicht nur deswegen, weil das Wetter dort besser ist. Vielmehr haben diese Länder Millionen Menschen aufgenommen, die dorthin geflüchtet sind. Das würde jedes Land überfordern. Für das Industrieland Nummer eins allerdings, für das Land, dessen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit am Mittwoch in der Generaldebatte überdeutlich herausgestellt wurde, ist es alles andere als würdig, wenn Kommunen so weit gehen und Flüchtlinge in Zelten unterbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es muss andere Wege geben, diejenigen unterzubringen, die Schutz bei uns suchen. Ich freue mich darüber, dass auch Innenminister Jäger gestern hier im Plenum zugestanden hat, dass er diese Art der Unterbringung für nicht menschenwürdig hält. Ich hätte mir allerdings gewünscht, wenn Herr Minister Jäger als SPD-Parteichef in Duisburg auch verhindert hätte, dass dort überhaupt Zelte stehen, auch wenn es jetzt Gott sei Dank gar nicht dazu kommt, dass in diese Zelte Flüchtlinge einziehen. Aber die hätten da meiner Meinung nach erst gar nicht stehen dürfen.

Ich hätte mir gewünscht, dass Herr Innenminister Jäger das mit derselben Leidenschaft seinem Oberbürgermeister in Duisburg klargemacht hätte, wie er das einem Oberbürgermeister Sauerland

klargemacht hätte. Vielleicht war der Entschluss des Duisburger Oberbürgermeisters, eine Zeltstadt für Flüchtlinge zu errichten, aber auch nur ein Zeichen an das Land, ein Zeichen, dass die Grenzen der Leistungsfähigkeit dieser Stadt erreicht sind.

In den Ausschussberatungen werden wir über den Forderungskatalog der Antragsteller sprechen können. Manche Forderungen sind meines Erachtens auch durchaus unterstützenswert, beispielsweise die dezentrale Unterbringung.

Ja, Herr Yetim, auch hier haben Sie recht, was die dezentrale Unterbringung betrifft. Das entscheiden die Kommunen selbst, denn bei uns herrscht die kommunale Selbstverwaltung. Das entbindet das Land aber nicht von seiner Verantwortung, den Kommunen dabei zu helfen, dieses Modell vor Ort stärker zu forcieren. Das könnte das Land durchaus tun. Deshalb halte ich diese Forderung auch für unterstützenswert.

Ich freue mich auf die Auseinandersetzung im Ausschuss und hoffe im Sinne der Menschen, die zu uns kommen, dass wir hier gemeinsam das Beste herausholen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Güler. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Schäffer.

**Verena Schäffer (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, eines ist klar, nämlich dass die Analyse zur Situation der Erstaufnahme durch das Land in weiten Teilen erst einmal richtig ist und man hier nichts schönreden kann, weil die vorgesehenen regelten Abläufe auch absehbar nicht herstellbar sind und wir zumindest in diesem Winter davon ausgehen müssen, dass wir auf Notunterkünfte zurückgreifen müssen.

Man muss auch sagen, dass der Durchlauf in den Aufnahmeeinrichtungen aufgrund der fehlenden Kapazitäten zu schnell geht, um die ankommenden Flüchtlinge hier angemessen zu beraten und zu klären, ob beispielsweise besondere Schutzbedürftigkeiten vorliegen.

Wir Grünen stimmen auch zu, dass man perspektivisch gesehen das Aufnahmeverfahren neu konzipieren muss oder zumindest darüber diskutieren muss. Vor allem müssen wir die Frage diskutieren, ob wir auch weiterhin eine Zweistufigkeit mit der Erstaufnahme und der sogenannten zentralen Unterbringungseinrichtung brauchen.

Aber – das ist hier in den Debatten auch schon angeklungen – der zentrale Punkt, über den wir heute diskutieren und diskutieren müssen, sind die fehlenden Immobilien, die fehlenden Wohnungen, in denen Menschen anständig und menschenwürdig untergebracht werden können.

Allerdings muss man leider sagen, dass man weder mit Ihrem Antrag noch mit einigen Debattenbeiträgen, die bisher schon gekommen sind, eine Lösung schaffen wird. Das Problem der fehlenden Unterbringungseinrichtungen besteht ja weiterhin.

Ich möchte gerne auf Ihre sieben Forderungen eingehen.

Sie sagen, dass wir eine Analyse brauchen, ob die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes die Kommunen tatsächlich entlasten würde. Ich meine, eine Analyse brauchen wir nicht. Denn wir wissen längst, dass die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Überführung der Flüchtlinge ins SGB II die Kommunen entlasten würde. Deshalb schließt sich ja auch der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen dieser Forderung an und sagt, dass wir die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes brauchen, weil es nicht nur für die Flüchtlinge gut ist, sondern auch die Kommunen dann von über 50 % der Kosten entlastet würden. Deshalb kümmert sich ja auch die Landesregierung darum und trägt diese Forderung nach Berlin. Ich würde mir wünschen, dass sich auch andere Fraktionen dieser Forderung anschließen.

Dann fordern Sie eine Bestandsaufnahme aller Flüchtlingsunterkünfte in allen 396 Kommunen. Da frage ich mich: Wer soll das eigentlich machen? Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Innenministerium, aber auch in der Bezirksregierung Arnsberg sind ja heute eigentlich schon von den Kapazitäten her überlastet. Ich meine, dass wir diese personellen Kapazitäten in andere Bereiche stecken sollten und nicht in Analysen von Situationen, die wir eigentlich schon kennen, auch aus der kommunalen Debatte heraus. Wir wissen alle, wie es vor Ort aussieht.

Richtig finden wir Ihre Forderung, dass die Kommunen mehr für eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen tun sollten, dass man die Kommunen davon überzeugen sollte, sowohl aus integrationspolitischen Gesichtspunkten als auch natürlich aus finanziellen Gesichtspunkten heraus.

Damit komme ich zum nächsten Punkt. Aus unserer Sicht muss nicht mehr überprüft werden, ob es tatsächlich günstiger ist, Flüchtlinge dezentral unterzubringen. Das wissen wir eigentlich schon. Das wissen wir auch aus den Diskussionen vor Ort. Es liegen ja bereits Berechnungen von einigen nordrhein-westfälischen Städten vor.

Dass die Landesregierung, aber auch wir als Abgeordnete mit den verschiedenen Organisationen und mit den kommunalen Spitzenverbänden im Gespräch stehen, halte ich eigentlich für selbstverständlich. Die Gespräche finden auch schon statt. Insofern brauchen wir diese Aufforderung aus Ihrem Antrag nicht.

Was die medizinische Versorgung angeht – das hatte ich auch schon beim letzten flüchtlingspolitischen Tagesordnungspunkt, den wir heute diskutieren haben, angesprochen –, können wir uns sehr gut vorstellen, dass man mit einem Härtefonds die Gemeinden entlasten könnte. Wir müssen darüber diskutieren, wie wir so eine medizinische Versorgung und einen entsprechenden Härtefonds im Land umsetzen können.

Mein Fazit dieser Debatte ist: Wir sind uns einig, dass wir diese Debatten führen müssen. Wir führen sie ja vor allen Dingen auch in den Kommunen. Wir führen sie auch regelmäßig im Innenausschuss, wo wir immer wieder die aktuellen Zahlen über die Belegungen der Landeseinrichtungen bekommen.

Wir wollen diesen Antrag gerne ausführlich und konstruktiv im Ausschuss diskutieren. Er enthält ja tatsächlich wichtige Punkte. Aber zu der eigentlichen Lösung des Problems wird leider auch dieser Antrag nicht viel beitragen. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Schäffer. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Dr. Stamp das Wort.

**Dr. Joachim Stamp (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben ja in dieser Woche über diese Thematik hier schon ausgiebig gesprochen. Das ist gut, wichtig und richtig. Auch weiterhin stimmt die Tonalität, was ich sehr begrüße.

Es sind wie bei vielen Anträgen der Piraten gute Aspekte dabei, aber zum Teil auch Formulierungen, die wir für nicht so gut halten. Das können wir im Ausschuss aber in Ruhe diskutieren.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle nur eine politische Bemerkung machen.

Ich bin an Ihrer Seite, wenn Sie sagen, dass Sie, soweit es irgendwie möglich ist, eine dezentrale Unterbringung hinbekommen möchten. Ich meine übrigens, dass das nicht nur eine Sache des Landes, sondern auch eine Sache innerhalb der Kommunen ist. Ich werbe bei uns in Bonn auch dafür. Wenn Sie eine Anzahl von 800 bis 900 Asylbewerbern haben und diese mit 200 bis 250 in einem Stadtteil konzentrieren, der sowieso schon problembelastet ist, ist das alles sehr schwierig. Dann gibt es auch Akzeptanzprobleme.

Wenn man aber beispielsweise wie bei uns in Bonn 33 Wahlkreise hat und jeder für 30 bis 40 verantwortlich ist – bei einer zusätzlichen zentralen Einrichtung für den Fall, dass besonders viele kommen –, ist das meines Erachtens ein guter und gangbarer Weg. Wir müssen schauen, wie wir das überall in den Kommunen etablieren.

Ich sage aber auch: Das geht nicht von heute auf Morgen. Das wird auch nicht überall sofort funktionieren. Deswegen halte ich es für unrealistisch, wenn in der Überschrift schon gesagt wird: „Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten, Schulen und Turnhallen verhindern“. Natürlich wollen wir die Menschen nicht in Zelten und nach Möglichkeit nicht in Turnhallen unterbringen. Aber wenn wir Ausnahmesituationen wie im Moment haben – Gott sei Dank haben wir vielleicht eine Chance, dass uns nicht noch Flüchtlingstrecks aus der Ukraine erreichen – und wenn wir sehen, was da sehr plötzlich kommt, muss ich sagen: Ich bin froh, wenn ich geeignete Schulen habe, um dort Flüchtlinge vernünftig für eine Übergangszeit unterzubringen. Mir ist es wichtig, dass wir vor allem Menschenleben retten und dass wir das vernünftig auf den Weg bringen können.

Dass wir vom Grundsatz her möglichst dezentral verteilen wollen – auch gerade wir als Liberale –, das habe ich an dieser Stelle deutlich gemacht. Alles Weitere beraten wir im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Jäger.

**Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich einige wenige Sätze zur Aufnahmesituation in Nordrhein-Westfalen sagen, was sowohl die Kommunen als auch das Land betrifft.

Herr Stamp, ich würde Formulierungen wie „Notsituation“ oder Ähnliches auf jeden Fall vermeiden. Denn das suggeriert, dass dieses Land und die Kommunen nicht in der Lage seien, mit dieser Zahl von Flüchtlingen, die aufgrund kriegerischer Auseinandersetzungen insbesondere im Irak und Syrien nicht nur nach Deutschland, sondern auch in andere europäische Länder strömen, umzugehen und dieses Problem zu lösen. Damit würden wir sozusagen Flüchtlingspolitik parteiübergreifend in Frage stellen.

Ich gebe gerne zu: Wir haben eine wirklich schwierige Situation. Obwohl Kommunen und Land die Kapazitäten in den letzten drei Jahren deutlich erhöht haben, ist gerade der Anstieg in den letzten zwei bis drei Monaten und vermutlich der, der noch vor dem Winter vor uns liegt, so, dass unsere Kapazitäten nicht ausreichen. Aber ich bin mir sehr sicher, dass sich dieses logistische Problem – nur das ist es – in den nächsten Wochen sehr viel besser darstellen wird, weil alle Beteiligten mit Hochdruck daran arbeiten, zusätzliche Kapazitäten zu schaffen.

Das, Herr Herrmann, trifft zum Teil auf ganz banale Probleme, dass in Einrichtungen, die gern zitiert werden – nach dem Motto: Was ist denn mit den leergezogenen Kasernen? –, etwa der Brandschutz oder eine ausreichende Kanalisation nicht vorhanden ist oder andere Gründe dagegen sprechen, kurzfristig ohne größere Maßnahmen eine solche Einrichtung nutzen zu können.

Ich sage ganz deutlich: Niemand kann zurzeit guten Gewissens ausschließen, dass wir auf Behelfskapazitäten zurückgreifen müssen. In zehn Städten – das habe ich heute der Presse entnommen – in Deutschland gibt es wohl inzwischen Unterbringungen in Zelten. Aber alle sagen unisono: Das darf nur vorübergehend der Fall sein, um einer aktuellen Drucksituation zu begegnen, aber das kann keinesfalls eine langfristige Lösung sein.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Ob Sie „Drucksituation“ oder „Notsituation“ sagen ...!)

– Das ist nicht nur Semantik, Herr Stamp, sondern ich glaube, dass Botschaften aus dem politischen Raum sehr genau aufgenommen und analysiert werden.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Ja, klar!)

Wir haben bereits gestern sehr viel darüber diskutiert, wie wir die Kommunen entlasten können, insbesondere bei den finanziellen Lasten, die mit Flüchtlingen und Asylbewerbern zwangsläufig einhergehen.

Ich sage Ihnen ganz einfach, Herr Herrmann: Das Beste wäre – das haben wir vorhin schon diskutiert – die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, was zur Folge hätte, dass die Kommunen zwar circa 70 % der Unterkunftskosten tragen müssten, aber die gesamten Kosten des Lebensunterhaltes über das SGB II abzurechnen wären. Das wäre ein Beitrag des Bundes, der Kommunen und Länder bisher bei der Bewältigung dieses Problems nahezu – auch finanziell – alleine lässt.

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Meine Damen und Herren, wir haben im Frühjahr einen wichtigen Schritt beim Akquirieren zusätzlicher Kapazitäten geschafft. Wir haben den Anreiz dadurch geschaffen, dass Kommunen, die eine Landesaufnahmeeinrichtung betreiben, dies auf ihre lokale Aufnahmequote angerechnet bekommen, und dass das Land für die Unterkunft und für die Verpflegung dieser Menschen in den ersten Wochen auch finanziell eintritt.

Ich glaube, das hat gewirkt. Eine ganze Reihe von Städten erkennt auch, dass sie bereit sein sollten, eine solche Aufnahmeeinrichtung in ihrer Gebietskörperschaft zu unterstützen und zusammen mit uns einzurichten. Mein Haus arbeitet mit Hochdruck daran, eine ganze Reihe dieser Einrichtungen in neuen Städten an neuen Standorten zu realisieren.

Ich glaube, dass damit den Kommunen eine deutliche Entlastung zuteilwird.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Wir sind am Ende der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/6674 – Neudruck** – an den **Innenausschuss** – federführend – sowie gemäß einer Vereinbarung zwischen den Fraktionen auch an den **Integrationsausschuss**. Die abschließende Abstimmung erfolgt dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung. Wer stimmt diesem Vorgehen zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisung des Antrags einstimmig vom Landtag entschieden.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

## **7 Solidarität und Stabilität in der Eurozone: Keine Denkverbote bei der europäischen Arbeitslosenversicherung**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/6672

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Kern das Wort.

**Nicolaus Kern (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Europa ist aktuell wieder in aller Munde. Die neue EU-Kommission weckt öffentliches Interesse.

Ich will hier aber nicht über Personalien diskutieren, sondern mich auf die Inhalte konzentrieren, die die neue EU-Kommission umsetzen sollte. Es täte der Europapolitik nämlich gut, wenn sie sich nicht nur bei Glühbirnen und Staubsaugern zu Wort meldet, sondern auch bei dem Thema „soziale Union“. Denn hieran entscheidet sich die Zukunft Europas – und nicht bei der Leistungsfähigkeit von Staubsaugern.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Menschen sind die Sonntagsreden leid. Sie wollen konkrete Maßnahmen gegen die soziale Krise sehen. Ein zentraler Debattenbeitrag wird dabei jüngst wieder diskutiert, nämlich eine europäische Arbeitslosenversicherung. Sie ist nicht nur ein wirtschaftlich notwendiges Instrument zur Stabilisierung der Eurozone, sondern auch ein Schritt in Richtung eines solidarischen, eines sozialen Europas. Wo-

rum geht es dabei? – Eines vorweg: Eine europäische Arbeitslosenversicherung soll die nationalen Sicherungssysteme nicht ersetzen, sondern ergänzen.

Ich nenne Ihnen drei wichtige Merkmale: Erstens. Sie ist auf kurzfristige Arbeitslosigkeit ausgerichtet. Wir sprechen hierbei von einem Zeitraum von sechs bis zwölf Monaten. Zweitens. Die Voraussetzungen zum Erhalt von EU-Zahlungen müssen klar definiert sein und für alle gleichmäßig gelten. Wird also eine vorher festgelegte Schwelle der kurzfristigen Arbeitslosigkeit überstiegen, greift die europäische Arbeitslosenversicherung automatisch. Somit gibt es keine Dauerprofiteure. Das bedeutet – drittens – auch: Das System muss transparent und ohne politische Einflussnahme ausgestaltet werden.

Kommen wir nun zur Finanzierung. Wir sprechen von einem jährlichen Versicherungsvolumen von rund 55 Milliarden €. Das entspricht nicht einmal 1 % der Wirtschaftsleistung der Eurozone. Dabei ist wichtig, dass diese sozialen Kosten des Euro nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Auch der Faktor Kapital als größter Profiteur der europäischen Freiheiten muss angemessen beteiligt werden.

(Beifall von den PIRATEN)

So würden beispielweise die Einnahmen aus einer richtigen Finanzmarkttransaktionssteuer zur Finanzierung fast ausreichen.

Im Übrigen: Selbst die USA, gemeinhin nicht bekannt als Hort des Sozialismus, kennen ein solches Ausgleichsmodell.

Ich komme zum Schluss. Es ist eine Perversion der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit, wenn man durch Austeritätspolitik Wirtschaftsvertreibung befördert, jede Art von Ausgleichsmechanismus auf EU-Ebene ablehnt und dann noch Arbeitssuchenden Sozialtourismus vorwirft.

(Beifall von den PIRATEN)

Wer echte EU-Freizügigkeit will, muss auch für den solidarischen und sozialen Ausgleich innerhalb der EU sorgen. Das sehen die Sozialdemokraten und die Grünen im Europaparlament übrigens genauso. Hier in NRW prangern Ministerpräsidentin Kraft, die leider nicht anwesend ist, aber auch die Europaministerin Dr. Schwall-Düren öffentlich immer wieder fehlende Sozialkomponenten der EU an. Insofern möchte ich Sie, Frau Ministerin, an Ihre eigenen Worte erinnern – ich zitiere –:

„Aufgabe der europäischen Ebene sollte vielmehr sein, sozialpolitische Ziele und Grundrechte weiterzuentwickeln, rechtsverbindliche EU-weite Mindeststandards einzuführen ... Die Politik der EU sollte darauf ausgerichtet sein, die sozialen Folgen der ökonomischen Krise abzumildern ...“

Und weiter:

„Wir brauchen einen sozialen Stabilitätspakt ...“

Recht haben Sie. Nun müssen Sie auch zeigen, wie ernst es Ihnen damit ist. Senden Sie ein Signal an die EU-Kommission, endlich tätig zu werden!

Wir freuen uns auf die konstruktiven Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kern. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Neumann das Wort.

**Josef Neumann**<sup>\*)</sup> (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Benötigen wir ein soziales Europa? – Die klare Antwort lautet: Ja. Dieses Europa wird sozialer als das bisherige sein müssen. Das sind wir den Millionen von Arbeitslosen nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa schuldig.

Lassen Sie mich aber hinzufügen: Das Beste, was gegen Arbeitslosigkeit getan werden kann, ist eine gute Wachstumspolitik statt einer Restriktionspolitik. Denn Wachstum schafft Arbeitsplätze. In dieser Hinsicht ist vor allem ein Umdenken der Europäischen Kommission sehr notwendig.

Die Lage ist buchstäblich verrückt. Zum einen betonen wir immer Europas gemeinsamen kulturelle Kern, zum anderen leben wir die nüchterne Realität von Wettbewerb und Markt. Vielleicht bedeutet gerade das ein soziales Europa, und die soziale Dimension ist die Brücke dazwischen. Die europäische Identität ist mehr und etwas anders als das Bewusstsein einer Wirtschafts-, Währungs- und Krisenunion. Der soziale Gedanke hat seinen Niederschlag in den europäischen Prinzipien des Sozialstaates und der sozialen Marktwirtschaft. Dieser Gedanke liegt jenseits der allzu schlichten Alternative vom reinen Wettbewerbsstaat und ökonomisch schwachen Sozialstaat. Vielmehr reden wir vom wirtschaftlich leistungsfähigen Sozialstaat, für den Solidarität Grundvoraussetzung und nicht Feindbild ist.

Der Antrag geht von dem durchaus richtigen Gedanken aus, dass automatische Ausgleichsmechanismen und Stabilisatoren Ungleichgewichten entgegenzuwirken haben. EU-Kommissar Andor erwähnt im Kontext seiner Werbung für eine solche Versicherung eine Aufgabe, die mutmaßlich die noch bedeutsamere ist. Ich zitiere:

„Eine gemeinsame Versicherung würde dem Währungsraum endlich ein menschliches Gesicht verleihen.“

Wenn wir diesen Wunsch bejahen, müssen wir das Missverständnis Europa in Form von Lohn-, Steuer- und Sozialdumping verneinen. Einen europäischen

Wettbewerb als Wettbewerb um niedrigste soziale Standards können wir doch gar nicht ernstlich wollen.

Im Antrag erscheint ein spannender Wink. Es ist von der positiven Assoziation der Bevölkerung mit einem Mechanismus der EU die Rede. Wir praktizieren die Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung. Vielleicht ist es so, dass die eigentliche, sogar noch wichtigere Währung letzten Ende eine andere ist, nämlich Identifikation oder auch das Konglomerat aus Identifikation, Zutrauen und Verlässlichkeit.

Erfolgsgeheimnis des deutschen Sozialstaatmodells ist die Identifikation nicht nur der Menschen am sozialen Rand, sondern auch der Mittelschichten insgesamt mit der sozialen Marktwirtschaft, die von der Absicherung durch bestimmte Instrumente gespeist wird.

Eine Reihe von Punkten in Bezug auf die Realisierbarkeit einer europäischen Arbeitslosenversicherung ist unbedingt zu klären: diverse technische Details, Schnittstellen zwischen nationalen und supranationalen Systemen, sekundär und primär rechtliche Fragen, Standards der Arbeitsvermittlung oder auch die Frage der Souveränität.

Im reinen vehementen Verteidigen nationaler Souveränität begegnen sich sowohl Marktradikale und Marktliberale, die Regulierung und Vereinheitlichungen strikt ablehnen, als auch diejenigen, die Absenkungen nationaler Standards und Deregulierung fordern.

Gebot der Stunde ist es daher, sich bewusst zu machen und eine ausführliche ernsthafte Befassung anzugehen. Das heißt: sorgsame Prüfung etwaiger positiver und negativer Effekte, der Komplexität entsprechend Modelle zur Umsetzung eines sozial gedachten Europas erwägen und auswerten, eines sozial gedachten Europas, das dem Ökonomischen mitnichten automatisch widerspricht – nein, im Gegenteil.

Wir werden Ihren Antrag im Ausschuss selbstverständlich als eine gute Diskussionsgrundlage gemeinsam besprechen und versuchen, das Beste für die Arbeitslosen in Europa zu tun. Aber ich wiederhole: Der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit ist eine europäische Politik, die zum Wachstum von Arbeitsplätzen beiträgt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Neumann. – Für die CDU-Fraktion ergreift nun Herr Kollege Kerkhoff das Wort.

**Matthias Kerkhoff** (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Piratenfraktion spricht sich in ihrem Antrag gegen Denkverbote aus. Nun ist ja Denken nie verboten. Aber wer ge-

nau das an dieser Stelle tut, kommt, meine ich, zu dem Ergebnis, dass man das Projekt einer europäischen Arbeitslosenversicherung wohl besser nicht weiter verfolgen sollte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa führt nicht über mehr Transfers, sondern führt über Strukturreformen, über Wachstum. Und das sind in erster Linie die Aufgaben der einzelnen Länder. Europäisch kann dies durch Programme flankiert werden, aber letztendlich bleibt es eine Aufgabe der nationalen Politik, Reformen politisch durchzusetzen. Erste Erfolge beispielsweise in Irland und in Portugal zeigen, dass dies gelingen kann.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat durchgerechnet, wie ein solcher europäischer Mechanismus auf Basis der diskutierten Modelle wirken würde. Die Simulation – bei all den Schwächen, die Simulationsberechnungen immer haben – ist hochinteressant mit Blick darauf, wer in welchem Umfang profitiert. Diese Berechnungen kommen zu dem Ergebnis, dass Deutschland für das Beispieljahr 2011 einen negativen Saldo von 5,4 Milliarden € zu verzeichnen gehabt hätte.

Setzt man die Berechnungen fort, blickt auf den gesamten Zeitraum von 2006 an, dann würde dieser negative Saldo bei knapp 20 Milliarden € liegen. Damit hätte Deutschland 30 % der gesamten Leistungen einer hypothetischen europäischen Arbeitslosenversicherung gezahlt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre geradezu ein AfD-Förderprogramm und Wasser auf die Mühlen aller Euroskeptiker, wenn wir ein System implementieren würden, das die Kosten der Arbeitslosigkeit auf diese Art und Weise umverteilt.

(Beifall von der CDU)

Zu Recht hätten viele Menschen in Deutschland kein Verständnis dafür, dass sie für falsche Arbeits- und Wirtschaftspolitik in anderen Ländern zur Kasse gebeten würden.

(Beifall von Dr. Stefan Berger [CDU])

Kollege Kern, als Sie am vergangenen Freitag im Europaausschuss den Gesandten des Botschafters Italiens zu dieser Idee gefragt haben, hat er Ihnen sehr zurückhaltend darauf geantwortet. In der Sprache der Diplomatie heißt das, dass auch er davon nicht sonderlich viel hält. Und dass sich auch die deutsche Bundesregierung ablehnend äußert, mag den Antragsteller nicht zurückhalten. Er sollte aber sehr wohl die Auffassung der Sozialpartner zu dieser Frage beachten, die sich in ihrer Ablehnung ebenfalls einig sind.

Die Europäische Union hat in Fragen der Sozialversicherung keine Kompetenz. Zunächst müssten die Verträge entsprechend geändert werden, und zwar einstimmig. Auch organisatorisch wäre dieses Vorhaben ein Riesenprojekt.

Aber völlig losgelöst von rechtlichen oder organisationspolitischen Fragestellungen halte ich ein europäisches System der Arbeitslosenversicherung auch politisch für fragwürdig. Denn, meine Damen und Herren, es setzt die falschen Anreize. Wenn Länder die Kosten der Arbeitslosigkeit nicht mehr alleine tragen müssen, sinkt doch auch der Druck zu Reformen. Und wenn es Länder gibt, die beispielsweise durch einen zu hohen Mindestlohn den Einstieg in den Arbeitsmarkt erschweren und die Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten steigt, dann darf es keinen europäischen Ausgleichsmechanismus geben, sondern dann muss der Druck steigen, etwas zu verändern.

(Beifall von der CDU und Dirk Wedel [FDP])

Meine Damen und Herren, mein Wunsch wäre, dass wir uns genauso intensiv und beharrlich mit Lösungen für die strukturellen Probleme in Europa beschäftigen würden. Umverteilungen und Transfers sind Scheinlösungen. Der Schlüssel für mehr Wachstum und Arbeit in Europa liegt in Strukturreformen. Viele Länder sind hier auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ziel. Deshalb ist es auch unsere Aufgabe aus Deutschland heraus, die zu unterstützen, die diesen harten Weg gehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Kerkhoff. – Für die grüne Fraktion hat das Wort nun Frau Maaßen.

**Martina Maaßen (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Piratenfraktion hat mit ihrem Antrag gute Anregungen zu fiskalischen Ausgleichsmechanismen in Europa gegeben. Auch wir Grünen wollen den makroökonomischen Dialog in der EU weiterentwickeln.

In diesem Rahmen wollen wir ein Ausgleichsinstrument prüfen, um den wirtschaftlichen Abschwung in einem Mitgliedstaat abzufedern und zu verhindern, dass eine lokale Krise die gesamte Eurozone mitzieht. Hierbei ist auch für uns eine europäische Arbeitslosenversicherung denkbar, zum Beispiel als Basissicherung, die durch die weiter bestehenden nationalen Sicherungssysteme ergänzt wird.

Der Schwerpunkt bei uns liegt jedoch derzeit auf Prüfen und Diskutieren. Für uns ist es nicht so sonnenklar, wie im Piratenantrag behauptet, dass ein europäischer Ausgleichsmechanismus die nationalen Sicherungssysteme problemlos ergänzt.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ich verweise hier auf die Veröffentlichung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die Herr Kerkhoff in seinem Redebeitrag schon zitiert hat.

Auf der Grundlage einer Simulationsrechnung zu den Verteilungswirkungen einer europäischen Arbeitslosenversicherung kommt das IAB zu dem Schluss, dass es zu nennenswerten Umverteilungswirkungen innerhalb Europas kommen würde, Deutschland zum größten Nettozahler würde und komplizierte Probleme bei der Verzahnung mit den bestehenden Sicherungssystemen der Mitgliedsländer entstehen würden.

Diese Problemlagen müssen wir in unsere Betrachtungen einbeziehen. Ich komme jedoch nicht zu dem Schluss wie Herr Kerkhoff, der gesagt hat, dass er deshalb in diese Richtung nicht weiterdenken möchte. Ich erlebe diese Untersuchung des IAB als Denkanstoß und nicht als Ausschlussfaktor, uns weiterhin mit der europäischen Arbeitslosenversicherung zu beschäftigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gilt aus unserer Sicht genau hinzuschauen. Wir befinden uns erst am Anfang dieser Debatte. Wir tragen es gern in den Ausschuss, auch auf Bundes- und Europaebene. Ich freue mich auf die Diskussion. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Maaßen. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Ellerbrock.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von den Piraten! Das Gegenteil von gut ist nicht schlecht, sondern gut gemeint.

(Beifall von der FDP)

Ich glaube, dass Sie etwas Gutes erzielen wollen, aber der Weg, den Sie beschreiten wollen, ist mir sehr fremd.

(Zuruf von Nicolaus Kern [PIRATEN])

Das fängt schon mit ganz grundsätzlichen Fragestellungen an. Wie wollen Sie zum Beispiel strukturelle und konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit auseinanderdividieren? Für das eine ist es zuständig, für das andere nicht.

Den Begriff „Subsidiarität“ müssen wir leben und ihn nicht nur in Sonntagsreden nach draußen tragen und im täglichen Handeln sagen, da gebe es noch Möglichkeiten, neue Förderquellen zu erschließen. Dass der Stellenwert Europas, der in diesem Hause insgesamt sehr hoch ist, draußen in der Öffentlichkeit nicht unbedingt so positiv gesehen wird, wie wir es hier sehen, liegt auch darin begründet, dass man draußen – manchmal durchaus zu Recht – das Gefühl hat, es geht eigentlich um eine große Umverteilung. Es werden Transfermittel von A nach B geschoben, und derjenige, der am lautesten ruft, be-

kommt am meisten. Das Gutmenschentum wird draußen anders gesehen als hier bei uns.

Meine Damen und Herren, wir müssen doch die Staaten, gerade die südeuropäischen Staaten, die jetzt in dem schmerzhaften Reformprozess begriffen sind und schon die ersten Erfolge haben, stützen und dürfen nicht sofort sagen: Wir können wieder eine Ausweichmöglichkeit, eine neue Finanzierungsquelle für euch erschließen. Das kann doch nicht richtig sein; das kann uns allen doch nur auf die Füße fallen.

(Beifall von der FDP)

Kollege Kerkhoff sagte letzte Woche im Europaausschuss, dass der italienische Gesandte auf die Frage nach der europäischen Arbeitslosenversicherung – nach meiner Wahrnehmung – sehr freundlich, aber mit relativ dürren Worten gesagt hat, einer müsse es wohl bezahlen. Die Größenordnung, um die es geht, hat Kollege Kerkhoff doch genannt. Das Arbeitsmarkt- und Berufsforschungsinstitut der Nürnberger Bundesanstalt hat für den Zeitraum der letzten fünf Jahre ausgerechnet, dass es um einen Transfer von rund 20 Milliarden € geht.

(Nicolaus Kern [PIRATEN]: Der hat von 55 Millionen € gesprochen!)

Wir müssen doch überlegen, was wir damit bewirken. Es geht darum, dass wir die Staaten des Südens in ihren Reformbemühungen auf jede Art und Weise unterstützen, und nicht darum, jetzt wieder halbherzig zurückzurudern.

(Beifall von der FDP)

Der andere Punkt ist: Wollen wir wirklich zusätzliche Kompetenzen der EU aufbauen, auch im sozialen Bereich? Oder wollen wir nicht sagen, die EU soll und muss sich auf die Kernbereiche beschränken, und sie hat keine Zuständigkeit in dem sozialen Bereich? Dann sollten wir das jetzt auch nicht weiter tun. Wir müssen erst einmal Europa in der Größenordnung, die wir jetzt haben, konsolidieren und nicht Neues aufbauen.

In einer Umfrage von 2011 in den 27 EU-Staaten haben sich 64 % der repräsentativ Befragten dafür ausgesprochen, dass der soziale Bereich nach wie vor im nationalen Bereich gelöst werden soll. Wir als FDP sind gern bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren, aber aufgrund der hier dargestellten skizzierten Rahmenbedingungen kann ich mir momentan nicht vorstellen, dass wir als FDP Ihren Vorstellungen zustimmen würden.

Wenn Sie neue Fakten bringen, können wir gern unsere Meinung ändern. Aber ich habe die Ahnung, dass wir hier eine relativ klare Aufstellung haben. Das Gegenteil von gut ist nicht schlecht, sondern gut gemeint. Ich gestehe Ihnen zu: Sie haben es wirklich gut gemeint, doch so klappt es nicht. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Dr. Schwall-Düren.

**Dr. Angelica Schwall-Düren,** Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Erfahrungen aus der Wirtschaftskrise der letzten Jahre haben aus meiner Sicht gezeigt, dass die Einrichtung von automatischen Mechanismen zur Konjunkturstabilisierung sinnvoll ist.

(Beifall von Nicolaus Kern [PIRATEN])

Wir haben damit in Deutschland sehr gute Erfahrungen in der Krise gemacht. Ich erinnere zum Beispiel an die Regelungen zum Kurzarbeitergeld.

In der Wissenschaft werden hierzu verschiedene Modelle diskutiert. Das Modell einer europäischen Arbeitslosenversicherung, das auf den Berliner Ökonomen Sebastian Dullien zurückgeht, ist das bekannteste, spätestens seit sich Sozialkommissar László Andor auf öffentlichen Veranstaltungen vehement für die Einrichtung einer solchen Arbeitslosenversicherung ausgesprochen hat. Andor geht davon aus, dass die europäische Arbeitslosenversicherung das nächste große Projekt nach Einführung der Bankenunion ist.

Meine Damen und Herren, ich bin da etwas vorsichtiger. Wir beschäftigen uns schon länger mit dem Modell, und es lohnt sich, vertieft darüber nachzudenken. Ich halte die europäische Arbeitslosenversicherung grundsätzlich für geeignet zur automatischen Konjunkturstabilisierung.

Ich stimme auch den Antragstellern in ihrer Auffassung zu, dass die Solidarität der europäischen Bürgerinnen und Bürger hierdurch gestärkt würde. In der Wirtschaftskrise wurde Europa überwiegend mit Bankenrettung, Sparzwang und Sozialabbau verbunden. Eine europäische Arbeitslosenversicherung könnte aus meiner Sicht dazu beitragen, verloren gegangenes Vertrauen in die Europäische Union durch einen unmittelbaren und positiven Bezug wiederherzustellen. Die Menschen würden erfahren, dass ihnen die EU bei persönlicher Arbeitslosigkeit unmittelbar hilft.

Meine Damen und Herren, auch in der Sozialpolitik muss sich die Denkweise verbreiten, dass europäische Lösungen möglich und in der Globalisierung auch erforderlich sind. Der wirtschaftliche Einfluss einzelner Länder geht in der Liberalisierung des weltweiten Handels immer weiter zurück. Deshalb muss ein starkes Europa sozialpolitische Standards setzen.

Insofern kann die Landesregierung der Aufforderung folgen, die Diskussion weiterhin positiv zu

begleiten. Eine Entscheidung zur Einführung einer solchen Versicherung sollte damit aber nicht vorweggenommen werden. Von einer kurzfristigen Einführung ist realistisch nicht auszugehen, zumal vermutlich eine Änderung der europäischen Verträge erforderlich wäre. Vorher sind noch zahlreiche offene Fragen zu klären und Vorarbeiten zu leisten. Beispielsweise gibt es bis heute keine europaweit einheitliche Definition von Arbeitslosigkeit. Viele Details sind auch in den theoretischen Modellen noch offen.

Ein zentraler Punkt für die Akzeptanz der Bevölkerung – das ist von Ihnen schon angesprochen worden – ist zudem die Frage, ob einzelne Mitgliedstaaten auf Dauer Nettozahler wären oder ob mittelfristig alle Länder profitieren können. Studien kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Hier ist nur eine zitiert worden, die allerdings lediglich die Zahlen der letzten Jahre im Auge hat. Andere Studien können zum Beispiel nachweisen, dass im Jahr 2000 die Bundesrepublik Deutschland Profiteur einer entsprechenden europäischen Arbeitslosenversicherung gewesen wäre.

(Beifall von den PIRATEN)

Einig ist sich die Wissenschaft in Bezug auf die konjunkturstabilisierende Wirkung einer solchen Versicherung. Das wird auch praktisch belegt durch die US-amerikanische Arbeitslosenversicherung, die in Teilen als Vorbild für das europäische Modell dient.

Meine Damen und Herren, auf einem informellen Ratstreffen der europäischen Arbeits- und Sozialminister Mitte Juli in Mailand hat die italienische Ratspräsidentschaft gegenüber der Europäischen Kommission angeregt, ein Grünbuch zu automatischen Stabilisatoren vorzulegen. Hierdurch ließe sich die Diskussion über den Nutzen, über Vor- und Nachteile sicherlich versachlichen. Eine solche Diskussion sollten wir auch in den Ausschüssen des Landtags intensiv führen. Ich glaube, das würde uns insgesamt weiterbringen.

Lassen Sie mich abschließend noch auf eines hinweisen, damit es hier nicht zu Missverständnissen kommt: Die perspektivischen Überlegungen und Diskussionen über den Gedanken einer europäischen Arbeitslosenversicherung, ob sie nun irgendwann umgesetzt wird oder nicht, haben nichts mit der Ausgestaltung der deutschen Arbeitslosenförderung zu tun. Hier sind aus Sicht der Landesregierung kurzfristige Reformen, beispielsweise mit Blick auf eine bessere Praktikabilität, und Eingliederungshilfen dringend erforderlich.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen und wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Bevor es zum schönen Wochenende kommt, hat sich Herr Kern noch mal zu Wort gemeldet. 31 Sekunden – bitte schön, Herr Kern.

**Nicolaus Kern (PIRATEN):** Danke schön. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Frau Ministerin, für die offenen Worte.

An Herrn Kerkhoff: Derjenige, den Sie aus dem Ausschuss zitiert haben, war nicht ich, sondern der Kollege Paul. Insgesamt lag die besondere Situation vor,

(Zuruf: 31 Sekunden!)

dass er nicht der außerordentliche Botschafter Italiens war und kein offizielles Mandat hatte. Daher, denke ich, konnte er nicht so sprechen wie vielleicht ein Botschafter, eine Exzellenz.

Frau Maaßen, wenn es nur an dem Wort „problemlos“ scheitert, dann liegt vielleicht eine Fehlinterpretation vor. Im Ausschuss können wir uns gerne darüber unterhalten, ob wir daraus ein „widerspruchsfrei möglich“ machen. An Wortklauberei wollen wir den Antrag nicht scheitern lassen.

Herr Ellerbrock, konjunkturell, strukturell: Wie gesagt, das ist an der Kurzfristigkeit der Maßnahme sehr gut abzulesen. Die strukturelle Arbeitslosigkeit ist von Dauer. Daran muss jeder einzelne Mitgliedstaat arbeiten.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wie lang sind 31 Sekunden? – Gegenruf von Torsten Sommer [PIRATEN]: Nicht so kleinlich!)

Für die konjunkturellen Schwächen wäre die EU, die Eurozone zuständig. Ich glaube, das kann man sehr gut differenzieren.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kern.

**Nicolaus Kern (PIRATEN):** Ich komme zum Schluss.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Ja, aber dringend. Wissen Sie, wie viel 31 Sekunden sind?

**Nicolaus Kern (PIRATEN):** Frau Ministerin, Herr Neumann, es ist noch vieles zu klären – das ist richtig –, aber klar ist doch auch:

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wie lang sind 31 Sekunden?)

Wenn man nicht den ersten Schritt tut, wird man nie ans Ziel kommen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Na, bitte schön. – Wir sind am Ende der Beratung zu diesem Antrag und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/6672** an den **Ausschuss für Europa und Eine Welt** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer folgt dieser schönen Beschlussempfehlung? – Wer ist dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind wir einig und haben so überwiesen.

Damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. – Ah, die Gesichter wollten wir hier oben mal sehen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Danke schön, meine Damen und Herren. Wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 1. Oktober, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Nachmittag und ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 14:14 Uhr**

---

\*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GesChO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.